

14

Bonn, Dienstag 25. Februar 1964

Sprecher: Adenauer, Adorno, Amrehn, Blank, Burgbacher, Dichtel, Dittmar, Dufhues, Erhard, Etzel, Fay, Gradl, Hellwig, Katzer, Klepsch, Kraske, Lücke, Meyers, Scheufelen, Schmidt, Seehoß, Stoltenberg.

Bericht zur Lage (Erhard). Bundesparteitag in Hannover; Kandidaturen für den Bundesvorsitz. Verschiedenes: Gründung des Wirtschaftsrates der CDU e.V.

Beginn: 10.00 Uhr

Ende: 15.50 Uhr

Adenauer: Meine Damen und Herren! Entschuldigen Sie, wenn ich es ablehne, mich dieser Schelle hier zu bedienen, und dafür lieber mit diesem Ding hier auf den Tisch klopfe. (*Fay:* Aber nicht zu hart!) Nicht zu hart, aber doch so, daß man es hört.

Es haben sich leider wieder zahlreiche Herren entschuldigt, und zwar Dr. Gerstenmaier, Dr. Schröder, Herr Lemmer, Dr. Barzel, Herr Blumenfeld, Dr. Fricke, Dr. Gurk, Dr. Oberländer, Dr. Süsterhenn, die Herren Osterloh, Grundmann, Bitter und Dr. Krone, der leider erkrankt ist.

Ich heiße den Herrn Bundeskanzler Erhard herzlich willkommen. Dann darf ich auch Herrn Seehoß herzlich willkommen heißen, der gestern zum Vorsitzenden der CDU in Hannover gewählt worden ist. (*Beifall.*) Sie wissen, daß das ein besonders schwieriges Gelände dort ist, aber er ist ja gewöhnt, durch schwieriges Gelände zu fahren, um Straßen durchzulegen, so daß ich hoffe, es wird ihm auch gelingen.

Meine Damen und Herren! Wir treten damit in die Tagesordnung ein. Ich darf zuerst Herrn Bundeskanzler Erhard bitten, zum Punkt 1 der Tagesordnung das Wort zu nehmen.

BERICHT ZUR LAGE

Erhard: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Es ist für mich fast etwas schwierig, hier nun zu berichten; denn ich muß mich immer darauf besinnen, vor welchem Gremium ich schon etwas gesagt habe, und ich spreche ja ziemlich oft. Welches sind nun eigentlich die Themen, die mir im Augenblick besonders am Herzen liegen? Es sieht so aus, als ob es in unserer Außenpolitik wäre, aber tatsächlich sind mit den europäischen Fragen auch entscheidende Probleme unserer Innenpolitik angesprochen, und zwar auf den verschiedensten Gebieten.

Die NATO wird immer labiler. Die Bereitschaft der einzelnen Partnerstaaten, ihre Pflicht innerhalb der NATO zu erfüllen, ist nur noch schattenhaft zu erkennen. In der Frage der multilateralen Verteidigung sind wir bisher nicht weitergekommen. Ich meine das aus der gesamteuropäischen Sicht, obwohl ich gerade in dieser Beziehung zuversichtlich sein möchte, daß nach den britischen Wahlen auch die Regierung ein positives Votum fällen wird.¹ Das würde wieder einen Hoffnungsschimmer geben für Europa; denn es bedeutet zweifellos eine stärkere Verklammerung und ein verstärktes Gefühl der Zusammengehörigkeit und eines gleichen Schicksals.

Die Kennedy-Runde, zu der sich alle Mitgliedsstaaten der EWG bekannt haben, wird meiner Ansicht nach von einer anderen Seite her gefährdet, nämlich von der inneren Instabilität der europäischen Volkswirtschaft. Es ist kaum zu schildern und man kann es nicht ernst genug nehmen, wie sehr die Kosten- und Preisverhältnisse auseinanderstreben innerhalb Europas. Das schlägt natürlich zurück auf die Handels- und Zahlungsbilanzen. Aus deutscher Sicht schlägt es sich nieder in erheblichen Überschüssen. Das zeigt sich nicht nur in den Handelsbilanzen², sondern es ist auch eine Kapitalflucht nach Deutschland im Gange. Wenn ich Ihnen z. B. sage, daß im Januar dieses Jahres [für] 3,1 Milliarden [DM] Wertpapiere emittiert werden konnten, daß das der Kapitalmarkt hergegeben hat, dann mag sich der eine oder andere darüber freuen, aber der Kenner sieht die Sache etwas anders an; denn das ist nicht allein unsere Tüchtigkeit, die es dahin gebracht hat – ich will sie nicht leugnen –, sondern es ist mehr die Schuld der anderen, denen die Zügel mehr oder minder deutlich aus den Händen geglichen sind und die eine völlige Bewegungsveränderung innerhalb Europas bewirkt haben.

Das wirkt sich natürlich am dramatischsten aus innerhalb des Gemeinsamen Marktes selbst; denn von der Ausgangsposition sind die Zölle um 60 % bereits gesunken; Manipulationsmöglichkeiten anderer Art sind nicht mehr gegeben. Diskriminierungen sind auch weitgehend beseitigt. Wenn wir in die Kennedy-Runde eintreten, dann befürchte ich, daß gesagt wird: Wir Europäer waren guten Willens, nach dem Vorschlag des verstorbenen Präsidenten Kennedy die Zölle um 50 % zu senken oder zumindest davon auszugehen, aber bei dieser unterschiedlichen Entwicklung können wir uns das nicht leisten. Wir können unsere Märkte nicht so weit öffnen und nun nicht nur aus den Partnerländern der EWG, sondern auch aus Drittländern den Waren- und Kapitalstrom ungehemmt hineinlassen. Daß es noch eine weitere Erschwerung wäre, wenn auch die Atlantische Partnerschaft von dieser Seite her angenehm würde, brauche ich nicht zu betonen.

Nun klingt das alles, wenn ich mich selber überprüfe, pessimistischer, als ich es meine; denn auf der anderen Seite ist zweifellos – und ich glaube, wir haben

1 Vgl. Nr. 9 Anm. 27.

2 1963 hatte die Bundesrepublik einen Außenhandelsüberschuß von 6.032 Millionen DM zu verzeichnen. Vgl. Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland 1964. Stuttgart 1964 S. 311.

etwas dazu getan – Europa wieder ins Gespräch gekommen. Man weiß und spürt ganz deutlich, daß wir weiterkommen müssen, weil hier ein Stillstand ein Rückschritt wäre. Gerade wenn ich an die schwierigen wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse und Differenzierungen in Europa denke, bin ich mir bewußt, daß wir jetzt erst an die schweren Probleme auch innerhalb der EWG selbst herankommen werden.

Wir werden zu keiner Ordnung kommen, wenn wir nicht die ganzen neuralgischen Fragen anpacken, wie z. B. die Haushaltspolitik, die Fiskalpolitik, die Kreditpolitik, die Steuerpolitik und dergleichen mehr. Aber hier stehen unmittelbar Probleme der nationalen Souveränität im Vordergrund, und bei der Empfindlichkeit mancher Länder in bezug auf diese Fragen werden wir nur weiterkommen, wenn wir neben den Mechanismen und neben der Konstruktion des Gemeinsamen Marktes und dem Ablauf der Römischen Verträge wieder eine stärkere politische Verklammerung setzen. Das scheint mir auch deshalb notwendig zu sein, weil Europa wieder ein politisches Profil gewinnen muß; denn sonst wird im Weltgeschehen dieser alte Kontinent an Bedeutung und an Rang verlieren.

Ich weiß nicht, ob ich Ihnen berichtet habe von meinem letzten Gespräch mit dem französischen Staatspräsidenten.³ Es ist merkwürdig, daß gerade diese offene Aussprache, die wir gepflogen haben und die in manchen Teilen zwangsläufig kontrovers war, sicherlich zu einer Festigung der Freundschaft beigetragen hat. Das ist von allen Seiten zum Ausdruck gekommen, und zwar im Tenor. Wenn man so freimütig miteinander sprechen kann, dann ist das schon ein Beweis einer vertieften Freundschaft.

Natürlich habe ich den französischen Staatspräsidenten gefragt, was er sich gedacht hat und welche längerfristige Politik er verfolge mit der Anerkennung Pekings, die doch immerhin die Welt einigermaßen bewegt und allenthalben erschreckt hat. Er hat die These vertreten – ich hatte sie aus der „Neuen Zürcher Zeitung“⁴ –, dieser Dualismus der Machtblöcke zwischen den Vereinigten Staaten und Sowjetrußland werde für die Weltpolitik immer gefährlicher, und er müßte durch einen Pluralismus allmählich aufgelöst werden, worauf ich ihm sagte, dann wäre uns eigentlich das Hemd näher als der Rock, und deshalb sollten wir uns über Europa zuerst verständigen, um daraus eine echte Einheit zu machen, denn das wäre wirklich auch eine Kraft, wenn auch keine dritte Kraft, aber doch ein politischer Wert, während die Spekulationen in bezug auf mögliche Entwicklungen in Rotchina jedenfalls nicht rationalistisch zu deuten seien.

Ich persönlich glaube z. B. nicht, daß eine Neutralisierung von Indochina möglich ist; es sei denn, daß die Neutralisierung einen Übergang oder einen Verfall dieser Staaten in den Kommunismus bedeuten würde. Ich glaube, das kann man fast mit Sicherheit annehmen. Die Amerikaner sind deshalb so neuralgisch, weil sie zur

3 Vgl. Nr. 13 Anm. 24.

4 Vgl. „Neue Zürcher Zeitung“ vom 26. Februar 1964 „De Gaulles Politik des Sowohl-als-auch“.

Verteidigung dieser Völker in Südostasien ungefähr 150.000 Tote seit Korea eingebüßt haben und natürlich jetzt nicht alles verfallen sehen wollen.

Auf die Frage, wie er glaube, daß die Anerkennung Pekings zurückwirken würde auf das Verhältnis Rotchinas zu Rußland, meinte der Staatspräsident, hier gebe sich vielleicht doch eine Möglichkeit, allmählich den Herrn Chruschtschow etwas aufgeschlossener sein zu lassen gegenüber europäischen und im besonderen deutschen Fragen. Es ist aber nicht zu beweisen, wie er selber sagte. Ich habe ihn nur gebeten, er möchte den Begriff „Rotchina“ als eine politische Realität, die man anerkennen müsse, nicht gebrauchen, denn wir leiden in Deutschland unter dem Begriff der sogenannten politischen Realität. Sie wird uns von Chruschtschow und Ulbricht täglich vorgehalten, und es wird uns gesagt, wir seien weltfremde Träumer, weil wir die Realität des geteilten Deutschlands nicht anzuerkennen bereit seien.

Das hat er auch eingesehen. Er hat beide Hände hochgehoben und gesagt: Das ist etwas ganz anderes. Das ist auch in seinen Augen etwas anderes. Also, in dem Verdacht steht er wirklich nicht. Aber es sind die gleichen Termini technici, und wenn sie einmal in der Politik Eingang gefunden haben, dann fragt man nicht mehr nach den juristischen Grundlagen, sondern nur noch nach den äußeren Erscheinungen. Ich sagte, ich möchte mindestens eine andere Theorie entgegensetzen. Ich kann sie auch nicht beweisen, daß sie wahr und richtig ist, aber überlegen müssen wir uns doch, ob wir etwa glauben, daß dann, wenn Rotchina in die UNO eintritt, die beiden kommunistischen Machtblöcke Rußland und Rotchina uns das Schauspiel einer feindlichen Zerspaltung bieten werden. Ich möchte glauben, das ist nicht der Fall, selbst wenn sie heftige ideologische Auseinandersetzungen auch mit machtpolitischen Hintergründen führen, denn ehe sie sich von den „bösen“ Kapitalisten trennen lassen, besteht nach meiner Ansicht auch die Gefahr, daß sie sich unter Umständen einigen und alles andere zurückstellen. Dann hätten wir, wie die Dinge heute liegen, einen geschlossenen kommunistischen Block, der von der Elbe bis zum Stillen Ozean reicht. Wie dann das Schicksal Indiens, Pakistans und der anderen Länder wäre, das ist schwer zu sagen.

Schon aus dieser Gegenüberstellung möglicher Konsequenzen aus den politischen Gegebenheiten des Augenblicks wird deutlich, daß die freie westliche Welt sich festigen und zu klaren Vorstellungen kommen muß. Ich halte es für gefährlich, wenn die westlichen Länder aus dieser Verwirrung, die im Augenblick besteht, die Nutzenwendung ziehen: Wir treiben jetzt unsere eigene Politik. Ich glaube, das Gegenteil wäre richtig; denn gerade jetzt müßte die freie westliche Welt zu der Erkenntnis kommen, daß uns nur eine gemeinsame Politik weiterführen kann.

Frankreich ist sicher guten Willens, alles zu tun, um der westlichen Allianz treu zu bleiben. Das wird immer wieder betont. Auf die Frage des Staatspräsidenten de Gaulle, welches denn in meiner Sicht die Elemente der Freundschaft zwischen Frankreich und Deutschland sind, konnte ich ihm sehr deutlich sagen: Es ist einmal die von beiden Völkern gewonnene tiefe Überzeugung, daß es eine wahre Befreiung bedeutet, über die geschichtliche Tragik hinweggefunden zu haben, und zweitens ist es das

Vertrauen in einen Bündnispartner, der in den entscheidenden politischen Fragen ohne Schwanken und Zögern für uns eingestanden ist. Drittens ist es die Überzeugung – ich glaube, das ist absolut durchschlagend –, daß Europa, so diffus auch manchmal das Bild Europas scheinen mag, sich selbst zerstören würde, wenn nicht das feste innere Gerippe der deutsch-französischen Freundschaft erhalten bliebe.

Das zog sich wie ein roter Faden durch die ganzen Besprechungen hindurch. Ich glaube, auch bei de Gaulle ist die Überzeugung lebendig: Wir müssen in Europa weiterkommen. – Bei allen Besuchen, ob das in London⁵ oder in Rom⁶ gewesen ist und mit wem ich auch darüber gesprochen habe, waren der Wille und die Einsicht allgemein zum Ausdruck gekommen, daß es nicht so bleiben kann. Nur kommen hier und da die kleinen Egoismen und Querelen, möchte ich fast sagen, zum Vorschein. Das eine ist die Frage der künftigen Gestaltung unserer Beziehungen zu Großbritannien, sei es auf dem wirtschaftlichen oder auf dem politischen Gebiete. Das zweite ist die Frage, wie kann man diesem Europa wieder einen politischen Willen einhauchen und wo sind die Ansatzpunkte.

Ich darf annehmen, daß diese Sitzung vertraulich ist und nichts davon in die Öffentlichkeit dringt! Die Vorstellung, daß vielleicht ein Regierungschef dieser sechs Länder von sich aus die Initiative ergreifen würde, um die Regierungschefs in seine Hauptstadt einzuladen, ist nicht gegeben. Am Zuge wäre Italien gewesen. Italien hat aber eine ganz klare Absage erteilt. Schon vor meinem Gespräch mit Moro⁷ war Segni in Washington⁸ und hat dort klipp und klar erklärt: Für Italien gibt es kein europäisches Gespräch mehr ohne Großbritannien. – Natürlich ist auch da die Zusammensetzung der italienischen Regierung mit zu beachten, die ja sehr weit gefächert ist und neben der weiten Fächerung der Christlichen Demokraten in sich auch noch übergreift auf die gemäßigten Sozialisten Saragats⁹ bis hin zu Nenni¹⁰, übrigens ein sehr urbaner Mann! Die schauen natürlich nach Großbritannien. Die „Öffnung nach links“ bedeutet für Italien, daß man in weiten Kreisen dort auf den Sieg der Labour Party hofft, so daß auch das künftige Europa wieder einen stärkeren Akzent zum Sozialistischen hin erlangen könnte. In der Beziehung bin ich mit Herrn de Gaulle darüber einig, daß das nicht wünschenswert ist; aber man muß die Dinge realistisch sehen.

5 Vgl. Nr. 13 Anm. 1.

6 Vgl. Nr. 13 Anm. 7.

7 Aldo Moro (1916–1978), Jurist; italienischer Politiker (DC), 1955–1957 Justizminister, 1957–1959 Erziehungsminister, 1963–1967 und 1974–1976 Ministerpräsident, 1969–1972 und 1973–1974 Außenminister, 1976–1978 Präsident der DC, 1978 durch ein Kommando der „Roten Brigaden“ entführt und ermordet.

8 Vgl. Nr. 13 Anm. 11.

9 Giuseppe Saragat (1898–1988), italienischer Politiker (PSDI), 1926–1945 im Exil in Wien und Paris, 1947–1949 und 1954–1957 stv. Ministerpräsident, 1963–1964 Außenminister, 1964–1971 Staatspräsident.

10 Pietro Nenni (1891–1980), italienischer Politiker; 1945–1947 und 1963–1968 stv. Ministerpräsident (PSI). Vgl. PROTOKOLLE 2 S. 928 Anm. 26.

Von den Holländern ist auch bekannt, wie sie zu der Frage eingestellt sind. Ich bin der Meinung, wir sollten das Thema Großbritannien zurückstellen, nicht zuletzt aus Rücksicht auf Großbritannien selbst; denn die wollen vor den Wahlen nicht angesprochen werden, und eine Akzentuierung des europäischen Themas würde de facto, wie die Dinge heute in Großbritannien liegen, einer indirekten Wahlhilfe für die Labour Party gleichkommen.

Das sind die Gründe, warum ich darüber nicht spreche. Das ist auch im Gespräch mit den anderen europäischen Staatsmännern deutlich zum Ausdruck gekommen. Es besteht jetzt eine gewisse Möglichkeit, hier eine Erleichterung zu schaffen. Ich habe mit dem französischen Staatspräsidenten lange darüber gesprochen, ob wir nicht auf der Ebene der Sechs eine Art Hilfskonstruktion in der Weise schaffen könnten, daß der jeweils amtierende Ministerpräsident – das wechselt ja in Brüssel – die Regierungschefs an den Konferenztisch nach Brüssel einlädt. Dann wäre schon rein organisatorisch aus der Konstruktion heraus Großbritannien zunächst einmal außerhalb. Wenn man auch keine feste Tagesordnung aufstellen kann – dazu wird man noch keine Einigkeit finden –, so wird man doch bezüglich der weiteren Behandlung der europäischen Fragen und des Fortgangs der europäischen Integration in den von mir schon angedeuteten neuralgischen Bereichen zweifellos zu einer Einsicht kommen: Es geht eben nicht ohne einen stärkeren politischen Willen.

Obwohl sich das Karussell im Kreise zu drehen scheint, so glaube ich doch, daß die letzte Einsicht – und die ist allgemein vorhanden – dazu führt, daß die Probleme trotz aller Schwierigkeiten bewältigt werden müssen. Ich glaube auch, daß der europäische Gedanke eine so starke eigengesetzliche Kraft hat, daß die mehr technischen oder psychologischen Widerstände oder Ressentiments nicht durchschlagen werden. Ich bin zunächst einmal darüber befriedigt, daß wir uns überhaupt wieder einmal über Europa unterhalten.

Die Sozialdemokraten haben gesagt, ich sei ein glückloser Kanzler, weil es mir in vier Monaten nicht gelungen ist, die europäische Einigung nun in aller Form zu verwirklichen.¹¹ Ich habe erwidert, das ist genauso dumm, als wenn ich dem Regierenden Bürgermeister von Berlin den Vorwurf machen wollte, sein Besuch in Sansibar habe nicht dazu beitragen können, die kommunistische Welt zur Macht kommen zu lassen.¹² Das eine ist so dämlich wie das andere. Aber mit solchen

11 In der Bundestagsdebatte vom 9. Januar 1964 beklagte Fritz Erler zwar „das ins Stocken geratene Einigungswerk“ (Sten.Ber. 4. WP Bd. 54 S. 4884), kritisierte aber Erhard erst am 15. April 1964: „Die hochgespannten Erwartungen zum Kanzlerwechsel haben sich nicht erfüllt.“ (EBD. Bd. 55 S. 5719). – Vgl. zu der „hämischen Kritik“ der SPD an Erhard CDP Nr. 23 vom 30. Januar 1964.

12 Brandt war am 11. November 1963 in Sansibar gewesen (dpa vom 11. November 1963). – Nach einem Staatsstreich am 12. Januar 1964 wurde am 18. Januar die Volksrepublik Sansibar ausgerufen. Die neue Regierung wurde von der Bundesrepublik nicht anerkannt, da diese bereits diplomatische Beziehungen mit der DDR aufgenommen hatte (AdG 1964 S. 11023 f. und 11085; AAPD 1964 S. 188 f.; OSTERHELD: Außenpolitik S. 72 f.).

Mitteln wird leider in der Politik gearbeitet, mit persönlichen Verdächtigungen und Verunglimpfungen. Aber auch wenn sich nachher alles in Ruhe auflöst, so bleibt leider etwas zum Schluß doch immer wieder hängen.

Lassen sie mich noch ein Wort sagen zu der Passierscheinfrage. Ich sehe Herrn Kollegen Amrehn, der mahnt mich geradezu. Wir haben also, nachdem diese Weihnachtsrunde – wenn ich so sagen darf – vorüber war, Bilanz gemacht darüber, was dabei herausgekommen ist. Ich will nun nicht nachträglich von der Weihnachtsregelung abrücken; denn wir haben es, wenn auch mit manchen Bedenken, um der menschlichen Behandlung, um der humanitären Sache, und zwar beinahe schon im Schein der brennenden Weihnachtskerzen, willen getan.

Nun bin ich der Meinung – das habe ich auch den Herren Brandt und Wehner gesagt –, wir können uns in Deutschland über diese oder jene Frage streiten, aber wir sollten der Weltöffentlichkeit nicht das Schauspiel bieten, daß wir uns nun ausgerechnet in einer so eminent national-politischen Sache auseinanderreden. Wir sind auch nicht schuld, wenn dieser Eindruck entstanden ist. Wir haben von Anfang an deutlich gesagt: Wir bleiben bei dem Wunsch, daß der humanitäre Sinn dieser Begegnungen erhalten bleibt, aber wir wollen es nicht noch einmal erleben, daß das, was als humanitär gedacht war und von uns aus als humanitäre Gesinnung gebilligt wurde, nun politisch geradezu schamlos mißbraucht wird. Das geht so weit, daß wir in den letzten Tagen in Gesprächen mit Drittländern vor die Frage gestellt werden: Warum sollen wir eigentlich die Sowjetzone nicht anerkennen; ihr seid doch schon auf dem Wege dazu! – Das wäre natürlich ein ganz gefährliches Beginnen. Hier wollen wir also äußerst vorsichtig zu Werke gehen.

Wir haben im Senat von Berlin und dem Regierenden Bürgermeister von Berlin deutlich gemacht, daß wir nicht auf den Boden treten werden, den der Berliner Senat eingenommen hat. Selbstverständlich lehnen wir auch die Anwesenheit von ostzonalen Funktionären auf Westberliner Boden ab. Das Angebot, gegebenenfalls könnten wir doch für eine Übergangszeit über Ostern und Pfingsten – das wären immerhin drei Monate – an das Weihnachtsmodell anknüpfen, haben wir mit aller Entschiedenheit abgelehnt. Wir haben auch eine nach außen gleichgerichtete Erklärung abgegeben. Ich hoffe, daß damit das Gespräch am Ende ist. Ich habe auch immer gewarnt und versucht, auf den Berliner Senat einzuwirken und auf die SPD-Führung: Laßt uns hier nicht auseinandergehen. Es war auch nicht primär Herr Brandt, sondern es waren die Herren Albertz und Bahr¹³, die gleich wieder Zweifel geäußert haben, ob diese Erklärung echt gemeint sei. Ich glaube, es war an einem Freitag. Ich kann das Datum jetzt nicht genau nennen. Am Montag nach seiner Nominierung zum

13 In der Vorlage: Barth. – Egon Bahr (vgl. Nr. 13 Anm. 53). – Gemeinsame Erklärung von Bundesregierung und Berliner Senat vom 14. Februar 1964 (BULLETIN vom 15. Februar 1964 S. 253). Vgl. auch „Die Welt“ vom 15. Februar 1964 „Bonn und Berlin lehnen Passierschein-Abkommen ab“.

Parteivorsitzenden und Kanzlerkandidaten der SPD war Brandt bei mir.¹⁴ Ich habe mich dann noch einmal eineinhalb Stunden lang mit ihm unterhalten, und ich spürte auch, daß er zwar nicht ohne die Bundesregierung handeln will, aber daß er vielleicht doch geneigt sein könnte, auch anders zu verfahren.

Auch das ist eingefangen worden. Dieses Gespräch hat mit einer nochmaligen kurzen Presseerklärung geendet.¹⁵ Es bleibt bei der gemeinsamen Verlautbarung vom vorvergangenen Freitag. Wir wollen bereit sein für eine neue Passierscheinregelung, aber nicht mehr in der Form der Verwechslung von Humanität und schlechter Politik. Wir haben ein gutes Gewissen dabei; denn niemand kann sagen, daß diese weihnachtliche Regelung zwingend notwendig gewesen wäre, um die Menschen zusammenkommen zu lassen. Wir haben z. B. zwischen dem Bundesgebiet und der SBZ in Fällen familiärer Härten durchaus die Möglichkeit, sehr kurzfristig die Menschen zusammenzuführen. Sie kommen heute leichter von Berchtesgaden nach Stettin durch ein Telegramm hinüber und herüber als 50 m in Berlin über die Mauer.

Auch wir hätten den Wunsch, daß längerfristige Passierscheine ausgegeben werden und daß sie nicht für den Verwandtenbesuch, sondern überhaupt Gültigkeit haben. Wir haben auch hier einen konkreten Vorschlag unterbreitet. Die Anmeldungen und die Meldungen von Westberliner Seite werden von Westberliner Organen gesammelt, kommen in einen Postsack und werden über die Mauer gelassen. Dort wird der Postsack abgeholt und von Westberliner Stellen verteilt. Sie sagten uns ausdrücklich, daß diese Passierscheinregelung auf Westberliner Gebiet keinen hoheitlichen Akt darstelle, daß hier kein Stempel gegeben werde, aber in der ganzen Welt haben sie verkündet, das wären quasi konsularische Vertretungen, die von der sowjetisch besetzten Zone auf Westberliner Boden tätig wären.

Ich meine, gerade angesichts der jetzigen Vorkommnisse in der Welt – ich denke vor allem an Sansibar, an Ceylon¹⁶, an Birma¹⁷, an die Versuche einer Neutralisierung von Indochina¹⁸ – müssen wir besonders wachsam sein. Entweder wir halten an der bisherigen Politik fest, oder aber man entschließt sich zu einer anderen Politik. Ich

14 Nominierung von Brandt auf dem SPD-Parteitag am 15./16. Februar 1964 (AdG 1964 S. 11066 f.). Brandt bei Erhard am 17. Februar 1964 (Terminkalender Erhard).

15 Vgl. „Die Welt“ vom 18. Februar 1964 „Erhard und Brandt bekunden Einigkeit. Gemeinsame Front gegen Ost-Angebot“.

16 Ministerpräsidentin Sirimavo Rattwate D. Bandaranaike hatte sich im Herbst 1963 für eine Lösung der Deutschlandfrage nach kommunistischen Vorstellungen ausgesprochen. Aufgrund dieser Haltung und wegen der Zulassung eines DDR-Generalkonsulates in Colombo und eines zeylonesischen in der DDR stellte die Bundesregierung im Februar 1964 ihre Wirtschaftshilfe für Ceylon ein (AdG 1964 S. 11110); vgl. OSTERHELD: Außenpolitik S. 72.

17 Vom 4. bis 7. Februar 1964 weilte der Stellvertretende Ministerpräsident der DDR, Bruno Leuschner, in Burma zu Gesprächen über eine Ausweitung der Handels- und Kulturbeziehungen zwischen Burma und der DDR (AdG 1964 S. 11109 f.).

18 Am 30. Januar 1964 wurde die Junta des Generals Duong Van Minh in Südvietnam durch einen Putsch gestürzt. Die Putschisten wollten verhindern, daß die Regierung den französischen Vorstellungen einer Neutralisation Südostasiens nachkomme (AdG 1964 S. 11052).

meine nicht, daß ich das will, aber diese beiden Alternativen sind klar zu setzen. Man kann nicht wie bei einem Bocksprung einmal hin- und einmal hergehen, sonst werden wir unglaublich, und vor allen Dingen nimmt dann die übrige Welt ganz bestimmt nicht mehr Rücksicht auf uns, wenn wir nicht selber ganz deutlich machen, wo wir stehen.

Nun zu den inneren Fragen! Ich möchte das Sozialpaket nicht vor Ihnen aufschnüren, aber daß das nicht gerade ein belebendes Element unserer Innenpolitik ist, kann man wohl sagen. Und wenn man sich viel draußen im Lande bewegt, so kann man feststellen: Sehr viel Bewunderer und Anhänger findet dieses Sozialpaket heute nicht mehr.

Wir haben uns natürlich noch mit anderen Fragen auseinanderzusetzen. Wir werden sehr bald erleben, wenn es zur Debatte im Bundestag kommt, daß uns die Opposition wieder vorwirft, wir müßten mehr für die Bildung und die Wissenschaft, für die Schulung und Erziehung tun; die Verhältnisse seien schlecht in Ordnung, die Luft und das Wasser seien noch nicht rein usw., kurz und gut, die Koalitionsparteien hätten vieles versäumt, und sie müßten alle diese Dinge schnellstens in Ordnung bringen.

Meine lieben Freunde! Das ist Heuchelei in Permanenz; denn ich kenne kaum ein Gesetz, bei dem die Sozialdemokraten nicht immer noch mehr ausgeben und uns überhaupt unfähig machen wollten, für andere Gemeinschaftsaufgaben noch Geld ausgeben zu können. Wir werden jetzt die Sozialenquete durchführen.¹⁹ Ich nehme an, daß wir in etwa acht Tagen ein Gerippe über den sachlichen Inhalt einer solchen Enquete wie auch über die Dringlichkeit der einzelnen Probleme haben werden. Wenn wir nämlich darauf warten wollen, bis wir alles in Perfektion gelöst haben, dann geht diese Legislaturperiode vorüber, ohne etwas zu erreichen. Ich bin der Meinung, wir sollten unbedingt schon etwas früher an einige Dinge herangehen. Meine persönliche Meinung ist die, daß wir in der Sozialpolitik auf einen gefährlichen Weg insofern geraten sind, als wir alle Forderungen – berechnete oder unberechnete – der Kriegsgefangenen, der Heimkehrer, die Wiedergutmachungsleistungen nach den verschiedensten Richtungen usw. auf Rechtsansprüche gestellt haben. Wir sind dabei, unsere Sozialpolitik völlig zu enteelen. Alles das, was noch an Menschlichkeit eigentlich darin liegen müßte, ein Gefühl von Brüderlichkeit und Gemeinsinn usw., geht verloren in der Öde des Rechtsanspruches.

Ich finde, es ist nur eine formale Gerechtigkeit, wenn z. B. ein Familienvater – gleichgültig ob er DM 6.000,- oder DM 300.000,- verdient – unter allen Umständen den Rechtsanspruch hat, neben den Steuervergünstigungen noch über die Nürnberger Anstalt DM 50,- oder DM 70,- zu kassieren, daß also irgendeiner, der herüberge-

¹⁹ Die Sozialenquete wurde am 29. April 1964 vom Bundeskabinett beschlossen (BULLETIN vom 5. Juni 1964 S. 817 f.). Zu den Ergebnissen vgl.: Soziale Sicherung in der Bundesrepublik Deutschland. Bericht der Sozialenquete-Kommission. Köln 1966.

kommen ist und hier als Flüchtling voll satuiert ist, seinen Rechtsanspruch hat. Ich weiß nicht, wieviel Leute es in Deutschland gibt, die die Tasche voll Rechtsansprüchen haben; denn dadurch wird das, was das innere Gefüge eines Volkes und einer Gemeinschaft anlangt, nach meiner festen Überzeugung aufgelöst.

Ich bin auf der anderen Seite nicht verdächtigt, daß ich glaube, man sollte die Sozialpolitik auf Bedürftigkeit abstellen, ich bin auch nicht kleinkariert, daß ich sage, nur dort, wo man in die Nähe sozialer Notstände oder an das Existenzminimum herankommt, sollten Wiedergutmachungen – in welcher Form auch immer – geleistet werden, nein, man kann hier relativ großzügig operieren, aber dennoch gibt es meiner Ansicht nach eine Grenze, wo eben das Gute umschlägt in das Böse und wo vor allen Dingen der gesunde Sinn unseres Volkes anfängt, Schaden zu leiden.

Ich könnte noch manche anderen Fragen hier aufführen, die uns beschäftigen werden. Ich habe jetzt bei meiner Reise²⁰ auch einiges erlebt, was die Menschen draußen bewegt; aber ich glaube, das würde den Rahmen dieser Sitzung heute sprengen. Vielleicht ist es auch überflüssig, weil ich auf dem Parteitag in Hannover Gelegenheit haben werde, das eine oder andere noch konkreter zu behandeln.²¹ Glauben Sie nicht, daß ich auf einmal unter die Pessimisten gegangen wäre. Ich will nur nicht blind sein und die Dinge so sehen, wie sie sich draußen im Leben darstellen und wie sie von unserem Volk empfunden werden. (*Beifall.*)

Adenauer: Wir danken dem Herrn Bundeskanzler herzlich für seine Ausführungen und für die Offenheit, mit der er gesprochen hat. Ich darf, ehe ich die Diskussion eröffne, einige Worte sagen über den Charakter unseres Parteivorstandes und über den Einfluß der Parteien, auch der Regierungsparteien, auf die Regierung. Wir haben es immer so gehalten, daß der Parteivorstand insbesondere bei wichtigen Situationen der Politik unterrichtet wurde und dann maßgeblich mitgesprochen hat.

Gestern waren wir mit den Herren Dufhues, Krone – der leider wieder erkrankt ist – und Kraske zusammen. Bei der Gelegenheit habe ich feststellen können aus den Protokollen, daß im Jahre 1953 – einem politisch sehr kritischen Jahr – der Parteivorstand in den ersten sieben Monaten des Jahres achtmal zusammengetreten ist. Die Protokolle liegen darüber vor.²² Innerhalb des Parteivorstandes haben damals über sehr wichtige Themen ausgedehnte Diskussionen stattgefunden. Solange eine Partei – und das ist doch die CDU/CSU – die Hauptverantwortung trägt für die ganze Regierungspolitik, ist es auch notwendig und richtig, daß der Parteivorstand über wichtige Vorgänge des politischen Lebens rechtzeitig unterrichtet wird; denn jede

20 Im Terminkalender ist für den 23. Februar 1964 der Landesparteitag der CDU in Baden und für den 24. Februar der Besuch der Landesregierung von Baden-Württemberg in Stuttgart vorgemerkt (Terminkalender Erhard).

21 Rede Erhards auf dem 12. Bundesparteitag der CDU vom 14. bis 17. März 1964. Druck in: CDU, 12. Bundesparteitag S. 100–123.

22 Vgl. Übersicht in PROTOKOLLE I S. XXIX.

Regierung – ich war damals der Leiter der Regierung – muß das innere Bedürfnis haben, ihre Verantwortung auf eine breite Grundlage zu legen.

Daraus ergeben sich für den Parteivorstand zwei Verpflichtungen. Einmal müssen die Vorstandssitzungen regelmäßig besucht werden. Wenn ich z. B. sehe, wieviel Herrschaften heute wieder fehlen, auch führende Leute, dann ist das etwas peinlich für mein Empfinden, namentlich auch deswegen, weil diese Parteivorstandssitzung die letzte Sitzung vor dem Bundesparteitag in Hannover ist. Diese Sitzung ist deshalb besonders wichtig. Wir werden zwar in Hannover kurz vor dem Parteitag noch einmal zusammentreten, aber die großen Fragen, die uns interessieren und die wir auf dem Parteitag besprechen müssen, können dann nicht mehr besprochen werden. Die Diskussion kann nicht von heute auf morgen zu einem Ergebnis führen, das wir dem Parteitag präsentieren können. Wenn wir also öfter zusammentreten wollen – und ich bin dafür, daß wir diese Tradition fortsetzen –, dann müssen sich die Mitglieder des Parteivorstandes aber auch wirklich bemühen, anwesend zu sein.

Lassen Sie mich ganz allgemein sagen, das gilt auch für die Sitzungen des Präsidiums. Es ist in dieser unserer Partei unendlich schwer, auch nur sieben Leute zusammenzubekommen. Das ist ein Zeichen für die allgemeine Indolenz, die man anscheinend in unserer Partei den Vorgängen entgegenbringt, die aber völlig unge-rechtfertigt ist, denn wir werden einen sehr schweren Wahlkampf im Jahre 1965 haben.

Ein Zweites folgt aus der Unterrichtung des Parteivorstandes. Das ist die absolute Verschwiegenheit, abgesehen davon, daß es die Natur der Sache oder die Aussprache ergibt, daß man über diese oder jene Frage vielleicht auch einmal in der Öffentlichkeit sprechen kann. Der Herr Bundeskanzler hat mit Recht darauf hingewiesen, daß er eine absolute Verschwiegenheit erwartet. Was er uns z. B. über sein Gespräch mit dem französischen Staatspräsidenten gesagt hat, ist natürlich eine sekrete Angelegenheit. Wir würden ihm und uns allen sehr schaden, wenn solche Sachen in der Öffentlichkeit erzählt würden und dann Gott weiß wie entstellt in die Presse kämen. Meine Freunde! So fasse ich also die Stellung des Parteivorstandes auf. Wenn Sie gestatten, eröffne ich nunmehr die Diskussion und möchte beginnen mit den Aussichten für die Bundestagswahlen im Jahre 1965.

Ich habe gehört, daß man in manchen Kreisen unserer Freunde die Wahl des Herrn Brandt zum Vorsitzenden der SPD als günstig für uns betrachtet. Ich halte das für ganz falsch. Die führenden Leute in der Sozialdemokratie, denen Herr Brandt sicher in mancher Hinsicht gar nicht sympathisch ist, würden ihn nicht an die Spitze gestellt haben, wenn sie sich davon nicht einen Vorteil für ihre Partei erhofften, und zwar, wie mir scheint, nicht ohne Grund.

Wir müssen uns das ins Gedächtnis zurückrufen, daß Herr Brandt innerhalb der Parteihierarchie der Sozialdemokratie sehr schnell ganz hoch emporgestiegen ist. Das kommt doch nicht von ungefähr. (*Erhard*: Das kommt vom Fernsehen!) Woher es kommt, ist gleichgültig, ob vom Fernsehen oder vom Rundfunk. Es kann auch sein, daß wir uns zu wenig rühren. Das wollen wir dabei erwähnen. Jedenfalls ist die

Tatsache da. Was Herrn Brandt angeht, so ist er der Regierende Bürgermeister, und der Name Berlin hat für alle Deutschen einen Nimbus. Und dieses Nimbus bedient sich Herr Brandt in einer ungewöhnlich geschickten Weise, so daß sich mancher Wähler bei der Wahl von der Tatsache einfangen läßt, daß Herr Brandt Regierender Bürgermeister von Berlin ist. Damit müssen wir auf alle Fälle rechnen.

Wir müssen bei dieser Wahl noch mit zwei anderen Tatsachen rechnen, daß nämlich einmal die Sozialdemokratische Partei hungrig ist nach der Macht und daß wir gesättigt sind von der Macht. Man soll nie von der Macht gesättigt sein, aber in der Tat ist es so, wenn eine Partei 16 Jahre lang – das wird im nächsten Jahr der Fall sein – führt, dann betrachten die Anhänger der Partei das beinahe als eine Selbstverständlichkeit. Und das führt zu einer gewissen Ermüdung und Erschlaffung, so daß der Machthungrige einer Partei gegenübersteht, deren Machthunger von neuem gereizt werden muß. (*Heiterkeit.*) Das sind also diese beiden Momente, einmal, daß Herr Brandt Regierender Bürgermeister von Berlin ist, und zweitens, daß die Sozialdemokraten machthungrig sind und unsere Partei in dieser Beziehung etwas gesättigt erscheint. Ich muß hier hinzufügen, daß die Sozialdemokratie doch eine ganz andere Disziplin hat als wir. (*Zurufe: Sehr richtig!*) Wenn ich sehe, wie es Herrn Brandt gestattet wird, sich durch Herrn Albertz – der ein tüchtiger Beamter sein mag – vertreten zu lassen, um seine Aufgaben als Leiter der Partei erfüllen zu können, wenn ich weiter sehe – und das ist noch eindrucksvoller –, wie in diesem Triumvirat Herr Erler und Herr Wehner treu und fest zu Herrn Brandt stehen, und dem nun gegenüberhalte, was wir mit dem Sozialpaket an Streit in unserer Bundestagsfraktion erlebt haben²³, dann bin ich erschüttert über die Disziplin auf der einen Seite und den Mangel an Parteidisziplin auf der anderen Seite.

Ich habe darüber in unserer Bundestagsfraktion und auch an anderer Stelle sehr oft gesprochen. Deswegen sei es mir gestattet, auch hier davon zu sprechen. Im übrigen möchte ich Ihnen aber vorschlagen, jetzt in der allgemeinen Diskussion nicht über das Sozialpaket zu sprechen, auch wenn das Bedürfnis besteht, das eine oder andere dazu zu sagen, obgleich die wenigsten den Inhalt kennen. Ich fürchte nämlich, wenn wir jetzt gleich mit dem Sozialpaket anfangen, dann wird die ganze Tagesordnung damit ausgefüllt, und wir gehen womöglich auch noch im Krach auseinander. Wir können vielleicht nachher im Laufe der Verhandlungen noch darüber sprechen. (*Unruhe und Bewegung.*)

Ja, meine Herren, Sie kennen doch meine Offenheit! Es stehen uns nun mehrere Wahlen bevor. Zunächst ist am 8. November in Amerika die Präsidentenwahl. Herr Johnson wird im großen und ganzen die Politik fortsetzen müssen, die Herr Kennedy eingeleitet hat. Wir werden aber nach meiner Auffassung das wahre Gesicht des Herrn Johnson erst am 9. November sehen, wenn er der gewählte Präsident der Vereinigten

²³ Diskussion des Sozialpakets in der Fraktionssitzung am 4. Februar 1964 (ACDP VIII-001-1009/3).

Staaten sein wird.²⁴ Vorher wird ihm gar nichts anderes übrig bleiben, als mit dem fortzufahren, was Herr Kennedy eingeleitet hat.

Dann finden im Herbst dieses Jahres Wahlen in Großbritannien statt. Wie sie ausfallen werden, weiß man nicht, insbesondere bei der Eigenart des britischen Wahlrechts nicht. Immerhin scheint es aber so zu sein, als ob die Labour Party an die Macht käme. Damit würde sich die Situation in Europa und damit auch im Verhältnis zu Sowjetrußland wahrscheinlich ändern.

Im Jahre 1965 kommen wir an die Reihe mit der Bundestagswahl. (*Dichtel*: Wir haben vorher noch eine kleine Wahl in Baden-Württemberg!) Ich will nicht gemein sein, sonst würde ich sagen, wir haben auch noch die Kommunalwahlen.²⁵ Aber lassen Sie mich Ihnen die großen Aspekte sagen. Bei aller Bedeutung von Baden-Württemberg – ob vereint oder unvereint, das lasse ich dahingestellt –, diese Wahlen dort kommen doch nicht an die Bedeutung der Bundestagswahlen im Jahre 1965 heran.

Nun meine ich, namentlich nach den Erfahrungen, die wir in der letzten Zeit mit den Freien Demokraten gemacht haben, müssen wir aber auch das letzte an Kraft und Geschlossenheit aufbringen, um die absolute Mehrheit bei der nächsten Wahl wieder zu erreichen. Ob wir dann – ich sage das mit Absicht –, auch wenn wir die absolute Mehrheit erringen sollten, wieder eine Koalition mit den Freien Demokraten eingehen, ist eine Frage, über die noch zu sprechen sein wird. Ich habe die Erfahrung gemacht, daß die Freien Demokraten in einer Koalition, wenn wir die Mehrheit haben, ganz anderen Geistes sind, als wenn sie wissen, daß wir sie nötig haben, um eine Mehrheit zu bekommen.

Lassen Sie mich nun an die Frage herangehen, wie es bei den christlichen Parteien in Europa aussehen wird, wenn die Labour Party bei der Wahl siegen sollte. Das ist eine sehr ernste Frage. Die Verbindung zwischen der deutschen Sozialdemokratie und der Labour Party ist sehr eng. Auch die Verbindungen zwischen den deutschen Sozialdemokraten und der französischen sozialistischen Partei sind sehr eng. Wir müssen daran denken, was ein sozialistisches Europa in der gesamten europäischen Politik bedeuten würde.

Ich möchte hier einen Gedanken – soviel ich weiß, stammt er von Ihnen – von Herrn Dufhues aufgreifen, den ich für sehr gut halte, dem Parteivorstand unterbreiten. Wir können die UNR aus Frankreich²⁶ nicht zum Parteitag einladen, weil in dem Augenblick unsere alten Freunde von der MRP sofort an die Decke hochgingen. Das

24 Ergebnis der Präsidentschaftswahlen in den USA vom 3. November 1964: Johnson (Demokraten) 61,4 % der Stimmen (486 Wahlmänner), Goldwater (Republikaner) 38,9 % der Stimmen (52 Wahlmänner). Johnson wurde am 14. Dezember zum Präsidenten der USA gewählt. Vgl. AdG 1964 S. 11519 und 11588.

25 Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen und in Niedersachsen am 27. September, in Hessen, Rheinland-Pfalz und im Saarland am 25. Oktober (Ergebnisse in AdG 1964 S. 11452 und 11499).

26 Vgl. Nr. 7 Anm. 63. Zum Generalsekretär der UNR wurde auf dem 3. Parteitag vom 13. bis 15. November 1963 Jacques Baumeil wiedergewählt (AdG 1963 S. 10933 f.).

ist sehr bedauerlich; denn die UNR wird auch dann, wenn de Gaulle nicht mehr da ist oder nicht mehr das Ruder in der Hand hat, höchstwahrscheinlich eine der größten Parteien in Frankreich sein.

Nun lautet der Vorschlag des Kollegen Dufhues, neben der NEI²⁷ ein Büro in Brüssel zu gründen, dem auch die UNR angehören soll. Wir haben uns bisher so geholfen, daß die Bundestagsfraktionen die UNR als zu ihnen gehörig anerkennen, aber die Partei nicht. Insbesondere widmet sich die CSU einer engen Verbindung mit der UNR. Das ist ein sehr wichtiges Kapitel für die spätere europäische Politik, das man rechtzeitig beachten muß.

Nun – ich spreche gerade so, wie ich es mir eben notiert habe – möchte ich ein Wort sagen zu der Frage der Wahl des Bundespräsidenten.²⁸ Etwas mehr, als in der Presse stand, kann ich wohl sagen, aber ich bitte Sie, diese Frage mit der Würde und der Schonung zu behandeln, mit der sie behandelt werden muß. Es ist Ihnen bekannt, daß ich auf Wunsch unserer Bundestagsfraktion als Vorsitzender der Partei gewissermaßen federführend bin in der Einladung der Vertreter der anderen Parteien zu Besprechungen über die Bundespräsidentenwahl. Alle drei im Bundestag vertretenen Parteien sind sich darüber einig, daß die Wahl des Bundespräsidenten nicht in einem parteipolitischen Schacher irgendwelcher Art, sondern der Würde des Amtes entsprechend in einer geordneten Weise und möglichst von einer großen Mehrheit getragen erfolgen sollte.

Auf das letzte legt insbesondere Herr Bundespräsident Dr. Lübke sehr großen Wert. Auch das müssen Sie verstehen; denn wenn ein Bundespräsident bei der Wiederwahl nur knapp die Grenze erreicht, dann ist das für ihn natürlich eine solche Abwertung, daß er das nicht mitmachen kann. Es kommt wahrscheinlich noch hinzu, daß nach der Wahl in Baden-Württemberg die Verteilung der Sitze in der Bundesversammlung anders sein wird, als sie in der letzten Bundesversammlung bei der Wahl des Bundespräsidenten gewesen ist, und zwar verschiebt sich diese Verteilung zu unseren Ungunsten.

Nun bestand bei der ersten Besprechung zwischen den Vertretern der drei Parteien und der drei Fraktionen über die generelle Frage, möglichst keine Koalitionsfrage daraus zu machen, Übereinstimmung.²⁹ In der ersten Sitzung erklärte Herr Mende, es würden vielleicht 30 % der Freien Demokraten in der Bundesversammlung den

27 Die NEI wurde 1947 in Chaudfontaine gegründet und 1965/66 in die Union der europäischen CD überführt. Vgl. Roberto PAPINI: De l'Union mondiale démocrate-chrétienne à l'Internationale. In: *La Démocratie Chrétienne, Force Internationale*. Nanterre 1986 S. 31–40, S. 36; Jac BOSMANS: Das Ringen um Europa. Die Christdemokraten der Niederlande und Deutschlands in den „Nouvelles Equipes Internationales“ (1947–1965). In: DERS.: *Europagedanke, Europabewegung und Europapolitik in den Niederlanden und Deutschland seit dem Ersten Weltkrieg*. Münster 1996 S. 123–148; Karl Joseph HAHN: *Die Christliche Demokratie in Europa*. Rom 1979 S. 17–21; JANSEN S. 64–75.

28 Vgl. Nr. 13 Anm. 43.

29 Am 20. Februar 1964. Vgl. SPD-Fraktion S. 392 Anm. 21; MORSEY: Lübke S. 397.

Herrn Bundespräsidenten Dr. Lübke nicht wählen – das wäre tragbar gewesen –, während die Sozialdemokratie ein entgegenkommendes Verhalten zeigten. Aber bei der zweiten Besprechung erklärte Herr Mende, es würden höchstens 30 % von ihnen dafür stimmen. Bei der zweiten Besprechung waren von der FDP anwesend die Herren Mende, Kühlmann-Stumm und Weyer. Die Anwesenheit des Herrn Weyer wirkt offenbar auf die Herren Mende und Kühlmann-Stumm irgendwie intensiv ein. Mehr will ich nicht sagen. Ich sehe Herrn Ministerpräsidenten Meyers von Nordrhein-Westfalen dabei so freundlich an, weil auch er Herrn Weyer näher kennt. Ob da irgend etwas zu machen ist, entzieht sich einstweilen meiner Kenntnis.

Die Wahl soll stattfinden in der ersten Juliwoche. Nun haben wir beschlossen, diese Frage vierzehn Tage oder drei Wochen lang ruhen zu lassen und dann wieder an sie heranzutreten. (*Amrehn*: Was sagen denn die Sozialdemokraten?) Ich habe doch gesagt, die verhalten sich noch wie früher, (*Amrehn*: Trotz der Brandt-Wahl?) aber sie legen sich nicht fest. Ich weiß nicht, was die Freien Demokraten machen werden. Für uns wäre es, auch vom parteipolitischen Standpunkt und vom gegenwärtigen Bundespräsidenten aus, gut, wenn alle drei Parteien – wenn auch nicht bis zum letzten Mann, das kann man nicht verlangen – mit einer großen Mehrheit für ihn stimmten.

Nun möchte ich noch – der Herr Bundeskanzler Erhard nimmt mir das nicht übel – ein Wort sprechen über Europa, und zwar über die Instabilität seiner Wirtschaft und über die Atlantische Gemeinschaft und was da auf uns zukommt. Ich bitte Sie, die Dinge möglichst einfach zu sehen. Wir können die Führung in Europa nicht für uns beanspruchen. Lassen Sie mich das immer wieder betonen, meine Herren, wir Deutschen sind ja noch auf Jahre hinaus das am wenigsten beliebte Volk in der Welt. Und die Prozesse, über die jetzt so ausführlich in der Presse berichtet wird³⁰, sind wahrhaftig nicht dazu angetan, die Deutschen als liebenswerte Mitarbeiter in der Welt präsentieren zu können. Also, die Führung Europas – soweit man da von Führung sprechen kann – spielt sich ab zwischen Frankreich und Großbritannien. Deswegen wünscht – das ist meine feste Überzeugung – Großbritannien, und zwar beide Parteien, nicht, daß die politische Union zustande kommt. Als vor zwei Jahren die politische Union greifbar nahe war, und zwar aufgrund eines Vorschlages von de Gaulle³¹ – den wir dann geändert haben im Gespräch mit ihm, so daß auch wir zustimmen konnten –, haben Holland und Belgien erklärt, sie seien nicht dafür, solange Großbritannien nicht dabei wäre.

Nach meinen Erfahrungen mit den Engländern soll man den Engländern nie sagen: Ohne dich tue ich nichts, sei so freundlich und komm, damit ich etwas tun kann. – Dann können Sie Gift darauf nehmen, daß der Engländer darauf nicht hört. Aber wenn Sie ihm sagen: Ich tue es auch ohne dich; es ist mir zwar lieb, wenn du dabei bist,

30 Vgl. u. a. FAZ vom 11. Januar 1964 „Immer wieder: Vom Todesmechanismus in Auschwitz nichts gewußt“, vom 17. Januar „Das Denken hat man uns abgenommen“ und vom 20. Februar „Hefelmann spricht von Hilfe“.

31 Vgl. SCHWARZ: Bundesrepublik 3 S. 256 f.

aber ich tue es auch ohne dich, – dann hat man mehr Aussicht, daß der Engländer mitmacht.

Damals haben Holland und Belgien Einspruch erhoben. Herr Spaak³² war bei mir, und ich habe ihm die Dinge auseinandergesetzt und das ganze Tableau klargelegt. Daraufhin hat mir Herr Spaak erklärt: Warum bin ich auch zuerst zu Herrn Luns nach Holland gegangen und nicht zu Ihnen gekommen? – Und da war mir der ganze Zusammenhang klar.

Nun möchte ich nachdrücklich betonen, wenn die Sozialdemokraten unserem Bundeskanzler vorwerfen, daß er keinen Erfolg gehabt hätte, dann tun sie ihm wirklich bitter unrecht; denn wie die Dinge heute sind vor den britischen Wahlen, ist nichts zu erzielen, ob mit oder ohne England. Das ist völlig ausgeschlossen.

Ich möchte Ihnen auch sagen, es ist noch einer da, der die Führung in Europa haben will. Ich habe dem Herrn Bundy³³ – er ist auch der Berater von Präsident Johnson – vor eineinhalb Jahren gesagt, achten Sie bitte darauf, daß es sich bei der Führung in Europa um eine Auseinandersetzung zwischen Frankreich und England handelt. Daraufhin sah er mich erstaunt an und sagte: Führung in Europa? Die Führung in Europa wird für die nächsten 15 Jahre Amerika haben. – Das ist also ein weiterer Anwärter. Wir können daraus nur die eine Nutzenanwendung ziehen, daß wir die Geführten sind, aber doch unseren eigenen Willen und unsere eigene Auffassung behalten müssen.

Ich stehe auch – ich sage das ganz offen – zu der Atlantischen Gemeinschaft nicht sehr optimistisch. Das hat auch eben der Herr Bundeskanzler gesagt. Es ist so, daß sich die gesamte amerikanische Industrie gegen eine Ermäßigung der Einfuhrzölle nach Amerika ausgesprochen hat, daß aber andererseits Amerika seine landwirtschaftlichen Produkte exportieren will, insbesondere in den EWG-Raum. Wie da nun schließlich etwas zustande kommen soll, das müssen wir der Zukunft überlassen. Es ist natürlich wünschenswert, daß etwas zustande kommt. Aber man soll auch hier, wie die Dinge liegen, nicht davon ausgehen, daß nun den Bundeskanzler, wenn sich die Sache hinauszieht oder nichts Besonderes dabei herauskommt, irgendwie eine Schuld trifft. Die Verhältnisse sind eben so, wie ich sie geschildert habe.

Nun habe ich noch drei Fragen an den Herrn Bundeskanzler. In der „Süddeutschen Zeitung“ von gestern³⁴ stand ein Artikel über eine Konferenz in Paris, die sich mit der russischen Landwirtschaft beschäftigt hat, und zwar waren es keine Politiker,

32 Paul Henri Spaak (1899–1972), belgischer Politiker, 1936–1939, 1946–1949, 1954–1957 und 1961–1966 Außenminister, 1938/39, 1946 und 1947–1949 Ministerpräsident, 1952–1954 Präsident der Montanunion, 1957–1961 Generalsekretär der NATO. Erinnerungen: *Memoiren eines Europäers*. Hamburg 1969.

33 McGeorge Bundy (1919–1996), amerikanischer Historiker und Politikwissenschaftler; 1953–1961 Dekan an der Graduate School of Arts and Sciences in Harvard, 1961–1965 Sicherheitsberater im Weißen Haus, 1965–1979 Präsident der Ford Foundation. – DERS.: *The Battlefields of Power and the Searchlights of the Academy* in: E.A.J. JOHNSON (Hg.): *The Dimensions of Diplomacy*. 2. Aufl. Baltimore 1967 S. 1–15.

34 „Moskaus agrarpolitische Sorgen“ in „Süddeutsche Zeitung“ vom 24. Februar 1964.

sondern Sachverständige. Diese Konferenz ist zu dem Ergebnis gekommen – ich wiederhole nach dem Bericht der „Süddeutschen Zeitung“ –, daß Sowjetrußland mit einer wesentlichen Steigerung seiner Agrarprodukte nicht rechnen könne. Das ist natürlich auch ein Moment von größter politischer Bedeutung, das man in der richtigen Weise gebrauchen sollte. Meine Frage an den Herrn Bundeskanzler ist die, ob das Auswärtige Amt auch gerade diese Frage der Agrarstruktur Sowjetrußlands im Auge behält.

Die zweite Frage lautet: Wie werden wir von den Vorgängen auf dem Gebiete der Währung in Frankreich und Italien sowie in der Schweiz (*Erhard*: Holland!) berührt und was können wir dagegen tun?³⁵

Drittens steht – und das ist von großer Bedeutung – im heutigen „Nachrichtenspiegel“³⁶ eine Nachricht aus Genf, die eine Erklärung des polnischen Vertreters dort wiedergibt. Ich lese vor: „Einfrierung der Atomrüstung in Mitteleuropa ist kein Ersatz für den Rapacki-Plan³⁷, sondern ein Weg zu seiner Realisierung.“

Sie wissen, daß der Rapacki-Plan eine Zone quer durch Europa vorsieht, die kontrolliert wird, die weniger bewaffnet ist und die die Staaten, die in dieser Zone liegen, deklassiert. Wir haben uns deswegen gegen den Rapacki-Plan immer mit der größten Energie und auch mit Erfolg gewehrt. Meine Frage ist, ob die Haltung der Bundesregierung gegenüber dem Rapacki-Plan noch dieselbe wie früher ist. Es ist in der letzten Sitzung des Verteidigungsrates³⁸ – und deswegen komme ich darauf – von einem Vertreter des Auswärtigen Amtes auf Befragen eine Äußerung gemacht worden, die nicht klar erkennen läßt, wie man dort dazu Stellung nimmt. Das ist eine sehr wichtige Frage für unsere gesamte Zukunft und für die gesamte außenpolitische Situation. Ich würde es sehr begrüßen, wenn die Regierungschefs in Brüssel zusammenkämen, damit man wenigstens Gedanken an eine Zusammenfassung Europas nicht völlig untergehen läßt.

Aber ich wiederhole nochmals, so wie die Dinge liegen, sind eigentlich nur wir Deutschen, die Bundesrepublik, die ehrlichen und intensiven Vertreter einer politischen Union der Sechs und später der Sieben. Die anderen sind alle mehr oder weniger schwankend. Deswegen wird die Bundesregierung einen außerordentlich schweren Stand in der ganzen Sache haben.

35 Nach einer Baisse an den Devisenmärkten beschloß die Schweiz konjunkturdämpfende Schritte im Kreditwesen und im Bausektor (AdG 1964 S. 11081 f.). Auch in Italien wurden Stabilisierungs- und konjunkturpolitische Maßnahmen eingeleitet (AdG 1964 S. 11090).

36 Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Nachrichtenspiegel 1 Nr. 56/64 vom 25. Februar 1964 S. 4.

37 Am 2. Oktober 1957 in der 12. UN-Vollversammlung vorgelegter Plan der Errichtung einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa (SCHWARZ: Bundesrepublik 3 S. 44 f.). – Adam Rapacki (1909–1970), polnischer Politiker; 1948–1968 Mitglied des ZK, 1956–1958 Außenminister. Vgl. PROTOKOLLE 3 S. 100 Anm. 97.

38 Sitzung des Verteidigungsrates am 30. Januar 1964. Vgl. ACDP I-028-076/1.

Erhard: Sie sprachen von der Führung Europas. Wir haben uns das Europa anders vorgestellt, als daß immer einer die Führung haben muß, sondern wir wollten ein integrierendes Europa haben, wenn Sie wollen – vielleicht klingt es etwas sentimental, es ist aber nicht so gemeint –, ein Europa der Gleichen und der Freien. Das ist der Sinn der Integration.

Ich war Herrn Segni böse darüber, daß er in Washington geäußert hat, Italien wolle weder eine französische noch eine deutsche Hegemonie haben. Ich habe ihn gefragt, wie kommen Sie auf die merkwürdige Idee, daß wir eine deutsche Hegemonie anstreben? Ich kann Ihnen versichern, nichts liegt uns ferner als dieses. Wir wollen überhaupt keine Hegemonie in Europa. Ich habe erklärt, wir hätten auch keine Lust, uns als Juniorpartner an einer Hegemonie zu beteiligen. Ich glaube, das ist die einzige Haltung, die wir überhaupt einnehmen können. Die ganze europäische Politik läuft meiner Ansicht nach ins Leere, wenn man heute schon den Gedanken einer hegemonialen Führung und Stellung irgendeines Landes, ob Großbritannien oder wer auch immer, hinnähme. Wir müssen bei den anderen Lösungen bleiben, die auch am Anfang der Römischen Verträge standen.

Nun, die Aussage von Bundy nehme ich nicht so tragisch; denn gerade die Amerikaner waren es – vor allen Dingen haben es Kennedy und Johnson deutlich gemacht –, die erklärt haben, daß ihnen nichts oder jedenfalls nur sehr wenig daran liege, von seiten der Vereinigten Staaten ein Bundeskoordinatensystem bilateraler Beziehungen zu einer Vielzahl von europäischen Staaten zu unterhalten. Sie sprächen viel lieber klipp und klar Europa an. Natürlich denken sie nicht an einen Herrn oder an einen Briefkasten, sondern sie wollen eben ein, wenn schon in der staatsrechtlichen Form nicht erreichbares, so aber doch politisch schärfer profiliertes Europa.

Nun, die Fragen der inneren russischen Struktur, insbesondere auch der Landwirtschaft! Diese Fragen beschäftigen uns natürlich außerordentlich stark. Sie wissen, hier stehen wir vor keiner hoffnungsvollen Situation. Großbritannien liefert an Sowjetrußland auch mit längerfristigen und vor allem mit staatlich verbürgten Krediten. Das gleiche ist auch von anderen europäischen Staaten, insbesondere von den neutralen Ländern, anzunehmen. Auch Frankreich hat jetzt – der Finanzminister Giscard d'Estaing hat darüber berichtet³⁹ – Verhandlungen gepflogen wegen einer Ausweitung des Handelsverkehrs, allerdings will sich Frankreich in den Grenzen der sogenannten Berner Union⁴⁰ halten, das heißt Kredite nicht über fünf Jahre hinaus geben, aber diese Kredite von Staats wegen doch abzusichern.

³⁹ Vgl. OSTERHELD: Außenpolitik S. 71.

⁴⁰ Berner Union: 1934 getroffene Übereinkunft zwischen 18 privaten und öffentlichen Kreditversicherungs- und -gesellschaften aus 16 zumeist westeuropäischen Staaten, um Informationen über Schuldnerstaaten auszutauschen und den zügellosen Wettbewerb zwischen Exportländern zu verhindern. Im Januar 1961 wurde festgelegt, daß die Laufzeit von verbürgten Krediten fünf Jahre nicht übersteigen sollte. Vgl. AdG 1964 S. 11380.

Ich habe demgegenüber darauf hingewiesen, daß wir an sich keinen Einfluß darauf haben, wenn eine deutsche Industriefirma auf eigenes Risiko aus eigener Kraft Lieferungen tätigt, zumal dann nicht, wenn sie sich im Rahmen des Handelsvertrages bewegen. Es ist so, daß wir keine Ostlieferungen von Staats wegen verbürgen, also nicht die Hermes-Garantie⁴¹ gegeben haben. Damit sind also sehr enge Grenzen gezogen.

Wir haben jetzt einen aktuellen Fall. Frankreich ist an uns herangetreten, ob wir nicht gemeinsam in Rußland ein großes Hydrierwerk mit Anlagen für Chemie usw. anschließen sollen.⁴² Es handelt sich um den neuralgischen Bereich, bei dem zweifellos ein echter Engpaß vorhanden ist. Das ganze Projekt ist mit 4,1 Milliarden veranschlagt. Ich habe unsere deutsche Industrie vorwarnen lassen, sie solle äußerste Zurückhaltung üben, auch in den Vorgesprächen zwischen der französischen und der deutschen Industrie; denn ich sehe keine Möglichkeit, wenn wir einigermaßen glaubwürdig bleiben wollen, in dieses Geschäft einzusteigen. Ich sehe auch keine Notwendigkeit; denn der deutsche Export platzt aus allen Nähten angesichts der Währungsverhältnisse, so daß nicht irgendwie eine mangelnde Beschäftigung ein Grund sein könnte, um nun dieses Geschäft unbedingt zu tätigen.

Über die Währungssituation, wie sie sich in Europa darstellt, natürlich mit Rückwirkung auf Deutschland, habe ich mit dem Präsidenten Blessing ein ausführliches Gespräch gehabt.⁴³ Ich kann Ihnen eines absolut versichern: Deutschland denkt nicht etwa an eine Aufwertung. Es ist kein Objekt, das man beliebig oft genug wiederholen kann, im Gegenteil, das würde zu einer Ermunterung für die anderen führen. Aber das Thema ist wegen der möglichen spekulativen Fragen, die damit zusammenhängen, zu heikel, als daß ich es hier noch mehr ausweiten möchte. Aber wir sind und bleiben im Gespräch. Die eine Sicherheit sollen Sie haben, daß wir unter keinen Umständen eine Aufwertung der Deutschen Mark verfolgen. Das ist absolut sicher. Es ist nicht nur eine Aussage, sondern es ist ehrlich gemeint. Ich stehe dafür.

In der Frage des Rapacki-Plans, Herr Dr. Adenauer, hat sich nicht das Geringste geändert in der Haltung der Bundesregierung. Wir lehnen nach wie vor jeden Vorschlag dieser Art ab, nicht nur wegen der Gefährlichkeit, über die wir oft diskutiert haben, sondern weil man die Dinge überhaupt nicht vergleichen kann, wenn sie hier eine atomfreie Zone schaffen wollen oder wie der Terminus einer Verdünnung auch heißen mag.

Wo fängt man an? Wenn Sie von der russischen Grenze nach Westen gehen, dann schwimmen Sie nach 150 km in der Nordsee. Wenn Sie aber nach Osten gehen, machen 150 km überhaupt nichts aus. Dort ist die riesige Festlandmasse, aus

41 Die Hermes-Kreditversicherungs-AG ist u. a. auf dem Gebiet der Ausfuhrgarantien und -bürgschaften, der Waren- und Transportmittelgarantien als Mundator des Bundes tätig.

42 Vgl. dazu AAPD 1964 S. 249 f.

43 Am 18. Februar 1964 (Terminkalender Erhard).

deren innerem Raum heraus man operieren und jeden Tag völlig neue Verhältnisse setzen kann, dem wir nichts Gleichwertiges entgegensetzen können. Es ist also ein gefährliches Spiel mit diesem Rapacki-Plan. Sie können völlig überzeugt sein, Herr Parteivorsitzender, daß hier keine Änderung in der Haltung der Bundesregierung und auch nicht des Auswärtigen Amtes eingetreten ist.

Dufhues: Der Herr Vorsitzende hat die Situation der politischen Parteien Europas angesprochen. Wir sind uns einig in der Feststellung, daß gegenüber der Geschlossenheit des sozialistischen Lagers die Gruppe, die uns nahesteht, ein relativ diffuses Bild darbietet. Auf der sozialistischen Seite haben wir die Sozialistische Internationale. Sie haben das Büro der sozialistischen Parteien der Sechs, das sehr konkret und zielbewußt politisch arbeitet und auch in der politischen Zusammenarbeit der Parteien tätig ist, und schließlich das Büro der sozialistischen Fraktionen der Sechs, das sich im wesentlichen mit den konkreten Maßnahmen der europäischen Politik befaßt.

Auf unserer Seite zeigt sich ein verhältnismäßig verworrenes Bild. Wir haben zunächst die NEI, von der man beim besten Willen und bei allem Wohlwollen nicht behaupten kann, daß sie ein überzeugendes Instrument Christlich-Demokratischer Politik in Europa geworden wäre. Sie umfaßt die uns nahestehenden Parteien der Sechs und darüber hinaus die Europäische Volkspartei und die entsprechenden Parteien in der Schweiz.⁴⁴ Neben der NEI laufen unmittelbare Beziehungen einzelner Parteien, z. B. die während des letzten Jahres enger gewordenen Beziehungen der CDU zu der Konservativen Partei Großbritanniens; eine Beziehung, die jetzt dazu geführt hat, daß wir halbjährlich zu einem Gedankenaustausch über die uns angehenden politischen Fragen zusammenkommen.

Daneben laufen Kontakte zu den konservativen Gruppen der skandinavischen Länder. Gerade das stößt wieder auf Schwierigkeiten bei anderen Gruppen. Die konservativen Parteien der skandinavischen Länder und Großbritanniens stehen bei den uns nahestehenden Gruppen, z. B. in Italien, im Verdacht, daß sie keineswegs so sozial seien, während die konservativen Parteien behaupten, sie ständen weitgehend links von den Gruppen, die sich christlich-demokratisch nennen.

In diese Kontroverse sich einzuschalten, wird sehr schwierig sein. Ich halte es für richtig, daß man auch im Interesse der Bestrebungen, von denen der Herr Bundeskanzler Erhard gesprochen hat, darüber nachdenkt, wie wir zu einem festeren Zusammenhalt der uns nahestehenden europäischen Parteien kommen. Neben der NEI haben wir gegenwärtig das Büro der Christlich-Demokratischen Fraktionen, das sich der konkreten Gesetzgebungsarbeit annimmt, aber nach außen hin politisch nicht sehr wirksam ist. Dieser Tatbestand hat mich veranlaßt, mit ein paar Parteifreunden,

44 Mitglieder der NEI waren die christlich-demokratischen Parteien bzw. Equipen der sechs EWG-Staaten sowie die Christlich Demokratische Volkspartei der Schweiz. – Die EVP wurde erst 1976 gegründet. Zur Entwicklung der EVP vgl. JANSEN.

Illerhaus⁴⁵ und Lünendonk, über den Plan zu sprechen, der zum Teil von christlich-demokratischen Gruppen in Europa bereits aufgenommen worden ist, ein Büro der christlich-demokratischen Parteien der Sechs zu gründen.

Naturngemäß liegt der Gedanke nahe, bereits jetzt andere Gruppen einzubeziehen. Das halte ich für falsch. Man muß zunächst das mögliche tun und möglichst pragmatisch beginnen. Wenn wir bereits eine Zusammenarbeit im Büro der Fraktionen der Sechs haben, dann bietet sich nichts mehr an, als zunächst die politischen Parteien im Hinblick auf die europäischen Aufgaben zusammenzufassen, z. B. die politische Arbeit bei hoffentlich nicht in allzu weiter Ferne stattfindenden europäischen politischen Wahlen.

Es scheint mir zweckmäßig zu sein, mit der Errichtung eines eigenen Büros der christlich-demokratischen Parteien der Sechs zu beginnen. Überlegen Sie, ob es sich empfiehlt, dieses Büro in Brüssel einzurichten. Es wird notwendig sein, daß dieses Büro einen ständigen Generalsekretär erhält, der aber alles andere, nur keine subalterne Figur sein soll, sondern die Möglichkeit erhält, Erklärungen abzugeben für den Zusammenschluß der sechs Parteien, der in einem engen politischen Kontakt zu den entsprechenden politischen Parteien steht.

Im übrigen sollte vorgesetzt sein ein Vorstand, der aus je einem Repräsentanten der beteiligten politischen Parteien besteht. Dieses Sekretariat oder Büro der politischen Parteien sollte also rein pragmatisch in Anlehnung an das Büro der Fraktionen, aber auch unabhängig davon, seine Arbeit beginnen. Dazu der Gedanke, auf den der Herr Bundesvorsitzende besonderen Wert gelegt hat, den ich für wichtig halte und den wir aufgreifen sollten. Bisher ist die UNR, soweit es sich um das Verhältnis zu den christlich-demokratischen Gruppen handelt, verhältnismäßig isoliert. Wir sollten aber an die Entwicklung der politischen Situation in Frankreich denken. Zunächst müssen wir von der Tatsache ausgehen, daß wir in den nächsten sieben bis acht Jahren mit dem maßgebenden politischen Einfluß dieser Gruppe in Frankreich rechnen müssen. Auf der anderen Seite sehen wir die Schwierigkeiten, die wir bei allen übrigen christlich-demokratischen Gruppen haben.

Deshalb meine Überlegung, daß wir die UNR zwar nicht als Mitglied aufnehmen in dieses Büro – denn das würde zunächst jedenfalls auf unüberwindbare Schwierigkeiten stoßen bei den übrigen Gruppen –, aber einen Faden anzuknüpfen zu der UNR und sie vielleicht als assoziiertes oder ähnlich strukturiertes Mitglied zu behandeln, zu denen wir als Büro der christlich-demokratischen Parteien Europas einen ständigen Kontakt unterhalten, der jedenfalls in wichtigen Fragen der europäischen Politik auch funktioniert und der uns die notwendige Resonanz, vor allem auch in den jetzt politisch maßgebenden Kreisen Frankreichs, gibt.

45 Joseph Illerhaus (1903–1973), Kaufmann; 1950–1971 Präsident des Bundesverbandes des Deutschen Textileinzelhandels, 1966–1969 Präsident der Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels, 1953–1969 MdB (CDU).

Diese Dinge sind also im Fluß. Ich bin sehr dankbar, daß der Herr Bundesvorsitzende es dem Bundesvorstand vorgetragen hat. Ich wäre auch dankbar, wenn Sie Ihre Auffassung dazu heute sagen würden, damit ich weiß, ob ich in den Bemühungen, die jetzt beginnen sollen, fortfahren kann. Ich habe zunächst daran gedacht, mit der Democrazia Cristiana über dieses Problem zu sprechen und ihre Auffassung einzuholen. Einige Repräsentanten und mehrere andere Mitglieder der Democrazia Cristiana werden mich demnächst in Deutschland besuchen. Bei dieser Gelegenheit will ich mit dieser Gruppe beginnen und darüber nachdenken, ob eine solche Lösung auf allgemeine Resonanz bei den uns nahestehenden Parteien stößt.

Adenauer: Darf ich wiederholen! Zur Illustration habe ich gesagt, wenn wir die UNR einladen, dann bleibt die MRP fort. Deswegen ist es vielleicht richtiger, man macht so einen Anbau, um die UNR hineinzubringen. Warum die UNR? Eines Tages wird auch de Gaulle nicht mehr da sein. Davon muß man ausgehen. Dann gibt es keine bürgerlichen Parteien mehr in Frankreich, sondern nur noch sozialistische Parteien. Wenn man aber der UNR durch die Aufnahme in den Schoß der anderen die innere Kraft gibt, dann kann man hoffen, daß die UNR, auch wenn de Gaulle nicht mehr da ist, als eine starke Partei in Frankreich bestehenbleibt.

Gradl: Ich glaube, es kommt darauf an, eine Institution zu schaffen, in der echte politische Aussprachen der verantwortlichen Männer stattfinden. Der große Wert der Sozialistischen Internationale für alle diese Parteien beruht darin, daß sie in relativ kurzen, aber regelmäßigen Abständen zusammenkommen zu intimen Gesprächen, bei denen es sehr heiß zugeht; die sind nämlich gar nicht so einig untereinander, wie es nach draußen erscheint.

Es gibt Gegensätze zwischen englischen und deutschen Sozialdemokraten. Die reden eineinhalb Tage lang Fraktur – das ist das Fruchtbare an dieser Zusammenarbeit –, und dann wissen alle Beteiligten, wie der andere denkt. Es geht nicht um gemeinsame Beschlüsse in der Regel dabei, sondern man will wenigstens wissen, wo der andere steht, um sich selber seine Meinung bilden zu können.

Wenn Sie also das zuwege brächten, würde ich das sehr begrüßen. Wenn Sie aber nur das zuwege bringen, wie es bei der NEI ist, daß sich nämlich ein Kreis von Politikern zwei Tage lang an einem schönen Ort irgendwo in Europa zusammensetzt, einige Reden hält, dann einen Dinnerabend macht, und alles geht wieder nach Hause, so ist das sinnlos. Die fassen auch Resolutionen, die aber so verwaschen sind, daß sie jeder annehmen kann. Das wäre also sinnlos. Man muß diese Sache sehr ernst sehen.

Ich brauche die Schwierigkeiten bezüglich der Gaullisten nicht zu unterstreichen. Ich halte den bilateralen Weg für gut. Sie wissen, daß wir im März wieder eine Zusammenkunft unter der CDU/CSU-Betreuung haben zwischen Abgeordneten der UNR und uns, wobei ich unterstellen möchte, ob die UNR noch eine demokratische Partei ist. (*Unruhe und Bewegung.*) Sie schütteln den Kopf, Herr Burgbacher! (*Dufhues:* Herr Gradl, wegen Ihrer Unterstellung, ob die UNR noch eine demokratische Partei sei. – *Anhaltende Unruhe.*) Man kann nur sagen, das ist wohl der schlechteste Dienst, der

uns ausgerechnet von dieser Gruppe erwiesen worden ist. Der Herr Bundeskanzler hat in der Fraktionsvorstandssitzung gesagt, daß sie abgerückt sei, aber geschehen ist nichts.⁴⁶ (*Adenauer*: Wenn man aber mit den Leuten Fühlung hat, dann kann man sie davon abhalten.) Deswegen habe ich ja gesagt, wir sollten den bilateralen Weg gehen, um es auf diese Weise abzufangen.

Meyers: Seit Jahren sind ich und Herr Kraske in der NEI. Ich darf sagen, es ist nie gelungen, die Spitzenpolitiker der christlich-demokratischen Parteien zu diesen Tagungen zu bekommen. Von da her fing die Misere an. Die Spitzenpolitiker sind nämlich nicht auf diesen Tagungen und Kongressen anwesend. (*Burgbacher*: Lefèvre⁴⁷ war doch da!) Der einzige, der sich zur Verfügung gestellt hat, ist Ministerpräsident Lefèvre. Aber wenn die Spitzenpolitiker nicht dabei sind, kann keine praktische Politik gemacht werden. Ich halte aus ideologischen Gründen die NEI nicht für schlecht, insbesondere nachdem sie sich auf südamerikanische christlich-demokratische Parteien erweitert hat.⁴⁸

Man sollte diesen Kreis der politischen Parteien in Europa beibehalten. Wir sollten es von der CDU aus zu intensivieren versuchen.

Ich habe immer darauf hingewiesen, daß wir hier in Europa gegenüber den sozialistischen Fraktionen ohne weiteres unterlegen sind, weil es ja nicht in jedem Land eine christlich-demokratische Fraktion gibt, die das starkemäßig irgendwie aufwiegt. Es gibt ideologische Schwierigkeiten bei den englischen Konservativen und bei den nordischen Konservativen. Daneben gibt es die Gruppe der UNR, die zweifellos in Europa eine beachtliche Gruppe darstellt und im Augenblick danach sucht, wohin sie sich orientieren soll.

Wenn wir vom Parlament her in Europa nicht auf einen sozialistischen Weg kommen wollen, müssen wir eine antisozialistische Front zustande bringen. Es ist kein schöner Begriff, daß man mit „anti“ arbeitet, aber zunächst finde ich nichts, was die Gruppe mehr eint, um sich gegen die Vorherrschaft der Sozialisten zu richten. Dann würde man zu einer klaren Zweiteilung kommen, während die NEI mit den europäischen und südamerikanischen christlich-demokratischen Gruppen ihr Gedankengut weiter pflegen können. (*Zuruf*: Wie ein Gesangsverein!) Gesangsverein will ich nicht sagen, denn schon das Kennenlernen ist auch etwas wert. Ich erinnere an meinen

46 Erhard berichtet in der CDU/CSU-Fraktionsvorstandssitzung am 17. Februar 1964 über seine Gespräche während seiner Paris-Reise (ACDP VIII-001-504/2). – Über die UNR finden sich im Protokoll keine Ausführungen.

47 Theodore Lefèvre (1914–1973), belgischer Politiker, 1945 Mitgründer und 1950–1961 Vorsitzender der Christlichen Volkspartei Belgiens, 1961–1965 Premierminister.

48 Erste internationale Konferenzen mit Christlichen Demokraten aus Europa und Lateinamerika fanden 1956 in Paris und 1958 in Brüssel statt. Beim dritten Treffen 1961 in Santiago de Chile wurde die Christlich-Demokratische Weltunion (CWDU) gegründet, in der sich NEI, UCDEC, ODCA und IUJCD zusammenschlossen. Vgl. JANSEN S. 72.

Besuch bei Pflimlin⁴⁹, der nur auf das Kennenlernen in der NEI zurückzuführen ist. Die NEI war die erste außerdeutsche Gruppe, die die CDU in den internationalen Kreis hineingenommen hat.

Wir sollten insofern die NEI in ihren Bestrebungen unterstützen, aber für die Europapolitik sollten wir das andere in Angriff nehmen, weil wir sonst in Gefahr geraten, daß wir ein sozialistisches Europa bekommen.

Adenauer: Ich hoffe doch, daß wir eines Tages Wahlen für ein Europa-Parlament bekommen. Das ist doch unser Ziel. Welche Parteien sollen dann im Europa-Parlament vertreten sein, wenn alle nichtsozialistischen Parteien auseinandergehen? Das „antisozialistisch“ nehme ich nicht so tragisch, Herr Meyers; denn die anderen sind auch „anti-CDU“.

Dichtel: Im Elsaß waren früher sieben oder acht Abgeordnete allein vom MRP. Heute ist nur noch einer da und Pflimlin. Die Bewegung ist aber so, daß es dort nicht so bleibt. Ich bitte deshalb um die pfleglichste Behandlung des MRP.

Klepsch: Wir sollten mehrgleisig verfahren. Ich würde die NEI nicht entwerten, sondern vorschlagen, auf eine Reform der NEI zu drängen. Ich halte es auch für notwendig, Gespräche mit der Democrazia Cristiana voranzutreiben. Ich unterstreiche dies nicht nur aus ideologischen Gründen, sondern auch wegen der Ausstrahlung nach Lateinamerika.

Hinsichtlich des vorgesehenen Büros bin ich nicht so optimistisch, aber ich unterstütze diesen Gedanken. Was die Zustimmung der anderen christlich-demokratischen Parteien in Europa angeht hinsichtlich der Aufnahme der UNR in irgendeiner Form, würde ich sagen, von der Jugendorganisation her, daß mindestens die Holländer, die Belgier und die Italiener sich energisch dagegen wenden werden, eine irgendwie geartete Form der Verbindung zu akzeptieren. Ich würde auch in einem Punkt nicht so weit gehen, nämlich hinsichtlich der Beurteilung der Position der UNR für einen längeren Zeitraum.

Nach dem Tode des französischen Staatspräsidenten wird eine Neugruppierung in Frankreich erfolgen. Diejenigen Kreise, die die UNR heute unterstützen und tragen, werden sich dann in dieser Neugruppierung wiederfinden. Unsere Hoffnungen müssen darauf gerichtet sein, diesen Kreis mit dem MRP in irgendeiner Form zusammenzubringen. Ich halte es für wichtig, wenn das bei diesen Vorgesprächen bedacht werden könnte.

Zu der antisozialistischen Front darf ich sagen, daß ich etwas Hemmungen habe, wenn wir vom Europa von morgen sprechen und dabei nur allein eine antisozialistische Formel prägen. Ich räume ein, daß wir zunächst eine Sammlung in irgendeiner Form der uns nahestehenden Gruppen anstreben sollen, aber die Plattform der NEI und

49 Dr. Pierre Pflimlin (geb. 1907), französischer Politiker (MRP); 1945–1967 Mitglied der Assemblée Nationale, 1959–1983 Oberbürgermeister von Straßburg. Vgl. PROTOKOLLE 2 S. 342 Anm. 20; Franz MEYERS: gez. Dr. Meyers. Summe eines Lebens. Düsseldorf 1982 S. 196, 229 f.

dieses Büros ist doch die, zu einer gemeinsamen Konzeption für das Europa von morgen zu kommen. Diese Ansätze sollte man benutzen.

Adenauer: Ich darf feststellen, daß mit einigen Hemmungen alle dafür sind. (*Beifall.*)

Burgbacher: Ich bitte um Entschuldigung, daß Sie nach dem, was ich nun sagen werde, leider nicht mehr sagen können, daß alle dafür sind (*Adenauer:* Wir können Sie aber bekehren.) Ich möchte sprechen aufgrund meiner Erfahrungen im Europa-Parlament, insbesondere bei den christlich-demokratischen Fraktionen dort.

Es hatten dort Gespräche zwischen drei Abgeordneten des Bundestages und einigen Gaullisten stattgefunden. Ich muß sagen, das war die größte Belastungsprobe für die Einheit der christlich-demokratischen Fraktion des Europa-Parlaments, die seit Bestehen des Europa-Parlaments überhaupt gewesen ist.

Ich sehe natürlich ein, daß mit der UNR irgend etwas nicht richtig ist, daß wir zu wenig Kontakt haben, aber schon die Frage oder eine öffentliche Erörterung dieser Frage wird sämtliche christlich-demokratischen Fraktionen der sechs Länder der Gemeinschaft auf die Barrikaden gegen uns bringen. (*Adenauer:* Langsam mit den jungen Pferden! – *Unruhe.*) Ich bitte um Entschuldigung, aber ich halte es für meine Pflicht, das hier zu sagen, was ich aufgrund der Erfahrungen im Europa-Parlament auf diesem Gebiet selbst erlebt habe.

Die Sache mit dem Brüsseler Büro geht wohl nur mit der UNR, wenn vorher hinter streng verschlossenen Türen mit allen christlich-demokratischen Gruppen innerhalb der Gemeinschaft gesprochen wird, weil sonst schon die Frage mehr Schaden anrichten kann, als wir an Nutzen haben würden. Was nun die NEI angeht, so kann ich nur sagen, die NEI ist eine lahme Ente. (*Adenauer:* Na also! – *Bewegung und Heiterkeit.*) Ich bin auch dafür, sie zu behalten, aber mit einem ganz anderen Generalsekretariat. (*Zuruf:* Mit einer kalten Ente! – *Lebhafte Heiterkeit.*) Ich bitte um Entschuldigung, auch mit ganz anderen finanziellen Mitteln als die, über die die NEI bisher verfügte.

Adenauer: Ich darf darum bitten, lassen wir doch über so kleinen Begebenheiten nicht das große Ziel aus den Augen. Das Ziel ist doch folgendes: Tatsache ist, daß die sozialistischen Parteien in Europa in einem engen Zusammenhang stehen. Wir hoffen, eines Tages zu einem europäischen Parlament zu kommen. Dann wird eine sozialistische Fraktion entstehen, die alle anderen majorisieren kann. Nun müssen wir doch suchen, andere Parteien zu bekommen. Und da bietet sich die UNR an. Auf welche Weise, das müssen wir der Geschicktheit von Herrn Dufhues überlassen. Es ist nicht richtig, weil nun irgendeiner einen Krümel in den Hals bekommt und hustet, deswegen nichts zu tun. Pflimlin steht auf Seiten de Gaulles. (*Burgbacher:* Von Pflimlin weiß ich genau seine Meinung. Wir sind gute Freunde. Aber das Verhältnis zur UNR ist ganz anders wie das Verhältnis Pflimlins zum Staatspräsidenten.) Ach, Herr Burgbacher, das künstelt man sich zurecht. Sie kennen alle nicht so die Verhältnisse in Frankreich, wie sie dort waren, ehe de Gaulle kam. Dort gab es einen Haufen kleiner Parteien. De Gaulle hat mir selbst gesagt: Hätten wir eine große Partei in Frankreich, die wirklich in der Lage wäre, die Verantwortung zu tragen, dann wäre alles ganz

anders. – Aber es war doch wie eine Karussellrunde: Jetzt wirst du Ministerpräsident, und in sechs Monaten bekommst du ein Mißtrauensvotum. Dann wird ein anderer Ministerpräsident, und nach weiteren sechs Monaten kommt der nächste dran. – Es war absolut keine stabile Politik mit Frankreich zu machen. Ich habe es doch erlebt. Das gilt auch von amerikanischer Seite aus; denn mir hat Foster Dulles gesagt: Wenn sich das mit Frankreich nicht ändert und sie uns im Stich lassen, werden wir Europa verlassen. (*Burgbacher*: Das ist völlig klar!) Jetzt sagen Sie: Völlig klar! Nun bietet sich doch die UNR an, Herr Burgbacher. Ob das Experiment klappen wird, das wird sich finden.

Klepsch: In einem Punkt würde ich warnen, daß wir nämlich über den Kontakt zur UNR nicht den Kontakt zu den anderen verlieren. Ohne Fühlung mit den Belgiern und Holländern kann unter Umständen etwas Schlimmeres dabei herauskommen, als wenn wir es nicht machen. Ich habe aber das Vertrauen, daß Herr Dufhues das vorsichtig machen wird.

Adenauer: Darf ich einmal eine merkwürdige Frage an Sie stellen, Herr Klepsch! Was verstehen Sie unter *Democrazia Cristiana*? (*Klepsch*: Ich verstehe darunter das Parteibüro in Rom.) Aha! Das genügt!

Dufhues: Ich habe einen sehr pragmatischen und vorsichtig formulierten Weg vorgeschlagen, der zu dem von Ihnen allen gebilligten Ziel führt, die uns nahestehenden politischen Parteien in Europa näher zusammenzuführen, und zwar 1. die Bildung eines Büros mit dem Sitz in Brüssel, um zunächst die Sechs politisch als Parteien zusammenzufassen und zu koordinieren, 2. es handelt sich um die schwierige Frage: Kontakte zur UNR.

Ich habe Ihnen erklärt, das wird im einzelnen zunächst mit der *Democrazia Cristiana* und dann mit den übrigen Parteien Europas besprochen, um zu versuchen, zu einem Ergebnis zu kommen. Ich werde Sie über die weitere Entwicklung unterrichten. Diesen Weg sollten wir beginnen.

Adenauer: Sind Sie jetzt dafür, Herr Burgbacher? (*Burgbacher*: Wenn er es sehr vertraulich macht, ja.)

Erhard: Der Gaullismus besteht, weil de Gaulle da ist. Er hat nicht umsonst diesen Namen in Frankreich. De Gaulle ist eine große und für Frankreich bedeutsame, ja schicksalhafte lautere Persönlichkeit. Die Partei kommt meiner Ansicht nach im Grunde genommen überhaupt nicht zur Geltung, sondern es ist de Gaulle. Ich stelle die Frage, was würde aus einer gaullistischen Partei werden auf deutsche Verhältnisse übersetzt? Ich kenne unsere Deutschen. Eine gaullistische Partei in Deutschland ohne de Gaulle, also bloß eine politische Organisationsform, wäre nach meiner Meinung eine bedenkliche Angelegenheit.

Als mir der französische Staatspräsident sagte, wir haben eine gute Staatsform, habe ich erwidert, Sie habe de Gaulle, und den Gaullismus kann man nicht einfach auf Deutschland übertragen. Das hängt doch an dem Namen de Gaulle und seiner Persönlichkeit und Leistung für Frankreich. Ich möchte nicht wünschen, daß eine gaullistische Partei in Deutschland entsteht. Man muß das in Deutschland einmal

aussprechen. Das geht nicht gegen de Gaulle, sondern das ist eigentlich mehr die Angst vor uns selber.

Dufhues: Wir sollten zum Abschluß dieser Diskussion kommen. Niemand denkt daran, solchen Tendenzen Vorschub zu leisten, wie Sie sie, Herr Bundeskanzler, ausgemalt haben, aber wir sollten als Christliche Demokraten Europas daran denken, daß wir einer Entwicklung vorbeugen müssen, die nach dem Tode de Gaulles alles offen läßt und Tendenzen fördert, die mit dem Namen Volksfront noch als milde zu bezeichnen sind.

Deshalb sind wir daran interessiert, die Kräfte zu stützen, die im Grunde genommen unserer Auffassung sind. Die Wählerschichten des MRP sind weitgehend im Augenblick bei der UNR. Deshalb sollten wir die Entwicklung unterstützen, die auf die Dauer in Frankreich dazu führen könnte, daß eine Gruppierung der Christlichen Demokraten an Boden gewinnt.

Adenauer: Ich darf feststellen, wir sind damit einverstanden, daß Herr Dufhues diesen Versuch macht. Er wird uns dann weiter darüber berichten. Können wir uns so verständigen? (*Zustimmung.*)

Amrehn: Der Herr Vorsitzende hat die Frage aufgeworfen, welche Bedeutung es hat, daß Herr Brandt als Parteivorsitzender der SPD im Jahre 1965 den Wahlkampf führen wird. Ich teile die Ansicht, daß das vom Standpunkt der SPD aus die beste Lösung war, die sie sich suchen konnte, weil Brandt eine erhebliche Propagandawirkung hat, die aber weniger begründet ist durch persönliche politische Leistung, als vielmehr dadurch, daß er in der Welt der Verteidiger Berlins ist und daß er eine sichtbare amerikanische Unterstützung gefunden hat durch Kennedy, mindestens in der Zeit, als man zugleich eine Anti-Adenauer-Kampagne dort veranstaltet hat. Er hat eine gewisse Fähigkeit, im Fernsehen auf viele Menschen Eindruck zu machen. Von da aus muß überlegt werden, wie man ihn für die Wahl 1965 am besten bekämpft. Wir werden ihn nicht schlagen können durch Schönheitskonkurrenz im Fernsehen, (*Dufhues:* Aber Herr Schröder ist viel schöner!) aber wenn wir mit ihm sachliche Probleme erörtern und ihn stellen, zu bestimmten Sachfragen Antwort zu geben, dann wird er immer ins Schwimmen geraten. Das ist eine Chance, die man nützen muß.

Daß Herr Brandt sich sehr bemüht, in der SPD einen wirklichen Führungsanspruch seiner Person zu verwirklichen, das hat uns in Auseinandersetzungen im Abgeordnetenhaus gebracht. Er wirkt übrigens z.Z. sehr nervös und gereizt. Vielleicht hat die Bundespartei es noch nicht hinreichend gesehen, daß es seit dem Ende der letzten Sommerferien im Berliner Abgeordnetenhaus nicht eine einzige Sitzung gegeben hat, in der wir uns nicht mit ihm selbst auseinandergesetzt haben. Am letzten Donnerstag haben wir uns auseinandergesetzt mit der Frage seiner Vertretung durch Herrn Albertz.⁵⁰

50 Diskussion der „Großen Dringlichkeitsanfrage der Abgeordneten Amrehn, Dr. Riesebrodt, Dach und der übrigen Mitglieder der Fraktion der CDU über beunruhigende Vorgänge im Berliner Senat“ in der 26. Sitzung des Abgeordnetenhauses von Berlin am 20. Februar 1964 (Abgeordnetenhaus von Berlin Sten.Ber. IV. WP II. Bd. S. 116–133).

Übrigens hat uns die Presse in Berlin gut unterstützt. Heute morgen steht eine Überschrift im „Tagesspiegel“: „Brandt heute wieder in Berlin“. (*Große Heiterkeit und Bewegung.*) Das wird also als Ereignis gewertet, daß er wieder einmal in Berlin ist. Auf diese Weise wird innerhalb der SPD die Überzeugung gestärkt, daß Albertz nicht der richtige Nachfolger ist, so sehr er z.Z. auch gestützt wird. Ich glaube, daß Erwägungen angestellt worden sind, wer der Nachfolger von Brandt sein kann, wenn es Albertz nicht wird.

Ich bin der Meinung, daß Brandt vom nächsten Jahr an als Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei natürliches Mitglied des Bundestages sein muß, sonst könnte er den Führungsanspruch der SPD nicht hinreichend genug in seiner Person verwirklichen.⁵¹

Also muß er für das nächste Jahr einen Nachfolger gefunden haben. Und da uns hier mit Recht Verschwiegenheit auferlegt wird, möchte ich zwei Namen nennen, von denen innerhalb der SPD die Rede ist. Es ist zunächst der Bausenator Schwedler⁵², ein sehr standfester Mann, dem aber die erforderliche geistige Beweglichkeit fehlt. Deshalb ist noch ein Zweiter im Gespräch. Wie mir berichtet worden ist, ist das die „Schmidt-Schnauze“ aus Hamburg.⁵³ Ich weiß aber nicht, ob das noch möglich sein wird; denn es gehört auch eine gewisse Anlaufzeit dazu. Aber das sind Namen, die immerhin schon innerhalb der SPD selbst erörtert werden.

Wie sehr Brandt seinen Führungsanspruch geltend zu machen wünscht, geht schon daraus hervor, daß er im Abgeordnetenhaus erklärt hat, er habe dem Herrn Bundeskanzler schon am Telefon gesagt, wenn der Herr Bundeskanzler wissen wolle, wie die SPD denke, könne er auf Zwischenstufen verzichten und brauche nur noch Herrn Brandt zu fragen. Das ging offensichtlich gegen Wehner, auf den sich wahrscheinlich der Herr Bundeskanzler in einem Gespräch bezogen haben muß, als er eine Unterredung damit hatte. (*Erhard: Mit dem Fraktionsvorsitzenden habe ich geredet.*)

Er hat vor dem Abgeordnetenhaus dargestellt, künftig habe man sich an ihn zu halten, wenn man wissen wolle, wie die SPD denke. Dazu muß man wissen, daß Brandt seinen ganzen Wahlkampf mit aller Energie gegen die CDU richten wird, um sein altes Ziel – das ist zehn Jahre alt – zu verwirklichen, nämlich eine SPD/FDP-Koalition wie in Berlin auch im Bundestag zustande zu bringen.

Darum meine Frage vorhin, ob die SPD noch weiter an der Wahl des Bundespräsidenten Lübke festhält. Seitdem sie einen neuen Parteivorsitzenden hat, würde ich das nicht mehr so sicher unterstellen, wie es im Gespräch noch zum Ausdruck gekommen ist, das andere geführt haben als Herr Brandt. Das muß man also beachten.

51 Brandt hatte von 1949 bis 1957 dem Bundestag angehört und ein 1961 gewonnenes Mandat nicht angenommen. Erst 1969 zog er wieder in den Bundestag ein.

52 Rolf Schwedler (1914–1981), 1955–1972 Senator für Bau- und Wohnungswesen in Berlin, 1972–1976 MdB (SPD).

53 Gemeint Helmut Schmidt (vgl. Nr. 2 Anm. 19).

Herr Bundeskanzler! Ich möchte nicht auf dem Thema der Passierscheine herumreiten. (*Erhard*: Sie sind doch zufrieden?) Ich wollte einige Erläuterungen geben. Wir sind dankbar dafür, daß jetzt eine Wendung eingetreten ist, die auf alle Fälle verhindern wird, daß ostzonale Funktionäre, zum Teil SED-Leute, wieder in West-Berlin tätig werden. Das ist auch in der Berliner Bevölkerung sichtbar geworden, daß die Übereinstimmung mit der Bundesregierung nicht so einhellig ist, wie der Berliner Senat immer getan hat.

Übrigens hat Brandt nach der Unterredung mit Ihnen, Herr Bundeskanzler, wieder seine Äußerung getan: Ich bin kein Befehlsempfänger des Bundeskanzlers; ich bin kein französischer Präfekt. – Damit ist wieder zum Ausdruck gebracht worden, daß man sich gewisse Sonderheiten noch vorbehalten will. Ich muß auf diese Gefahr immer wieder aufmerksam machen, weil mir sehr vertraulich – ohne daß ich den genauen Zeitpunkt bestimmen kann – gesagt worden ist, daß die Bezirksämter wieder Passierscheinstellen in West-Berlin räumlich vorbereiten, wenigstens in einem Beschluß „Order an die Bezirksämter“. Es kann sein, daß das allerdings schon vor dem Gespräch am Montag erfolgt ist.

Auf alle Fälle hatte man vor, wenn man schon mit der Bundesregierung in dieser Frage zu Ostern nicht einig wird, die Diskrepanz der Auffassungen öffentlich bekannt werden zu lassen. Und das ist auch geschehen. Man hat sich die Plattform geschaffen. Wir waren in Berlin bereit gewesen, das zu Ostern zu wiederholen, aber die Bundesregierung hat nicht gewollt. – Und das wird bereits zu einem Stück Wahlkampf für die SPD.

Deshalb bin ich, Herr Bundeskanzler, noch nicht ganz befriedigt, daß sich die Einwände der Passierscheinaktion auf diesen einen Punkt der Anwesenheit ostzonalen Funktionäre beschränkt haben sollen. (*Erhard*: Das ist das Wichtigste.) Es heißt, das sei der entscheidende Punkt, alle anderen Punkte seien durchaus weiter verhandlungsfähig. Wenn man aber bereit ist, wieder ein Protokoll gleicher Art und gleicher Form zu unterschreiben, dann entsteht doch aus der Wiederholung eine gewisse Gewohnheit und aus der Gewohnheit schließlich ein gewisses Gewohnheitsrecht der direkten und verwandten Beziehungen zwischen West-Berlin und Pankow.

Ich habe unverändert meine Einwendungen gegen ein weiteres Protokoll. Auch der Ausgangspunkt muß der gleiche bleiben, nämlich die Gleichstellung mit den Westdeutschen. Selbst wenn man das nach dem 17. Dezember nicht im vollen Maß mehr erreichte, würde ich meinen, muß das die Ausgangsbasis sein für weitere Gespräche mit dem Osten. Ich darf darauf hinweisen, daß wir es bei den monatelangen Gesprächen vor einem Jahr, als Herr Leopold verhandelt hat, als selbstverständlich unterstellt haben, daß die Berliner genauso behandelt werden wie die Westdeutschen, daß sie keinen Antrag stellen und keine Unterschrift leisten und keinen Text unterschreiben, der für unannehmbar gegolten hat.

Aber alles das, was ich jetzt ausgeführt habe, ist doch in einer künftigen Regelung wieder möglich, nämlich die scharfe Unterscheidung zwischen Berlin und dem Bund. Von daher gesehen wird es bei einer dritten Regelung, wenn sie kommen sollte, immer

schwieriger. Nach meiner Meinung muß auf alle Fälle darauf bestanden werden, daß jede neue Vereinbarung, wenn es zu einer Unterschrift kommen sollte, unlimitiert sein muß. (*Erhard*: Das habe ich gefordert!) Wenn aber gesagt wird, zwölf Monate Passierscheine, dann sieht das wieder nach einer Limitierung aus. Vielleicht sollen nur die Passierscheine, aber die Vereinbarung selbst dann in ihrer Wirksamkeit und Gültigkeit nicht mehr limitiert sein.

Ob der Besuch Abrassimows⁵⁴ bei Ulbricht und der Satz Eislers⁵⁵ im Fernsehen, man wird vom Osten entgegenkommen, schon bedeutet, daß sie auf die Entsendung von Funktionären verzichten, weiß ich nicht. Das „Neue Deutschland“ hat sich gestern⁵⁶ völlig anders verhalten und seit einem Vierteljahr zum erstenmal Brandt wieder angegriffen. Ich finde das bemerkenswert. Wenn die SPD sagt, es ergebe sich eine merkwürdige „Koalition“ zwischen Kräften in Bonn und Pankow, dann muß man darauf hinweisen, daß die „Koalition“ zwischen der SPD und Pankow am deutlichsten dadurch wird, daß Pankow Herrn Brandt und die SPD seit Mitte Dezember nicht mehr angegriffen hat, mit Ausnahme von Wehner, der noch das einzige sozialdemokratische Mitglied ist, das von Pankow angegriffen worden ist. Und nun ist gestern Brandt wieder zum erstenmal angegriffen worden, nachdem diese ablehnende Antwort der Bundesregierung erteilt worden ist. Übermorgen wird die nächste Besprechung stattfinden. Ich hoffe, daß darauf gedrungen wird, nun Klarheit zu schaffen, aber nicht, wenn es nicht zu irgendeiner Lösung kommt, daß die Einrichtung Wendt/Korber als Gesprächsbasis installiert wird für die nächsten Monate.

Erhard: Ich glaube, wir können jetzt, auch wenn ich die Sache aus der Sicht der Partei betrachte, mit dem Ergebnis zufrieden sein; denn wir haben tatsächlich erreicht, daß sich der Berliner Senat beugen mußte, aber nicht deshalb, weil er Befehlsempfänger oder irgendein Präfekt ist – ich habe ihn nie so behandelt –, sondern weil er unter den Druck der Öffentlichkeit geraten ist. Ich finde, der Berliner Senat hat falsch taktiert. Er ist auch mit seiner Ansicht zurückgepöfift worden von Bonn aus.

Wir können keine bessere Politik treiben als zu sagen: Für uns ist Berlin tabu. Wir wollen um Berlin keinen Streit der Parteien und der Fraktionen. Wenn ihn die andere Seite sucht oder wenn sie zwiespältig oder zwielichtig wird in ihrem Verhalten, dann ist es ihre Schuld, aber dann sind wir nicht verantwortlich.

54 In der Vorlage: Prassow. – Pjotr Andrejewitsch Abrassimow (geb. 1912), 1962–1971 und 1975–1983 Botschafter der UdSSR in der DDR. – Abrassimow war am 24. Februar 1964 bei Ulbricht („Neues Deutschland“ vom 25. Februar 1964 „Botschafter Abrassimow bei Walter Ulbricht“).

55 Gerhart Eisler (1897–1968), 1949–1950 Mitglied des Parteivorstands der SED, 1949–1950 Mitglied der Provisorischen Volkskammer der DDR, 1956–1962 stv., ab 1962 Vorsitzender des Staatlichen Rundfunkkomitees der DDR, seit 1967 Mitglied des ZK der SED. – Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Sowjetzonen-Spiegel Nr. 46/64 vom 24. Februar 1964 S. 2–5; FAZ vom 24. Februar 1964 „Brandt sieht noch Spielraum für Passierschein-Verhandlungen“.

56 Vgl. „Neues Deutschland“ vom 24. Februar 1964 „Der Irrtum“.

Im übrigen ist die These von Herrn Brandt, er sei kein Befehlsempfänger und kein Präfekt, außerordentlich gefährlich; denn damit wird gesagt, im Gegensatz zu allen anderen Bundesländern will Berlin etwas Besonderes sein.

Nordrhein-Westfalen treibt auch keine eigene Außenpolitik. (*Adenauer: Legen Sie es ihm nicht zu nahe! – Lebhaftige Heiterkeit.*) Wenn Brandt den Anspruch erhebt, begründet er damit einen neuen Anlaß, der dieser Drei-Staaten-Theorie Vorschub leistet. Er treibt also ein ganz gefährliches Spiel mit solchen Äußerungen, die einem persönlichen Ressentiment entspringen.

Dittmar: Ich möchte ein paar Worte zur Sozialenquete sagen. Es ist zu begrüßen, daß Herr Professor Neundörfer⁵⁷ gebeten worden ist, seine Vorstellungen darüber zu entwickeln, und ein Gremium in Aussicht genommen worden ist, mit ihm die Sache zu bearbeiten. Es wäre wünschenswert, daß diese Kommission schneller arbeitet, als es seinerzeit der Fall gewesen ist, um das Vier-Professoren-Gutachten⁵⁸, an dem Neundörfer beteiligt gewesen ist, zustande zu bringen. Ich meine das Gutachten aus dem Jahre 1955, das auch nicht jene volle Klarheit geschaffen hat, um die Rentenreform zustande zu bringen, die dann doch anders gestaltet wurde.

Herr Bundeskanzler! Ich habe eine herzliche Bitte an Sie. Lassen Sie dieses Wort – das sicher nur für diese geheime Beratung bestimmt gewesen ist – von der Öde der Rechtsansprüche, die unsere Sozialpolitik erreicht hat, nicht an irgendeiner Stelle in der Öffentlichkeit verlauten. Das könnte sich für unser gesamtes Ansehen bei allen Stellen als äußerst gefährlich erweisen. Ich sage Ihnen damit nichts Neues; denn wir leben nun einmal in einer Politik, die den sozialen Rechtsstaat verwirklichen will. (*Erhard: Wir leben im sozialen Rechtsstaat!*) Sie erwähnten ein Beispiel aus dem Lastenausgleich. Ich kenne einen Fall, daß ein bekannter Mann aus Oberschlesien bedeutend weniger an Hausratentschädigung bekommt als ein Landarbeiter, der allerdings eine große Kinderzahl hat. Unser sozialer Rechtsstaat nimmt auf diese Dinge der sozialen Bedürfnisse in vieler Beziehung Rücksicht. Das muß in vielem aber neu durchdacht werden. Ich bin der Meinung, daß es nichts gibt, was ständig nicht neu durchdacht werden muß. Aber es wäre für unsere ganze Politik gefährlich, wenn sie mit einem solchen Wort belastet würde. Das kann Ihr Wille nicht sein; denn es könnte sein, daß gerade derartige Dinge von unserem Koalitionspartner mit Wonne ausgedeutet würden.

Daß sich die FDP diese Sache mit den Kriegsopfern⁵⁹ geleistet hat, kam einem echten Verrat an uns gleich. Es war eine durch und durch unwürdige Angelegenheit, die von der Masse der Kriegsbeschädigten überhaupt nicht verstanden worden ist.

57 Dr. Ludwig Neundörfer (1901–1975), Professor für Soziologie an der TH Darmstadt. Vgl. PROTOKOLLE 2 S. 512 Anm. 28.

58 Vgl. EBD. S. 513 Anm. 29.

59 Vgl. fdk Nr. 9/64 vom 22. Januar 1964 „Wirksame Verbesserung der Kriegsofper erreicht“.

Ich habe ein schönes Beispiel. Ich fuhr Anfang Januar von Bonn nach Düsseldorf und sprach mit einem Kriegsbeschädigten. Wir kamen auf die Demonstration der Kriegsoffer zu sprechen und waren der Meinung, das sei unwürdig. Ein dritter Herr saß dabei und sagte: Das ist sehr interessant für mich. – Und das war ausgerechnet Herr Zoglmann von der FDP.

Nun war es bedauerlich, daß auch der Vorsitzende unserer Bruderpartei in die gleiche Kerbe gehauen hat.⁶⁰ Herr Bundeskanzler! Sie haben damals mit Ihren Ausführungen in weiten Kreisen der Kriegsbeschädigten und der Bevölkerung ein hundertprozentiges Echo gehabt. Wir waren alle gewillt, Ihre Politik mit Zehen und Klauen zu verteidigen. Aber mißverstehen Sie mich bitte nicht, wenn ich die Bitte habe, ein solches Wort nicht zu verwenden, damit nicht ein Eindruck entsteht, den Sie gar nicht hervorrufen wollen.

Erhard: Ich habe nur in Schlagworten sozusagen gesprochen. Wenn ich vor einer Versammlung spreche, dann werde ich es weiter ausdeuten. Aber ich habe jetzt in Baden-Württemberg erlebt, ich komme an, wenn ich die Dinge darlege.

Dittmar: Das war mir klar, aber wir erleben ja, wie ein Wort die Runde gemacht hat durch die Presse usw., was sicher nicht im Interesse unserer Partei gelegen hat.

Adenauer: Meine Damen und Herren! Darf ich ein paar allgemeine Bemerkungen machen! Sie vergessen leider zu schnell, in welch zerrissenem Zustand unser Vaterland war, als der Krieg zu Ende ging. Wenn wir damals auch auf dem Gebiet der sozialen Gesetzgebung nicht weitergegangen wären, als man das in ruhigen Zeiten getan hätte, dann wären wir Gefahr gelaufen, daß die Linksparteien davon den Gewinn gehabt hätten. Um dieses Land wieder in eine Ruhe hineinzubringen, mußten wir auf sozialem Gebiet weiter gehen, als man das bei ruhigen Zeiten getan hätte.

Ich kenne kein Land – abgesehen vielleicht von Sowjetrußland – das derartig große Kriegsverluste gehabt hat wie die Bundesrepublik. Wenn z. B. die Amerikaner in diesem ganzen Krieg 359.000 Tote hatten und Sie dem gegenüberstellen, was wir an Toten und Hinterbliebenen gehabt haben, wenn Sie weiter daran denken, daß neun Millionen Vertriebene bei uns angekommen und drei bis vier Millionen unterwegs gestorben oder verschollen sind, dann wird man es doch gerechtfertigt finden, daß wir damals weitergehen mußten, als wenn wir in einer normalen Weise ein geordnetes Staatswesen übernommen hätten.

Erhard: Ich beanstande nicht die sozialen Leistungen, auch nicht die Höhe der sozialen Leistungen. Ich bin umgekehrt der Meinung, wir könnten den wahrhaft Bedürftigen mehr geben, wenn wir innerhalb der ganzen Ordnung etwas mehr soziale Gerechtigkeit hätten. (*Adenauer:* Absolut richtig!)

Blank: Ich will nicht nachkarten, aber in der Kriegsopferversorgung waren sich das Kabinett und zunächst der Fraktionsvorstand einig. Den sogenannten Stufenplan

60 Auf der Sitzung der CSU-Landesgruppe am 20. Januar 1964 gab Strauß den möglichen Abstimmungstermin zur Kriegsofferfrage bekannt und empfahl den 1. Januar 1964 als Termin des Inkrafttretens der Reform (ACSP LG 1964 Nr. 2).

haben weder der Herr Bundeskanzler noch ich erfunden, sondern die Koalitionssprecher, die darüber miteinander verhandelt haben. Aber nachher, als es zum Schwur kam, gab es keine Mehrheit für diesen Stufenplan.

Es ist eine alte Erfahrung in diesem Parlament – ich sage das ohne jede Wertung –, daß es leichter ist, große Mehrheiten zustande zu bringen, wenn etwas beschlossen wird, das den Leuten etwas gibt, als gesunde Verhältnisse im sozialen System herbeizuführen.

Nun zu den Rechtsansprüchen! Ich habe das nicht falsch verstanden und möchte es mit einem Satz interpretieren. Die Bundesregierung denkt nicht daran, bisher gewährte Sozialansprüche zu reduzieren, aber sie ist der Auffassung, daß neben dieses System der sozialen Rechtsansprüche mehr und mehr das treten soll, was in unserem Volk total untergegangen ist, nämlich echtes soziales Wollen auch in den gesetzlichen Gruppen zueinander und untereinander, das also, was man früher schlicht und einfach mit den Worten Fürsorge, Caritas oder Nachbarschaftshilfe ausdrückte. So habe ich den Herrn Bundeskanzler verstanden, und in diesem Sinn führe ich unsere Sozialpolitik.

Stoltenberg: Herr Bundeskanzler! Sie haben etwas zu der Wahl des Bundespräsidenten gesagt. Wir waren uns darüber einig, daß diese Frage mit großer Diskretion behandelt werden muß, aber andererseits ist es doch wichtig und richtig, daß wir in diesem Kreis, der ja vertraulich ist, unsere Meinungen austauschen. Es ist richtig, daß Sie als Parteivorsitzender im Einvernehmen mit der Fraktionsführung diese Verhandlungen so geführt haben, wie Sie es geschildert haben. Ich glaube auch, daß es richtig ist, daß Sie als Vorsitzender der CDU dabei für eine Wiederwahl des Bundespräsidenten Dr. Lübke eingetreten sind, der unser Parteifreund ist und unser Kandidat auch 1959 war.

Auf der anderen Seite sehe ich eine gewisse Gefahr, wenn der jetzige Zustand lange anhält, darin, daß diese zweideutige Haltung der SPD die Sache offenläßt. Das kann nämlich den amtierenden Bundespräsidenten in eine unangenehme Lage hineinbringen, weil er damit die Entscheidungsfähigkeit, ob er sich stellen soll oder nicht, verliert.

Die zweite Gefahr ist die, wenn dieser Zustand anhält, daß andere Kandidaten in die Diskussion gebracht werden, und zwar von einer Kombination, die wir schon erlebt haben, nämlich von der SPD und dem linken FDP-Flügel. Da ist z. B. die Forderung mit dem Namen Dehler gestellt worden. Das ist sicher nicht der richtige Name, aber ich fürchte, daß wir demnächst eine Reihe von Professoren präsentiert bekommen, namentlich bei der deutschen Vorliebe für Professoren, die auf dem links-liberalen Flügel stehen und für einen Teil der FDP und der SPD interessant wären.

Man sollte also darauf drängen, in einem Gespräch mit der SPD und der FDP möglichst bald zu einer Klärung zu kommen, aber nicht erst in den letzten Wochen vor der Wahl. Das wäre für den Bundespräsidenten selber und auch für uns eine unangenehme Situation. Wenn man diese Klärung nicht erreichen kann, müßte man im engsten Kreise der CDU/CSU unter Ihrer Verantwortung sich darüber Gedanken machen, ob man nicht andere Personen, die unser Vertrauen genießen, in diese

Betrachtung miteinbezieht. Ich sehe es als gefährlich an, diesen Schwebezustand bis zum Juni bestehenzulassen.

Adenauer: Herr Barzel und ich sind am Nachmittag des Tages, an dem die letzte Verhandlung war, zum Bundespräsidenten Lübke gegangen und haben ihn über den Verlauf der Beratungen unterrichtet. Der Herr Bundespräsident hat diese Mitteilung mit großer Gelassenheit entgegengenommen. Nun kann ich Ihnen sagen, daß noch am selben Nachmittag die FDP versucht hat, mit Herrn Barzel Fühlung aufzunehmen wegen eines anderen Kandidaten.

Aber, meine verehrten Herren, stellen Sie sich doch bitte diese Situation vor. Wir sind doch die stärkste Partei und schlagen den Bundespräsidenten vor. Und nun sagt ein Teil innerhalb dieser kleinsten Koalitionspartei: Nein, ich will es nicht.

Dann können wir doch nicht sofort sagen, Herr Stoltenberg, gut, wir machen es so, wie ihr wollt. Das können wir doch nicht. Das verträgt auch nicht das Ansehen unserer Partei. Aber wir wollen nicht warten bis Ende Mai oder Anfang Juni. Andererseits wollen wir aber auch nicht hinter den Freien Demokraten herlaufen und sagen: Seid doch so freundlich und macht mit. Die Freien Demokraten haben Herren genannt, über die Sie erstaunt sein werden, aber nicht den Herrn Dehler, im Gegenteil. Herr Mende hat erklärt, daß Herr Dehler bei ihnen abgelehnt worden sei.

Scheufelen: Man erlebt bei der FDP oft, daß eine große oder kleine Gruppe etwas durchzusetzen versucht, aber wenn man dann ruhig bleibt, können wir unsere Vorstellungen schließlich doch durchsetzen.

Wir haben in absehbarer Zeit in Baden-Württemberg die Landtagswahlen. Nun wirkt sich jeder Streit in Bonn positiv für die SPD aus. Es darf nichts passieren, daß nun durch einen Streit innerhalb der Regierungskoalition in Bonn diese Dinge auf das Land Baden-Württemberg übertragen werden. Es ist viel zuviel passiert in den letzten Jahren, als daß solche Dinge einfach herunterlaufen wie Wasser. Herr Ministerpräsident Altmeier hat es auch bei den letzten Landtagswahlen erlebt, wie groß die Empfindlichkeit bei der Bevölkerung geworden ist und wie jede Reaktion einen erheblichen Einfluß auf die Wahl haben wird.⁶¹

Wir dürfen uns keiner Illusion hingeben. Beim gegenwärtigen Stand der Dinge wird die CDU als stärkste Partei aus den Wahlen hervorgehen, aber die SPD ist uns derartig nachgerückt, daß der Unterschied im Wahlergebnis nicht mehr groß sein wird. Die FDP wird etwas an die CDU verlieren. Das ist immer das Schicksal einer kleineren Koalitionspartei.

Es besteht bei einer ungünstigen Entwicklung die Gefahr, daß wir eine Situation wie Niedersachsen bekommen, daß nämlich die SPD genauso stark wird wie die CDU, (*Zuruf:* In Niedersachsen ist die SPD doch stärker!) und die FDP erheblich

⁶¹ Bei der Landtagswahl am 31. März 1963 in Rheinland-Pfalz verlor die CDU gegenüber der Landtagswahl vom 19. April 1959 4 % (vgl. FISCHER 2 S. 961 und 963). Der Verlust war nach Ansicht der FAZ auf die permanente Führungskrise der Bundes-CDU zurückzuführen (FAZ vom 2. April 1963 „Auf fallender Linie“).

schwächer wird. Wir haben also die Bitte, dafür zu sorgen, daß in den nächsten Wochen nicht durch Bonn infolge irgendwelcher Streitigkeiten neue Belastungen auf uns zukommen.

Wir haben uns auch etwas andere Vorstellungen über den Rednereinsatz gemacht, als er bisher zustande gekommen ist. In der gestrigen Landespressekonferenz erklärten mir die Journalisten, sie hätten unter sich eine Umfrage darüber gemacht, wie die Wahl ausginge. Das Ergebnis lautete: CDU 56 Mandate, SPD 48 bis 50 Mandate, FDP Restmandate. Das ist also ein Ergebnis, das für uns durchaus befriedigend wäre. Um dieses Ziel zu erreichen, darf aber nichts mehr passieren, und wir brauchen eine stärkere Unterstützung vom Bund als bisher.

Wenn Herr Brandt in jede kleine Kreisstadt geht, wenn geschlossene Veranstaltungen von Wehner und Erler laufend stattfinden, wir aber demgegenüber nur wenig Leute einsetzen, dann wissen wir nicht, wie wir die Dinge im Griff behalten können. Herr Dufhues! Wir in Baden-Württemberg würden gern etwas Konkretes darüber hören, was geschehen soll, damit wir zu einem besseren Rednereinsatz als bisher kommen.

Dufhues: Seit Monaten bemühe ich mich, die sogenannte Bundesprominenz dafür zu gewinnen, sich im Wahlkampf von Baden-Württemberg zu beteiligen. Wir haben diese Bemühungen nicht darauf beschränkt, den Beteiligten zu schreiben, sondern ich habe mich mit zahlreichen Rednern persönlich in Verbindung gesetzt und auf die Bedeutung der Wahl in Baden-Württemberg eindringlich hingewiesen. Ich bin von denen unterstützt worden, die von dieser Bedeutung wissen, aber trotzdem ist das Ergebnis – lassen Sie mich das mit aller Offenheit sagen – negativ. Noch heute stehen 21 Antworten aus, trotz Mahnung, Erinnerung und wiederholter Hinweise. Lediglich 13 Redner haben eine Zusage gemacht.

Ich habe volles Verständnis, daß die Herren Bundesminister durch ihre Arbeit in Bonn festgehalten sind, aber ich bin auch davon überzeugt, daß z. B. der Herr Bundeskanzler nicht zu einem Unterbeschäftigten im Rahmen der Bundesregierung gehört. Trotzdem steht er an der Spitze derer, die sich bereit erklärt haben, im Wahlkampf von Baden-Württemberg sich für die Sache der CDU einzusetzen.

Ich habe nun an den Bundesvorstand die dringende Bitte, mich in meinen Bemühungen zu unterstützen, endlich klare und möglichst positive Antworten zu bekommen.

Wir können einen zentralen Rednereinsatz, wenn er sinnvoll sein soll, nur dann planen, wenn der Einsatz einige Monate vorher festgelegt wird, damit wir eine entsprechende Einteilung, ob für zwei oder drei Tage usw., vornehmen können. Solange aber diese Zurückhaltung besteht, ist es mir beim besten Willen nicht möglich, das Minimum dessen zu tun, was wir den Baden-Württembergern mit Rücksicht auf die Bedeutung dieser Wahl zugesagt haben. Es ist die letzte große Landtagswahl vor den Bundestagswahlen. Sie hat auch ihre große politische Bedeutung wegen der Wertung der CDU in der Bevölkerung. Jedenfalls lege ich großen Wert darauf, daß nun endlich diese Zurückhaltung aufgegeben wird.

Seebohm: Ich darf auf einen Punkt hinweisen, der für die Wahl in Baden-Württemberg von Bedeutung ist, nämlich auf die Tatsache, daß dort der BHE noch vorhanden ist und daß wir versuchen müssen, diese Leute für uns zu gewinnen. Wir haben in Baden-Württemberg eine gute Arbeit insofern geleistet, als es gelungen ist, den BHE zu spalten und gleichzeitig Sepp Schwarz⁶² für uns zu gewinnen. Sie wissen, daß Schwarz nicht die Mehrheit hatte im BHE. Man mußte überhaupt auf eine Wahlbeteiligung des BHE durch Aufstellung von Kandidaten verzichten.

Wir haben ähnliche Verhältnisse in Niedersachsen und an anderen Stellen. Ich möchte darauf hinweisen, daß diese Fragen in den Organisationen der Heimatvertriebenen bereits angesprochen werden. Dabei habe ich eine Sorge, die mir wesentlich erscheint, daß wir nämlich auf dem Parteitag in Hannover nicht genug in Erscheinung treten lassen, daß wir der Frage der Heimatvertriebenen eine besondere Aufmerksamkeit widmen.

Der Vorsitzende des Arbeitskreises Oder-Neiße⁶³ hat mir erklärt, er gebe diesen Vorsitz ab. Nun sehe ich keine geeignete Persönlichkeit, die an diese Stelle treten könnte. Herr von Keudell⁶⁴ ist zu alt und die anderen Herren sind vielfach saturiert. Es wäre aber geradezu notwendig, daß von Hannover aus mit dem Blick auf die Wahlen in Baden-Württemberg zu dieser Sache ein Wort von der Partei gesagt oder eine Initiative hinsichtlich des Arbeitskreises Oder-Neiße erfolgen würde.

Ich möchte das als eine ernste Sorge, die mir auch von Niedersachsen aus bevorsteht, hier zum Ausdruck bringen, weil ich weiß, daß dieser Kampf um die BHE-Stimmen in Baden-Württemberg von großer Bedeutung sein wird für die Frage, wie stark nun die SPD werden wird. Von der BHE-Fraktion im Baden-Württembergischen Landtag sind zwei maßgebende Leute zur SPD übergetreten.⁶⁵ Ich habe gehört, daß man dort mit größtem Nachdruck und in demokratischer Weise auf die Leute einwirkt.

Adenauer: Herr Seebohm! Wir haben Pech gehabt mit dem Herrn Krüger, dem ersten Vorsitzenden des Bundes der Vertriebenen.⁶⁶ Jetzt wird wahrscheinlich ein Sozialdemokrat gewählt werden. (*Seebohm:* Sehr richtig!) Wir möchten darum bitten,

62 Josef (Sepp) Schwarz (1910–1985), 1950–1964 MdL Württemberg-Baden bzw. Baden-Württemberg (GB/BHE, GDP, seit 1964 CDU), 1960–1972 Staatssekretär für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte im Innenministerium Baden-Württemberg.

63 Vorsitzender war von 1958 bis 1964 Oberländer. Nachfolger wurde Josef Stingl (1964–1969).

64 Dr. Walter von Keudell (1884–1973), seit 1954 Vorsitzender des Bundesvertriebenenausschusses der CDU. Vgl. PROTOKOLLE I S. 478 Anm. 16.

65 Josef Janota und Robert Maresch am 6. November 1963. Vgl. Josef WEIK: MdL und Landtagsgeschichte von Baden-Württemberg 1945–1984. Stuttgart 1984 S. 74 Anm. 126.

66 Hans Krüger war von 1958–1964 Vorsitzender des „Bundes der vertriebenen Deutschen“, 1963–1964 Bundesminister für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte (Rücktritt aufgrund von Vorwürfen wegen seiner „braunen Vergangenheit“). – Nachfolger als BdV-Präsident wurde Wenzel Jaksch (SPD).

daß als Vertreter Herr Jahn⁶⁷ gewählt wird, der unser Mann ist und aus Pommern stammt.

Seeborn: Ich habe mit Herrn Jahn heute früh gesprochen. Herr Jahn hat aber in den Kreisen der Heimatvertriebenen nicht die Resonanz, weil er sich der Organisation nicht genügend gewidmet hat. Die Situation für diese Wahl ist schlecht.

Die Sozialdemokraten haben mit starken Gruppen Herrn Rehs⁶⁸ vorgeschoben und dafür die Unterstützung der Ostpreußen und anderer Gruppen gefunden.

Es bleibt uns nichts anderes übrig, als nunmehr zu versuchen, das geringere Übel zu wählen in Gestalt von Herrn Jaksch⁶⁹, der ein Renegat ist, sich aber jetzt irgendwie reingewaschen hat. Als Vertreter kommt in erster Linie Herr Schellhaus⁷⁰ in Frage, der für uns keineswegs eine angenehme Figur ist. Ich habe versucht, etwas anderes zu erreichen, was mir aber nicht gelungen ist. Herr Schellhaus und Herr Gossing⁷¹ haben es bisher abgelehnt, in unsere Partei zu kommen. Insofern sind wir in der Schwierigkeit, daß wir als einzigen Repräsentanten der CDU nur Herrn Jahn darbieten können.

Wir hatten gehofft, einen anderen Mann als Präsidenten zu bekommen, nämlich Philipp von Bismarck⁷². Er hat aber leider nicht das Placet seiner Gesellschaft für seine Kandidatur gefunden. Dadurch ist die ganze Situation so schwierig geworden. Wir werden am nächsten Sonntag große Sorge in Düsseldorf haben, einen guten Vorstand zu bekommen. Die CDU wird in diesem Vorstand sehr schlecht vertreten sein, weil Herr Schütz⁷³ durch seine Tätigkeit als Staatssekretär in Bayern auch nicht in Frage kommt.

67 Dr. Hans Edgar Jahn (geb. 1914), Publizist; Mitgründer der Arbeitsgemeinschaft Demokratischer Kreise (1951 Leiter, 1957–1969 Präsident), 1965–1980 MdB (CDU), 1967–1974 Vizepräsident des BdV. Vgl. PROTOKOLLE 3 S. 729 Anm. 53.

68 Reinhold Rehs (1901–1971), Rechtsanwalt; Vertriebenenpolitiker (bis 1969 SPD, dann CDU), 1950–1954 MdL Schleswig-Holstein, 1953–1969 MdB (ab 1962 Vorsitzender des Ausschusses für Heimatvertriebene); 1967–1970 Präsident des BdV.

69 Dr. Wenzel Jaksch (1896–1966), 1953–1966 MdB (SPD), 1958–1966 Vorstandsmitglied und Vizepräsident, ab 1964 Präsident des Bundes der Vertriebenen. Vgl. PROTOKOLLE 3 S. 1055 Anm. 73.

70 Erich Schellhaus (1901–1983), 1952–1963 MdL Niedersachsen (GB/BHE, GDP), 1951–1957 und 1959–1963 Landesminister für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegssachgeschädigte, 1955–1968 Sprecher der Landsmannschaft Schlesien, seit 1964 CDU.

71 In der Vorlage Gossing. – Hellmut Gossing (1905–1974), 1950–1960 Vorsitzender des Bundes der vertriebenen Deutschen in Niedersachsen, 1955–1959 MdL Niedersachsen (GB/BHE, 1953–1963 Staatssekretär im Vertriebenenministerium).

72 Dr. Philipp von Bismarck (geb. 1913), 1960–1978 Vorstandsmitglied der Kali-Chemie Hannover, 1967–1971 Präsident der IHK Hannover, 1969–1979 MdB (CDU), 1970–1983 Vorsitzender des Wirtschaftsrates der CDU, seit 1970 Sprecher der Pommerschen Landsmannschaft, 1978–1989 MdEP.

73 Hans Schütz (1901–1982), 1949–1963 MdB (CSU), 1963–1964 Staatssekretär, 1964–1966 bayerischer Staatsminister für Arbeit und soziale Fürsorge. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 353 Anm. 100.

Dufhues: Ich teile Ihre Auffassung weitgehend, Herr Seeböhm. Wir haben auf dem Bundesparteitag keinen besondern Arbeitskreis für Flüchtlinge. Ich halte es aber für selbstverständlich, daß das Vertriebenen- und Flüchtlingsproblem sehr eingehend auf dem Bundesparteitag besprochen wird.

Ich würde es begrüßen, wenn der Herr Bundesvorsitzende und der Herr Bundeskanzler in ihren Ansprachen an das Plenum des Bundesparteitages sehr nachdrücklich die Vertriebenen- und Flüchtlingsfragen ansprechen. Ich werde es auch in meinem Geschäftsbericht tun. Die übrigen Fragen, die Sie angesprochen haben wegen der Oder-Neiße, waren Gegenstand einer Besprechung von gestern abend. Ich werde mich darüber mit Ihnen noch im einzelnen unterhalten.

Scheufelen: Die Schwarz-Gruppe in Baden-Württemberg läßt den BHE bis zum 7. April bestehen. Danach wird dieser BHE-Kreis zur CDU übertreten, wobei wir uns mit ihnen geeinigt haben, daß auf der kommunalen Ebene unter anderem Namen die Vertriebenenorganisationen weiterbestehen können. Unsere Situation mit dem BHE ist z.Z. gut. Wir werden alles tun, um hier nachzustoßen. Gerade in Sindelfingen haben Erler und Wehner versucht, die Situation zu retten.⁷⁴ Wir müssen hier also entsprechendes entgegensetzen.

Gradl: Ich möchte das unterstreichen, was Herr Seeböhm über die Vertriebenen und Flüchtlinge angedeutet hat hinsichtlich der Bedeutung dieser beiden Gruppen für die Wahl in Baden-Württemberg und für die Bundestagswahl im Jahre 1965. Ich habe hier eine Einladung der SPD, sehr aufwendig und geschmackvoll, zum 7. und 8. März nach Sindelfingen, wo von hervorragenden Rednern wie Brandt, Wehner und Erler über „Flüchtling und Gesellschaft“ gesprochen wird. Sie sehen also, wie sich die SPD dieser Gruppe annimmt.

Nun haben wir einen Vorteil dadurch, daß wir Herrn Lemmer als Vertriebenenminister haben. In Herrn Lemmer haben wir einen Redner, der fähig ist, die Leute wirklich anzusprechen. Wir sollten ihn deshalb möglichst viel im Land Baden-Württemberg reden lassen. Damit können wir eine bisher bei uns vorhandene Lücke ausfüllen.

Herr Dufhues hat gesagt, daß die Frage Oder-Neiße im Plenum erörtert werden soll. (*Dufhues:* Nein! Ich habe gesagt, wir haben uns gestern darüber unterhalten, daß wir uns intern weiter darüber unterhalten wollen!) Ich hätte die Bitte, sich um den Landesverband Oder-Neiße als solchen zu kümmern. Ich habe zu meinem Erstaunen im „Dienst der Heimatvertriebenen“, der von der Bundesgeschäftsstelle herausgegeben wird, eine Notiz gelesen, daß sich der Landesverband Oder-Neiße am 13. März, also unmittelbar vor dem Bundesparteitag in Hannover, eine neue Satzung geben will.⁷⁵

74 Flüchtlingskongreß der SPD am 7./8. März 1964. Vgl. Franz OSTERROTH/Dieter SCHUSTER: Chronik der deutschen Sozialdemokratie. Bd. 3: Nach dem Zweiten Weltkrieg. 2. Aufl. Bonn 1978 S. 304. Vgl. auch „Vorwärts“ vom 11. März 1964 „Die Hände nicht in den Schoß legen. SPD-Vertriebenenkongreß befaßte sich mit den Problemen der Spaltung“.

75 Vgl. „Der Heimatvertriebene. Der Flüchtling.“ Nr. 4 (1964) S. 6.

Hier in diesem Kreis ist es nicht notwendig zu erklären, daß der Landesverband Oder-Neiße eine schwierige Sache aus mancherlei Gründen ist. Ich bin nach wie vor dafür, daß dieser Landesverband Oder-Neiße um Gottes willen nicht als Institution angerührt wird. Ich weiß ganz genau, warum wir ihn im Jahre 1950 geschaffen haben. Ich war sogar der geistige Vater dieser Idee mit Herrn Linus Kather⁷⁶.

Aber was dort geschehen ist – Sie kennen den Aufsatz in der „Zeit“⁷⁷ –, hat uns etwas in Mißkredit gebracht.

Es ist unsere Aufgabe, den Landesverband wieder fest auf die Füße zu stellen und ihn von einer gewissen Anrüchigkeit, in die er, ob mit oder ohne Schuld, gekommen ist, zu befreien. Das bedeutet aber, daß sich dieser Vorstand eine Ordnung geben muß, die er bisher nicht hat. (*Zuruf:* Eine von der Bundes-CDU genehmigte Satzung hatte er, er hat sie aber etwas außerhalb der Legalität betrachtet.) Die CDU hat im Jahre 1953 in diesem Kreis bereits auf dieses Problem einer Satzung des Landesverbandes Oder-Neiße hingewiesen und darüber gesprochen. Damals ist es nicht zu einer Regelung gekommen. Dann ist das gleiche Problem im Jahre 1959 wieder aufgetaucht, aber es ist wiederum nicht zu einer Regelung gekommen. Und heute suchen wir immer noch eine neue Satzung.⁷⁸ Es muß differenziert werden zwischen den Aufgaben der einen und den Aufgaben der anderen. Man kann den Landesverband Oder-Neiße nicht dadurch wieder beleben, daß man ihm Aufgaben zuweist, die ihm nicht zustehen, nämlich die Flüchtlingsfragen. Das ist eine Frage der anderen Gruppe. Das muß man also überlegen.

Die Satzung muß fertig sein, ehe sich dieser Verband eine neue Spitze gibt. Man kann es nicht umgekehrt machen. Ob das bis zum Parteitag in Hannover noch möglich ist, weiß ich nicht. Ich möchte vermieden sehen, daß es auf dem Parteitag in Hannover ärgerliche Auseinandersetzungen gibt etwa in der Art, daß jemand, wenn sich dieser Verband eine neue Ordnung gibt, aufsteht und sagt: Das hat mit deinem Bereich nichts zu tun.

Adenauer: Meine Herren! Wir haben bereits 13 Uhr, sind aber immer noch beim Punkt 1 der Tagesordnung. Wir wollen aber heute noch nach Hause.

Dufhues: Es ist völlig unmöglich – ich habe mit Herrn Dr. Kraske noch heute früh darüber gesprochen –, bis zum Bundesparteitag in Hannover Klarheit zu schaffen. Es

76 Dr. Linus Kather (1893–1983), 1949–1957 MdB (CDU, ab 1954 GB/BHE), 1949–1958 Vorsitzender des Zentralverbandes bzw. Bundes der Vertriebenen. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 22 Anm. 18.

77 „Etwas außerhalb der Demokratie. Die seltsamen Praktiken des CDU-Landesverbandes Oder-Neiße“ von Jürgen ECHTERNACH („Die Zeit“ vom 2. August 1963). Vgl. auch Nr. 12 Anm. 47. – In einer Vorlage für die Sitzung des CDU-Parteipräsidiums am 2. März 1964 heißt es: „Die frühere Satzung des Landesverbandes Oder/Neiße war vor einigen Monaten mit vollem Recht (wenn auch in ungehöriger Form) beanstandet worden. Die Satzung sprach in der Tat allen demokratischen Verfahrensweisen Hohn.“ (ACDP VII-001-054/1).

78 Zur Satzungsdiskussion 1953 vgl. PROTOKOLLE 2 S. 131f. Material und Satzung 1964 in ACDP-PRESSEDOKUMENTATION.

ist auch nicht möglich, in Hannover einen neuen Vorstand zu wählen; denn nach der neuen Satzung werden die Delegierten des Landesverbandes Oder-Neiße einen völlig neuen Personenkreis darstellen. Da sollte man den Landesverband nicht überfordern. Wir müssen eine gewisse Übergangszeit von vier bis sechs Wochen haben, um dann nach Hannover den neuen Vorstand zu bilden. Ich stimme mit Ihnen überein, Herr Gradl, daß wir trennen müssen zwischen dem Aufgabenbereich der Exil-CDU und dem Landesverband Oder-Neiße.

Adenauer: Können wir das Thema verlassen? Es ist in Arbeit, und es soll dann eine Pause eintreten! Dann wird man wieder zusammenkommen und überlegen, wie man in der ganzen Sache weiterkommt.

Lücke: Ich möchte für den Rednerdienst einen Hinweis geben. Wir müssen den Leuten etwas hinsichtlich der Frage „Baden“ sagen. Ich bin wiederholt dort unten gewesen und möchte nun wissen, was wir unseren Rednern wegen der Badener Frage sagen sollen.⁷⁹

Adenauer: Jetzt kommt nach der Oder-Neiße-Linie auch noch Baden-Württemberg. Das ist ein bißchen viel auf einmal.

Adorno: Ich habe dieselbe Erfahrung gemacht wie Herr Dufhues. Wir haben uns zweimal mit Schreiben an die Kollegen im Bundestag mit der Bitte gewandt, sich für den Wahlkampf in Baden-Württemberg zur Verfügung zu stellen. Das Echo ist, bis auf wenige Ausnahmen, sehr schlecht. Die Chancen in Baden-Württemberg sind aber günstig. Wir haben sogar die Möglichkeit, nahe an die absolute Mehrheit heranzukommen. Der Wahlkampf mit Bundeskanzler Erhard zeigt das. Wir haben wieder wie vor langer Zeit übervolle Säle. In Tübingen standen die Menschen Schlange vom Bahnhof bis zum Marktplatz.

In einem gebe ich Ihnen recht, Herr Dufhues, der Ausgang der Landtagswahl in Baden-Württemberg wird für unsere Partei entscheidend sein und Rückschlüsse auf die Situation der Bundestagswahl im Jahre 1965 zulassen. Deshalb sollte es möglich sein, daß das Beispiel des Bundeskanzlers Erhard Nachahmung findet und sich nicht nur die Bundesminister, sondern auch die Bundestagsabgeordneten für den Rednereinsatz bereitfinden. Die Zeit drängt sehr, denn bis zur Wahl haben wir noch Ostern mit der Karwoche dazwischen.

Adenauer: Ich muß auf etwas zurückkommen, was in der letzten Sitzung des Parteiausschusses gesagt worden ist. Dort ist erklärt worden, ohne Widerspruch von Baden-Württemberg, daß die Wahlvorbereitungen in Baden-Württemberg selbst denkbar schlecht seien.⁸⁰ (*Dichtel:* Nein, das stimmt nicht!) Ich halte mich verpflichtet, Ihnen das zu sagen.

⁷⁹ Der Heimatbund Badener Land strebte eine Wiederherstellung des Landes Baden an. Vgl. Protokoll der Sitzung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion am 21. Februar 1964 (ACDP VIII-001-1009/3); Kiesinger am 21. Februar 1964 im Deutschen Bundestag in Sten.Ber. 4. WP Bd. 54 S. 5391–5393.

⁸⁰ Vgl. Nr. 12 Anm. 44.

Dichtel: Zu der letzten Bemerkung muß ich sagen, Herr Bundeskanzler, das trifft nicht zu. Von unserer Seite ist das Menschenmögliche geleistet worden. Als Zeuge möchte ich den Herrn Bundeskanzler Erhard anrufen, der in einer ausgezeichneten Weise in Baden-Württemberg gearbeitet hat. Mehr als wir geleistet haben, konnten wir nicht leisten.

Wir sind dem Herrn Bundeskanzler dankbar. Es sind auch einige Minister dagewesen. Eine Breitenwirkung mit Hilfe der sogenannten Prominentenredner haben wir bis heute jedoch nicht gehabt. Und das wäre außerordentlich notwendig. Herr Vorsitzender! Wir haben den Eindruck, daß die SPD durchaus weiß, um was es sich handelt. Diese Vorwürfe kann ich nicht im Raum stehen lassen. Im übrigen reden wir nicht von Test-Wahlen, sondern wir wissen, daß das eine entscheidende Frage ist.

Nun zur Badener Frage, Herr Lücke! Seitdem am letzten Freitag ein neuer Entwurf der Gesamt-CDU in der Badener Frage eingereicht worden ist, können Sie in jeder Versammlung erklären: Die Parteien haben sich auf den Boden dieser Einigung gestellt. Das ist die Lösung, für die wir eintreten. Sie müssen nur damit rechnen, daß vom Heimatbund der Badener erneut damit gedroht wird, bei der Wahl Enthaltung zu üben.

Adenauer: Ich habe Herrn Adorno und Herrn Kiesinger zugesagt, daß ich dorthin kommen und mehrfach sprechen werde. Für die anderen kann ich nicht garantieren.

Dufhues: Darf ich in zurückhaltender Form die Herren Ministerpräsidenten bitten, sich auch zu beteiligen! (*Meyers:* Ich war schon vor der Bundesgeschäftsstelle in Baden-Württemberg.) Wir müssen wissen, wer kommt, damit wir den Rednereinsatz organisieren können.

Adenauer: Meine Damen und Herren! Wir kommen nun zum Punkt 2 der Tagesordnung. (*Bundeskanzler Erhard verläßt den Raum.*)

BUNDESPARTEITAG IN HANNOVER

Dufhues: Meinen Bericht kann ich verhältnismäßig kurz fassen. Sie werden sich erinnern, daß wir in der letzten Sitzung des Bundesvorstandes das Präsidium ermächtigt haben, den allgemein genehmigten Rahmen des Bundesparteitages entsprechend personell auszufüllen. Die Beratungen des Präsidiums haben folgendes Ergebnis gehabt. Ich sehe von den vortragenden Rednern, die Sie ja kennen, ab, sondern wende mich den einzelnen Arbeitskreisen zu, die wir wie folgt vorgesehen haben:

Arbeitskreis I: Grundsatzfragen einschließlich Fragen der Parteiarbeit. Leitung: Bundestagspräsident D.Dr. Eugen Gerstenmaier. Berichterstattung: Franz Amrehn.
Arbeitskreis II: Außen- und Sicherheitspolitik. Leitung: Prof. Dr. Hans Furler⁸¹.

⁸¹ Dr. Hans Furler (1904–1975), Universitätsprofessor; 1953–1972 MdB (CDU), 1958–1973 MdEP, 1962–1973 Vizepräsident des Europäischen Parlaments. Vgl. PROTOKOLLE 3 S. 906 Anm. 16.

Berichterstattung: Dr. Georg Kliesing, MdB. Arbeitskreis III: Wirtschafts- und Sozialpolitik. Leitung: Bundesminister a.D. Dr. Hans Wilhelmi. Berichterstattung: Josef Stingl, MdB. Arbeitskreis IV: Kulturpolitik. Leitung: Prof. Dr. Wilhelm Hahn, MdB⁸². Referent: Kultusminister Prof. Dr. Paul Mikat⁸³. Berichterstattung: Dr. Gerhard Stoltenberg, MdB. Arbeitskreis V: Agrarpolitik. Leitung: Detlev Struve, MdB. Referent: Staatsminister Gustav Niemann. Berichterstattung: Bernhard Bauknecht, MdB.

In diesem Zusammenhang darf ich darauf hinweisen, daß für die Zeit bis zum nächsten Frühjahr drei große Kongresse der Bundespartei in Aussicht genommen worden sind, nämlich 1. ein Wirtschaftspolitischer Kongreß⁸⁴, 2. ein Verkehrspolitischer Kongreß⁸⁵, 3. ein Kulturpolitischer Kongreß⁸⁶. Es ist möglich, daß einzelne Arbeitskreise nicht zu konkret formulierten Entschließungen kommen, z. B. im Arbeitskreis Kulturpolitik. (*Adenauer, nachdem jemand aus dem Saal gegangen war:* Können Sie nicht die Tür hinter sich zumachen? Es braucht doch nicht jeder alles zu hören!) Wir befassen uns zum erstenmal auf einem Bundesparteitag mit Kulturpolitik. Die hier zu behandelnden Themen werden auf dem Kulturpolitischen Kongreß endgültig verabschiedet, der für den Spätherbst vorgesehen ist.

Ich wäre dankbar, wenn im Arbeitskreis III „Wirtschafts- und Sozialpolitik“ das Ergebnis des Gesundheitspolitischen Kongresses von Oberhausen⁸⁷ ausgewertet würde. Dieser Kongreß hat eine große Resonanz gefunden, vor allen Dingen in den Kreisen, die an der Gesundheitspolitik und den damit zusammenhängenden Fragen interessiert sind. Das „Ärztliche Mitteilungsblatt“, das jeder Arzt bekommt, hat allein auf acht Seiten ausführlich über diesen CDU-Kongreß berichtet.⁸⁸

Weil das Interesse an solchen Fachkongressen in der Bevölkerung sehr groß ist, halte ich es für notwendig, noch andere Kongresse und Tagungen – z. B. einen Kulturpolitischen Kongreß – durchzuführen. Ich verspreche mir davon für die Parteiarbeit sehr viel. Ich bitte Sie deshalb, diesen Überlegungen im Grundsatz zuzustimmen.

82 Dr. Wilhelm Hahn (1909–1996), Professor für evangelische Theologie, 1962–1964 MdB (CDU). Vgl. PROTOKOLLE 2 S. 1095 Anm. 91.

83 Dr. Paul Mikat (geb. 1924), Professor für Rechtsgeschichte, Bürgerliches Recht, Wirtschafts- und Handelsrecht; 1945 CDU, 1962–1966 Kultusminister in Nordrhein-Westfalen, 1966–1969 MdL Nordrhein-Westfalen, 1969–1987 MdB, seit 1967 Präsident der Görres-Gesellschaft.

84 Wirtschaftstag der CDU/CSU am 8. und 9. Juli 1965 in Düsseldorf.

85 Verkehrspolitischer Kongreß im Herbst 1964. Vgl. Präsidiumssitzung am 3. Februar 1964 (ACDP VII-001-053/1). Raumordnungskongreß vom 24. bis 26. Mai 1965 in Saarbrücken (UiD Nr. 21 vom 28. Mai 1965; Hans-Christoph SEEBOHM: Raumordnung und Verkehrsplanung. Vortrag am 25. Mai 1965 in Saarbrücken. Bonn 1965.)

86 Vgl. Nr. 13 Anm. 79.

87 CDU (Hg.): *Gesunde Umwelt – gesunde Menschen*. 1. Gesundheitspolitischer Kongreß der CDU vom 29. bis 30. Januar 1964 in Oberhausen. Bonn 1964.

88 Vgl. „*Gesunde Umwelt – gesunde Menschen*. Vom ersten Gesundheitspolitischen Kongreß der Christlich-Demokratischen Union.“ In: „*Deutsches Ärzteblatt*“, Heft 7 vom 15. Februar 1964, S. 353–362.

Selbstverständlich kann man zu dem einen oder anderen personellen Vorschlag noch andere Vorschläge machen. Sicher wird sich auch der eine oder andere vernachlässigt fühlen, aber ich bitte Sie, doch Verständnis dafür zu haben, daß wir eine Entscheidung treffen mußten.

Wir mußten auch einmal den Kreis der Personen wechseln, die auf den Parteitagen in Arbeitskreisen und im Plenum in Erscheinung treten. Es gibt sehr viele Parteifreunde, die sich um die politische Arbeit der CDU Verdienste erworben und sich nachdrücklich um die hier angesprochenen Fragen in der Fraktion oder in der Partei bemüht haben. Ich wäre sehr dankbar, wenn Sie die Beratungen des Parteitages und der Arbeitskreise sorgfältig mit vorbereiten und den Parteitag durch Diskussionen beleben würden. Die Beratungen der Arbeitskreise werden in aller Öffentlichkeit, also unter Anwesenheit von Presse, Rundfunk und Fernsehen, durchgeführt werden. Somit ist eine breite Resonanz und Öffentlichkeitswirkung sichergestellt.

Adenauer: Ich möchte auch ein Wort dazu sagen. Ich bin nicht damit einverstanden, daß im Arbeitskreis „Wirtschafts- und Sozialpolitik“ nur Herr Stingl als Berichterstatter vorgesehen ist. Seitdem davon gesprochen worden ist, haben sich die Verhältnisse gerade innerhalb der Arbeitnehmerschaft im Hinblick auf das Sozialpaket derart zugespitzt, daß ich es für ausgeschlossen halte, hier nur den Vertreter einer Richtung den Bericht erstatten zu lassen.

Ich möchte darum bitten, daß auch Herr Scheppmann als Mitberichterstatter – oder wie Sie es nennen wollen – dabei ist. Es kommt hinzu, daß Herr Scheppmann der Vertreter einer großen Arbeitnehmerschaft des Industriegebietes ist. Es ist nicht gut, wenn Herr Stingl hier allein steht, der das Glück hat, in Berlin zu wohnen, aber nicht im Industriegebiet. (*Meyers:* Ich gebe zu bedenken, daß es dann zwei Vertreter der Sozialpolitik gibt, die Bericht erstatten, und für die Wirtschaftspolitik ist kein Berichterstatter vorhanden. – *Dufhues:* Aus guten Gründen wollen wir eine gemeinsame Berichterstattung!) Ich muß das als richtig anerkennen, was Herr Meyers gesagt hat. Höchst wahrscheinlich wird es in diesem Arbeitskreis mit dem Sozialpaket losgehen. Dann erschöpft sich die ganze Diskussion in diesen Streitigkeiten. Herr Meyers hat völlig recht, auch die Wirtschaft, die doch schließlich Trägerin des Ganzen ist, muß hier irgendwie zu Worte kommen. Wie man das macht, wollen wir zusammen überlegen.

Katzer: Ich darf Herrn Dufhues daran erinnern: Als der Bundesvorstand dem Präsidium den Auftrag gegeben hat, den Entwurf zu machen, haben Sie gesagt, daß über die personelle Besetzung Rücksprache genommen würde mit den Vorsitzenden der Ausschüsse bzw. den Vereinigungen. Nun, ich bin um eine solche Mitarbeit nicht gebeten worden. Wie es bei den anderen ist, weiß ich nicht. Wir würden uns also viel leichter tun, wenn Sie sich über die personellen Probleme vorher mit den verschiedenen Vorsitzenden der Ausschüsse und der Vereinigungen abgesprochen hätten.

Der Herr Bundeskanzler hat für den Arbeitskreis III „Wirtschafts- und Sozialpolitik“ einen Vorschlag gemacht, den ich nicht für sehr glücklich halte. Wenn wir uns

in diesem Arbeitskreis nur auf eine Form der Diskussion beschränken, dann sind Tür und Tor für eine Auseinandersetzung geöffnet, die unter Umständen sehr unangenehm werden kann. Ich glaube nicht, daß man das dadurch lösen kann, daß man hier zwei Berichterstatter vorsieht. Bei einer solchen Berichterstattung würden nämlich die entstehenden Schwierigkeiten in das Plenum verlagert.

Ich würde meinen, daß Herr Stingl sachlich genug ist und nicht seine eigene Meinung vorträgt. Der Berichterstatter sollte kurz das Für und Wider darstellen, damit man das Thema nicht allein den Diskussionsrednern überläßt, sonst gibt es nur ein Hickhack über das Sozialpaket.

Adenauer: Herr Katzer! Wir müssen die Katze aus dem Sack lassen und offen miteinander sprechen. Soviel ich weiß – aber nicht nur aus Zeitungen –, will man von seiten unserer Arbeitnehmer den Herrn Blank nicht mehr im Präsidium lassen. Herr Blank soll nach Meinung dieser Leute hinaus. (*Katzer:* Ich habe das auch gelesen, aber es stimmt wohl nicht!) Wenn man Herrn Blank aus dem Präsidium haben will, dann doch nur wegen des Sozialpakets. Dadurch bringt man die ganze Diskussion über das Sozialpaket an einer persönlichen Frage zum Platzen. Und halten Sie das für gut? Ich halte das nicht für gut. (*Unruhe und Bewegung.*) Jetzt müssen Sie mich darüber sprechen lassen, meine Herren, und zwar im Interesse unserer Gesamtpartei. Ich bin tief betrübt – das muß ich offen sagen –, daß die Arbeitnehmerschaft nicht wenigstens versucht, dem Herrn Blank gerecht zu werden.

Ich weiß, daß Herr Blank unter Umständen sehr nervös ist und damit Anstoß erregt; aber wie liegt denn der Fall hier? Seit mindestens eineinhalb Jahren reden und deklamieren wir vom Sozialpaket. Es sollte ein wesentlicher Bestandteil des Sozialpaketes sein, daß von DM 850,- an eine Selbstbeteiligung bei den Krankenkassen stattfindet. Und wer hat das zu Fall gebracht? (*Katzer:* Es ist ganz eindeutig, die FDP hat das zu Fall gebracht!) Was sollten wir machen? Sollten wir uns diesen wichtigen Teil der Sozialpolitik, worüber wir lange gesprochen haben und wovon die ganze Welt erfüllt war mit Gesprächen, nun einfach durch die Freien Demokraten kaputtmachen lassen und damit die Arbeiterschaft vor den Kopf stoßen?

Ich lasse jetzt alle Einzelheiten weg, sondern spreche rein politisch. Herr Blank hat dann den Versuch gemacht, die Sache dadurch zu retten, daß er sich mit den Ärzten in Verbindung gesetzt hat, die doch zum Teil Sachkenner und alle daran interessiert sind. Die Ärzte haben nun auf die Freien Demokraten eingewirkt, daß sie einem Vorschlag zugestimmt haben, nämlich ab DM 1.250,- Einkommen eine Selbstbeteiligung vorzusehen.

Herr Blank hat dann unwidersprochen in der Fraktion vorgetragen, daß über eine Million Leute dann unter diese Selbstbeteiligung fallen. Er hat dabei die Hoffnung ausgesprochen, daß dann, wenn man einmal den Anfang gemacht habe, immer mehr Leute, namentlich bei den steigenden Lohnerhöhungen, in die Klasse der Selbstbeteiligten hineinkämen.

Und nun setzte ein solch scharfer persönlicher Kampf ein, den man in einer Fraktion überhaupt nicht verstehen kann und unter keinen Umständen hinnehmen

kann. Was hat sich ereignet? Sie werden erstaunt sein! Es haben sich drei Herren zusammengetan mit dem Herrn Balke⁸⁹, der Vertreter der Arbeitgeber ist, und mit Herrn Stein⁹⁰ vom Bundesverband der Deutschen Industrie, und die wollen jetzt zusammen das ganze Sozialpaket in den Orkus bringen. Das aber wäre – Herr Katzer, ich richte mich speziell an Sie – der größte politische Fehler, den wir überhaupt machen könnten.

Sie sagen nun, es steckt im Sozialpaket nicht mehr viel drin, es sind vielleicht noch 10 % von dem, was ursprünglich drin stand. Darin haben Sie vielleicht recht, aber bedenken Sie, wir gehen in einen Wahlkampf. Und dann sage ich doch lieber: Wir haben zwar nicht alles, was wir vorhatten, durchgebracht, aber wir haben wenigstens den Anfang gemacht, – als daß ich mir anhören muß: Deine Partei, die sich eine soziale Partei nennt, war nicht imstande, überhaupt etwas vom Sozialpaket durchzubringen.

Was folgt weiter? Man hat Herrn Blank von seiten seiner Arbeitnehmerfreunde selbst nahegelegt, daß er als Minister zurücktreten solle. Nun, wenn ich Blank wäre und ich würde so behandelt, wie das der Fall zu sein scheint, dann würde ich auch zurücktreten, aber was hätten wir dann? Dann hätte das Kabinett Erhard in den ersten fünf Monaten seines Bestehens schon zwei Minister verloren. Nun werden Sie mir sagen, man kann den Fall Krüger⁹¹ nicht mit dem Fall Blank vergleichen. Da haben Sie recht, aber wer begreift das denn draußen? Man wird statt dessen sagen: Das scheint mir ein schönes Kabinett zu sein; zuerst verliert es den Herrn Krüger und einige Wochen später seinen Sozialminister, der schon so lange Jahre da ist. – Das wäre doch ein politischer Fehler ersten Ranges.

Nun wird sich mit diesen ganzen Fragen die Fraktion beschäftigen. Herr Barzel, mit dem ich darüber gesprochen habe, wird der Fraktion Fragen vorlegen, über die abgestimmt werden soll. Ich möchte hier übrigens zur Unterrichtung der Herren, die nicht in der Fraktion sind, folgendes sagen: Es ist mir durch intensives Vorgehen gelungen, die Fraktion in einer großen Mehrheit dazu zu kriegen, daß sie diese Rumpfgeschichte mitmacht. Nun ist Herr Stingl – damit Sie den Zusammenhang verstehen – einer der schärfsten Gegner des Herrn Blank. (*Katzer*: Das stimmt so in der vereinfachenden Form nicht, Herr Bundeskanzler, ich muß den Kollegen Stingl in Schutz nehmen!) Das ist einer der schärfsten Gegner des Herrn Blank! (*Katzer*: Das stimmt nicht. Hier ist ein großer Unterschied in der Konzeption. Herr Stingl hat sich leidenschaftlich für die Sache eingesetzt! – *Unruhe und Bewegung*.) Bitte melden Sie sich zu Wort, Herr Katzer, dann bekommen Sie es auch. Aber nun hängen wir wegen

89 Dr. Siegfried Balke (1902–1984), Chemiker (1965 Honorarprofessor); 1946–1971 Vorsitzender der Bayerischen Chemischen Industrie München, 1964–1969 BDA-Präsident, 1957–1969 MdB (CDU), 1956–1962 Bundesminister für Kernenergie und Wasserwirtschaft. Vgl. PROTOKOLLE 3 S. 524 Anm. 4.

90 Gustav Stein (1903–1979), Rechtsanwalt, Honorarprofessor; 1961–1972 MdB (CDU), 1957–1963 Hauptgeschäftsführer des BDI (1963 geschäftsführendes, 1968 beratendes Präsidialmitglied). Vgl. PROTOKOLLE 3 S. 547 Anm. 32.

91 Vgl. Anm. 66.

des Sozialpakets in diesem verdamnten Streit innerhalb der Arbeitnehmerschaft. Und wenn Sie nun, Herr Katzer – nehmen Sie es mir nicht übel – mit Vertretern der Industrie hingehen, um die Sache kaputtzumachen, wie wollen Sie dann einen Wahlkampf führen? Das verstehe ich nicht. Dafür habe ich kein Verständnis.

Und hier kämpfe ich für unsere Partei! Ich kämpfe nicht für Blank und nicht gegen Katzer und nicht gegen Stingl, sondern hier kämpfe ich für die Partei und halte es für die Partei, die doch über 30 % Stimmen aus der Arbeitnehmerschaft braucht, untragbar, daß wir so verfahren, wie das jetzt von einem Teil der Fraktion beabsichtigt ist.

Nun haben Sie den Vorschlag gemacht, Herr Katzer – ich habe ihn in der Zeitung gelesen –, die Sache sollte weg, und es sollte schleunigst etwas anderes hergestellt werden.⁹² Nun, wenn Sie ihn vor zwei Jahren gemacht hätten, dann hätte man darüber sprechen können, aber jetzt zu Ende Februar des Jahres 1964 bei einer so unglücklichen und zerrissenen Situation, zwölf Monate vor dem Wahlkampf etwas Neues hinzustellen, das halte ich für falsch.

Deswegen bitte ich Sie herzlich, stellen Sie Ihre Reformwünsche bis zum nächsten Bundestag zurück. Aber tun Sie mit, damit wir etwas Positives für unsere Arbeitnehmerschaft in den Wahlkampf hineinbringen, sonst wird der Wahlkampf von uns nicht gewonnen. Aber er muß gewonnen werden von uns!

Es wird Ihnen viel schlechter gehen, wenn die Sozialdemokraten gewinnen. Dann werden Sie ja sehen, ob Sie noch etwas zum Lachen haben!

Ich habe Herrn Blank vor der Sitzung gebeten, hier nicht zu sprechen, weil ich jede persönliche Auseinandersetzung fernhalten möchte. Glauben Sie mir das eine, ich spreche nur im Interesse der Partei, nicht im Interesse des Herrn Blank, nicht aus Vorliebe für das Sozialpaket, auch nicht etwa aus einer Animosität gegen unsere Arbeitnehmer wegen des Krachs, sondern nur im Interesse der Partei. Ich appelliere auch an Sie, Herr Katzer, stellen Sie allem voran das Wohl der Partei, die uns alle trägt, auch die christliche Arbeitnehmerschaft. Stellen Sie das voran, und lassen Sie alles andere weg, und überlassen Sie das der Zukunft.

Nun werden Sie mir sagen, wir werden damit nicht durchkommen bei den Freien Demokraten. Ich weiß es nicht. Aber wenn wir bei den Freien Demokraten nicht durchkommen, dann ist das doch für unsere Partei unendlich viel besser, als wenn man nun aus den eigenen Reihen die Sachen kaputtmacht. Das möchte ich verhindern. Wenn wir bei den Freien Demokraten nicht durchkommen, dann können wir sagen: Da seht ihr, liebe Wähler, wer eure Interessen wahrt und wer euch wirklich etwas geben wollte. – Wenn wir es aber selbst kaputtmachen, dann wird unsere Partei den schwersten Schaden davon tragen.

Katzer: Wenn Sie davon sprechen, Herr Bundeskanzler, daß sich drei Arbeitnehmer mit Vertretern der Unternehmer an einen Tisch gesetzt haben und das geradezu als ein Verbrechen hinstellen. (*Adenauer:* Von einem Verbrechen kann keine Rede sein!

⁹² „Sozialprogramm statt Sozialpaket“ in „Soziale Ordnung“ Nr. 3 vom März 1964.

– *Unruhe und Bewegung.*) Herr Bundeskanzler! Ich darf Ihnen kurz erzählen, wie die Sache zustande gekommen ist. Nach Ihrer Schilderung sieht es so aus, als ob hier eine Verschwörung stattgefunden hätte. Sie haben eben die Situation in der Fraktion dargestellt. Es ist richtig, wie Sie es dargestellt haben. Aber Herr Blank ist ja da und weiß auch, daß die Hauptbeteiligten aus der Wirtschaft, aus dem Mittelstand und aus der Sozialpolitik, aus verschiedenen, zum Teil sich widersprechenden Gründen zu einer Ablehnung dieses Vorschlags gekommen sind, und zwar aus sachlichen Überlegungen heraus.

Es ist nicht zutreffend, daß hier eine persönliche Animosität gegen Herrn Blank besteht. Für den Herrn Stingl kann ich sagen, daß er die erste Konzeption Blanks, die wir auf dem Dortmunder Parteitag vertreten haben⁹³, durchgestanden hat wie nur irgendeiner in der Fraktion. Übersehen Sie auch nicht, daß wir es gewesen sind im Sozialausschuß, die zweieinhalb Jahre lang diese Konzeption vertreten haben. Aber wir sind damit gescheitert. Das ist nicht die Schuld des Herrn Blank, sondern weil die FDP entgegen ihrer Zusage nach zwei Jahren vertaner Arbeit einfach von dieser Sache abgerückt ist. (*Zuruf:* Sehr richtig!) Wir haben die Form der Kostenbeteiligung für den Arbeitnehmer vom Dortmunder Parteitag an vertreten; aber es gab bei uns immer wieder Differenzierungspunkte in der Versicherungspflichtgrenze usw. In den Grundelementen hat es bei uns keine Differenzen gegeben bis zu dem Tage, wo die FDP erklärte: Wir lassen es scheitern an dieser lächerlichen Frage DM 850,- oder DM 1.250,- Kostenbeteiligung. Das ist aber kein Grund, die Sache scheitern zu lassen, sondern von dieser Stunde an war es für mich klar, daß die FDP das Sozialpaket aus politischen Gründen nicht mit uns verabschieden wollte.

Nun können wir tun, was wir wollen, die FDP wird immer ein Haar in der Suppe finden, weil sie nicht mitmachen will. Das ist meine Erkenntnis: Es ist eine politische Frage. Die FDP arbeitet nur mit dem Blick auf die Wahl hin. Sie hat das auch bei den Kriegsoptionen getan. Sie empfiehlt sich hier als die Partei des Mittelstandes und ist für die arbeitsrechtliche Lösung, von der alle Leute mit Sachverstand wissen, daß sie für die Wirtschaft nicht taugt. Aber leider empfindet es der Mittelstand so, als wenn das ein hohes Verdienst wäre.

Die FDP schielt auch nach den Gewerkschaften und sagt, wir wollen als vornehme Partei dastehen. Das ist die politische Situation, um die es geht.

Wir haben am 6. Januar in Königswinter die Arbeitnehmergruppe zusammengehabt.⁹⁴ Dort habe ich schon dem Kollegen Blank gesagt, es wird nicht möglich sein. Aber andere Kollegen waren optimistischer. Nun, die Erfahrung hat gezeigt, daß die FDP im Ausschuß die Sache blockiert hat aus politischen Gründen. Wenn Sie diesen Weg – den ich nicht für gangbar halte – gehen, werden Sie erleben, daß am Ende

93 Rede Blanks in: CDU, 11. Bundesparteitag S. 48–60.

94 Tagesordnung der Klausurtagung der Arbeitnehmergruppe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion am 6. Januar 1964 in Königswinter in ACDP I-077-160. Vgl. FAZ vom 8. Januar 1964: „Vorstoß für höheres Kindergeld“.

einer langen Beratung die FDP einfach nicht mitmacht. Lesen Sie nach, was die FDP beschlossen hat! Sie hat beschlossen, sie wolle jetzt Sachverständige hören zu allen diesen Fragen. Sie wolle die Ärzte, die Gewerkschaften und die Vertreter der Verbände hören. Hier ist doch für jeden erkennbar, daß damit nur auf Zeit gearbeitet wird. (*Adenauer*: Sie wollen also, daß die Vorlage zurückgezogen wird?) Die FDP will am Ende dastehen als die Partei, die sich für die Kriegssopfer, für die Wirtschaft und für das Kindergeld eingesetzt hat. Wir werden es wahrscheinlich erleben, daß in der Märzsession die FDP mit der SPD gegen uns beschließen wird, das Kindergeld zu erhöhen.⁹⁵ Sie wird ferner einer Entlastung der Wirtschaft um jährlich eine Milliarde zustimmen. Damit ist nach meiner Meinung der Wunsch der FDP auf sozialpolitische Maßnahmen des vierten Deutschen Bundestages erfüllt.

In der sehr schwierigen Krankenversicherungsreform bekommen wir keine Mehrheit mit der FDP. Es bleibt auch auf der Strecke die Lohnfortzahlung. Herr Blank hat vorgeschlagen, für den Wegfall der Kostenbeteiligung eine Änderung des Beitragsaufkommens vorzusehen, nämlich 3/5 Beitrag und 2/5 Arbeitnehmer. Einen solchen Vorschlag halte ich nicht für praktikabel. Wir haben den Anton Storch⁹⁶ damals gefeiert, als er diese Sache beseitigt hat. Nun können wir nach 14 Jahren nicht den umgekehrten Weg gehen. Das hätte schwerwiegende Folgen für die Organe der Selbstverwaltung. Das sind Bedenken, die aus der eigenen Fraktion kommen.

Sie werden mir zugeben, daß wir es nicht in der Hand haben, daß diese Frage von den Beteiligten hochgespielt wird und daß wir nicht ausweichen können auf die Unfall- und Knappschaftsversicherung, sondern daß die Arbeitnehmerseite verlangen wird, in den Aufsichtsorganen zu 3/5 vertreten zu sein. Das ist der Grund, warum wir zu diesem Vorschlag Nein sagen. Der Vorschlag von Blank sollte nur den Ersatz bringen für 500 Millionen, die bei der Krankenversicherung durch Verzicht auf die Kostenbeteiligung ausgefallen wären.

Ich habe bereits in der Fraktion vorgetragen, wir sollten rechtzeitig erkennen, wenn es keine Mehrheit gibt, wie wir uns zu verhalten haben. Es darf nicht so sein, daß wir uns vor der Wahl sagen müssen: Wir haben keine Mehrheit gefunden; denn die FDP hat nicht mit uns gestimmt.

Wenn man erkennt, daß eine Sache effektiv nicht zu machen ist, dann sollte man lieber von vornherein darauf verzichten, als nachher sich immer mehr erpressen zu lassen.

Ich schlage vor, bei der Kindergeldfrage zu erklären: Wenn wir es nicht verhindern können, daß es der Etat übernimmt, muß für uns die Frage der Lohnfortzahlung angesprochen werden. – Hier kommt nun das Problem der zusätzlichen Belastung der

⁹⁵ Das Bundeskindergeldgesetz wurde in der 120. Sitzung des Deutschen Bundestages am 6. März 1964 einstimmig angenommen (Sten.Ber. 4. WP Bd. 54 S. 5594 f.).

⁹⁶ Anton Storch (1892–1975), 1949–1965 MdB (CDU), 1949–1957 Bundesminister für Arbeit, 1957–1965 MdEP. Vgl. PROTOKOLLE I S. 33 Anm. 59. – Vgl. Storch in der 91. Sitzung des Deutschen Bundestages am 13. Oktober 1950 (Sten.Ber. 1. WP Bd. 5 S. 3381 f.).

Wirtschaft. Wer ist nun interessiert an der Lohnfortzahlung? Nun, die Arbeitnehmer! Die CDU hat es seit 1956⁹⁷ auf jedem Parteitag, und zwar losgelöst von dem Begriff des Sozialpaketes, beschlossen. Es ist also ein essentieller Programmpunkt, der auf jedem Parteitag neu beschlossen worden ist. Selbstverständlich sind daran auch die Gewerkschaften interessiert.

Nun meine Vorstellungen, die ich mit den Spitzen der Gewerkschaften hatte! Der Staat hat den Gewerkschaften und Unternehmerverbänden für einen wesentlichen Teil der Wirtschaft freie Funktionsfähigkeit gegeben in der Frage der Arbeitszeit, der Löhne usw. Nun hört man häufig folgendes Urteil: Lohnerhöhungen sind nicht das schlimmste, was uns betrifft, sondern das empfindlichste ist die Frage der Arbeitszeit.

Mein Vorschlag war nun – ob es gelingt oder nicht, jedenfalls kämen wir aus der unangenehmen Umarmung der FDP heraus und würden nicht mit Scheuklappen herumlaufen – folgender: Seid ihr bereit, in der entscheidenden Arbeitszeitverkürzung zurückzuhalten und zurückzustecken? (*Adenauer*: Wie kann einer auf eine solche Idee eingehen!) So absurd ist das nicht. Das soll es geben und sogar erlaubt sein; denn vor einem Jahr hat Herr Leber⁹⁸ sogar eine sozialpolitische Forderung dagegen eingetauscht, daß er auf die Arbeitszeitverkürzung verzichtet hat. Ich habe mit sehr vielen Leuten der Gewerkschaft gesprochen, die sehr unangenehm berührt waren, daß wir als Union sie nicht in diese Verantwortung miteinbeziehen wollten. Wenn es nicht zum Zuge käme, wollte man uns für das Scheitern verantwortlich machen.

Mir geht es um das Wohl der Partei genau wie Ihnen, Herr Bundeskanzler. Ich kenne keine persönlichen Gegensätze. Ich kenne die Frage und die Sache, und da habe ich offenbar eine andere Vorstellung als Sie; denn ich glaube nicht, daß wir so zum Ziel kommen werden. An diesem von Ihnen apostrophierten Gespräch haben teilgenommen die Herren Balke, Stein und Jungmann. Es ist zustande gekommen, nachdem eine Abstimmung – an der ich nicht teilgenommen habe – im Sozialpolitischen Arbeitskreis der Fraktion stattgefunden hat, wo gefragt worden sein soll – ich war nicht dabei, Herr Horn⁹⁹ hat es gesagt –, wer für diesen neuen Kompromiß sei. Dabei haben von 18 Mitgliedern 15 mit Ja geantwortet. Dann hat man gesagt, das ist Unsinn, daß die Leute, die es im Ausschuß verwirklichen sollen, innerlich nicht zu der Sache stehen.

Adenauer: Da kann man sagen, das erfordert die Fraktionsdisziplin. Die Leute haben so gestimmt wie die Mehrheit der Fraktion. Aber wenn Sie sagen, Herr Katzer,

97 Vgl.: Entschließungen des 6. Bundesparteitags. Druck in: CDU, 6. Bundesparteitag, S. 196–204, insbes. S. 200.

98 Georg Leber (geb. 1920), Gewerkschafter und Politiker; 1957–1966 Vorsitzender der IG Bau Steine Erden, 1957–1983 MdB (SPD), 1961–1968 Vorstand der SPD. Vgl. PROTOKOLLE 3 S. 596 Anm. 46.

99 Peter Horn (1891–1967), 1950–1965 MdB (CDU), 1953–1961 Vorsitzender des Arbeitskreises IV der CDU/CSU-Fraktion (Arbeitsrecht und Sozialpolitik). Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 625 Anm. 94.

die Sache wäre ja nicht persönlich, warum haben dann die Sozialausschüsse dem Herrn Scheppmann eine mehrere Seiten lange Rüge¹⁰⁰ erteilt, weil er auf die Seite des Herrn Blank getreten ist? Herr Scheppmann hat mir als dem Vorsitzenden der Partei diese Rüge geschickt und mich gebeten, ihn etwas in Schutz zu nehmen. Und das tue ich auch.

Ich finde es unmöglich, daß die Sozialausschüsse sich hinsetzen und einem Mann, der nach bestem Wissen und Gewissen stimmt, nun eine offizielle Rüge erteilen. Im Industriegebiet hat ein anderer Teil der Sozialausschüsse ebenfalls damit begonnen, offizielle seitenlange Rügen zu erteilen. Das ist mir auch geschickt worden.

Was sind das für Zustände innerhalb der Partei und innerhalb der Arbeitnehmerschaft? Das ist mir unverständlich! (*Zuruf*: Sehr richtig! – *Katzer*: Darf ich Sie bitten hinzuzufügen, daß das eine Sache der westfälischen Sozialausschüsse war, nicht der Bundessozialausschüsse. – *Unruhe und Bewegung*. – *Zuruf*: Das hat er doch gerade gesagt! – *Dufhues*: Ich bin gefragt worden, ob ich damit einverstanden sei, ich habe es verneint!) Es liegen zwei Rügen vor, eine von den westfälischen Sozialausschüssen und eine an die Adresse von Herrn Scheppmann. Ich habe selten so etwas gelesen, daß ein Mann wie Scheppmann mit solchen Verdiensten in der Vergangenheit, der sich hinter den Vorschlag des Ministers gestellt hat, nun deswegen eine offizielle Rüge von den Arbeitnehmern bekommt. Das ist mir unverständlich.

Blank: Der heutige Tag weckt in mir eine Erinnerung. Ich habe hier einmal vor dem Bundesvorstand der CDU über die Krankenversicherungsreform referiert.¹⁰¹ Wir haben damals einen Kompromiß gefunden, weil wir einsehen mußten, daß sich gewisse Dinge nicht so lösen ließen, wie es in der Vorlage vorgesehen war. Mir hat nachher der Vorsitzende des Sozialausschusses der Bundespartei, unser Freund Lünendonk – der gegenwärtig erkrankt ist –, erklärt, daß beim Hinausgehen von dieser Vorstandssitzung der für diese Dinge zuständige Mann im Sozialpolitischen Ausschuß des Bundestages ihm gesagt habe: Lassen die beschließen, was sie wollen, das kriege ich schon kaputt. (*Bewegung und Unruhe*.) Meine Herren! Ich muß das hier einmal sagen. (*Zuruf*: Warum jetzt erst!) Nun zur Sache! Es ist reizvoll für mich, da ich aus bitterer Erfahrung heraus mit minutiöser Genauigkeit Buch führe über die ganzen Dinge, Ihnen etwas über den Ablauf zu sagen. Die wesentlichsten Punkte der drei Gesetze sind – da hat Herr Katzer recht – nicht im Ministerium erfunden worden, sondern sie sind das Ergebnis einer Absprache mit der FDP.

Fest steht aber, daß die FDP nach einem Jahr, als wir die erste Regierungskrise hatten, in der Sache zu wackeln begann. Als wir dann das Kabinett Erhard bekamen, geschah etwas, das aus vielen Gründen richtig gewesen sein mag, aber für diese Arbeit

100 Zur Kritik an Scheppmann, der die Aufteilung des Krankenversicherungsbeitrags von 2/5 auf die Arbeitnehmer und 3/5 auf die Arbeitgeber „ersonnen“ habe, vgl. „Soziale Ordnung“ vom Februar 1964 S. 52. – Briefe nicht ermittelt.

101 Am 22. September 1960. Vgl. PROTOKOLLE 3 S. 827–830.

erwies es sich als falsch. Mischnick¹⁰² war nicht mehr Minister, aber Mischnick hat in sozialpolitischen Dingen eine klare sozialdemokratische Auffassung, und die vertritt er auch.

Nun fange ich damit an, wo Katzer etwas verschwiegen hat. Am 23. und 24. September des vergangenen Jahres haben wir in der Fraktion zwei Tage lang um die Dinge gerungen.¹⁰³ Wir haben ganz klare Beschlüsse gefaßt. Ich habe sie bei mir. Damals ist Katzer mit insgesamt 25 Freunden unterlegen in der Frage der Versicherungspflichtgrenze. Es ist beschlossen worden, auf DM 850,- zu gehen und nicht so hoch, wie er sich das mit seinen Freunden vorgestellt hatte. Was ich jetzt sage, bitte ich nicht als Spitze zu betrachten. Von dem Tage an hat Katzer keine Gelegenheit vorübergehen lassen, um zu erklären, daß die Krankenversicherungsreform Zeit habe.

Dann kam das mit dem Sozialpaket usw. Ich stelle das nur sachlich fest. Wie ist nun die politische Situation und was habe ich eigentlich getan?

Am Mittwoch steht als dritter Punkt auf der Tagesordnung im Plenum das Kindergeldgesetz. Am 4. März wird das Kindergeldgesetz im Deutschen Bundestag in 2. und 3. Lesung beraten.¹⁰⁴ Das war die Ausgangssituation für mich im Bundesvorstand und in der Fraktion. Das Ergebnis ist völlig klar – deshalb ist die Katzer'sche Vorstellung absolut unrealistisch –, denn es werden die FDP und auch die SPD dem Kindergeld in der Ausschußvorlage zustimmen, zumal sie sich auf ihre Beschlüsse seit 1954 berufen und auch noch sagen können, es ist sogar eine Regierungsvorlage.

Bis zur Stunde weiß ich nicht einmal, ob die FDP bereit ist, dem Änderungsantrag unserer Freunde zuzustimmen. Aber eines weiß ich mit absoluter Sicherheit, sowohl die FDP wie auch die SPD werden der Ausschußvorlage und damit der Regierungsvorlage zustimmen.

Nun habe ich die Frage gestellt: Glauben Sie, daß die Situation klarer würde – das ist der Katzer'sche Ausgangspunkt –, wenn der Bund den Beitrag übernimmt und die Entlastung der Wirtschaft nicht erfolgt? Die Mehrheit der Fraktion hat dies verneint. Nun haben wir einen untrüglichen Beweis. Ausgehend von der Besprechung, die der Herr Bundeskanzler erwähnte, haben nämlich die Herrn Balke und Stein diesen Plan vor etwa 15 Abgeordneten des Sozialpolitischen Ausschusses dargelegt und erklärt, man solle jetzt auf die Übernahme verzichten. Darauf erklärte der Abgeordnete Porten¹⁰⁵ – das war am 20. Februar: Wir sind nicht bereit, auf diese Übernahme zu verzichten.

102 Wolfgang Mischnick (geb. 1921), 1954–1957 MdL Hessen (FDP, Bundesvorsitzender der Dt. Jungdemokraten), 1967–1977 Landesvorsitzender FDP Hessen, 1957–1994 MdB (1961–1963 Bundesminister für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte), 1964–1988 stv. Parteivorsitzender, 1968–1991 Vorsitzender der FDP-Fraktion im Bundestag. – Erinnerungen: „Von Dresden nach Bonn: Erlebnisse – Jetzt aufgeschrieben“. Stuttgart 1991.

103 Diskussion zur Krankenversicherungsreform in den Fraktionssitzungen am 24. und 25. September 1963 (ACDP VIII-001-1009/3).

104 2. und 3. Lesung des Bundeskindergeldgesetzes am 4. und 6. März 1964 (Sten.Ber. 4. WP Bd. 54 S. 5416–5434 und S. 5586–5595).

105 Josef Porten (1908–1978), Bäckermeister, 1961–1969 MdB (CDU).

Nun, Kollege Katzer, wenn SPD und FDP plus der Mittelstandsgruppe dagegen sind, hat es dann überhaupt noch einen Funken von Realismus, wenn ich sage, das können wir noch ändern?

Ich war am Freitag in Königswinter, wo der Sozialpolitische Ausschuß und der Fachausschuß der Partei zusammen waren und die Dinge für den Parteitag vorbereitet haben. Nun sehen Sie sich an – das ist nicht geheim –, wie da die Sachen unter Mitwirkung des Herrn Katzer zustande gekommen sind. Ich habe nicht ein Wort dagegen gesagt. Hier steht:

„1. Der Parteitag stellt fest, daß aus Gründen, die die CDU nicht zu vertreten hat, unsere ständig erhobene Forderung nach einer modernen Gesellschaftspolitik nicht verwirklicht werden konnte. Der Parteitag fordert, die Gleichstellung der Arbeiter mit den Angestellten im Krankheitsfalle zu verwirklichen, d. h., den Arbeitern im Krankheitsfalle einen direkten Anspruch auf die Lohnfortzahlung gegenüber seinem Arbeitgeber zu gewährleisten.“

2. Eine Erhöhung des Kindergeldes, rückwirkend ab 1. Januar 1964 mit der Maßgabe, daß die Übernahme des Kindergeldes auf den Bundeshaushalt ab 1. Juli 1964 erfolgt.“

Das ist genau im Gegensatz zu dem, was Katzer für realistisch hält. (*Katzer*: Wie-so im Gegensatz? Das verstehe ich nicht!) Du hast die Auffassung vertreten, daß es möglich wäre, das Gesetz im Bundestag so zu verabschieden, daß die Übernahme nicht stattfindet. (*Katzer*: Nein!)

„3. Die Refom der gesetzlichen Krankenversicherung entsprechend dem ursprünglichen Plan ist nicht durchsetzbar, sondern nur auf der Grundlage der sozialen Enquete durchzuführen.“

Ich habe die Dinge so beurteilt – merkwürdigerweise haben sie der Parteivorsitzende und der Regierungschef genauso beurteilt –, weil ich das alles habe kommen sehen und wußte, daß in dem Augenblick, wo diese Belastung von einer Milliarde eintritt, eine ungeheure Sorge wegen des Lohnfortzahlungsgesetzes entsteht.

Ich muß jetzt versuchen, diese Koppelung unter allen Umständen aufrecht zu erhalten, selbst um den Preis, daß die Reform nicht ganz so wird, wie ich sie mir vorgestellt habe. Nun hat sich folgendes ereignet: In der Auseinandersetzung der Koalitionspartner vor dem Bundestag – das war das Erschütterndste, was ich je erlebt habe – sind diese vier verschiedenen CDU-Meinungen auf den Tisch gelegt worden¹⁰⁶,

¹⁰⁶ In der Sitzung des Bundestags am 23. Januar 1963 legte Blank den Entwurf eines Gesetzes über die Fortzahlung des Arbeitsentgelts im Krankheitsfalle (Lohnfortzahlungsgesetz – Drs. IV/817) sowie den Entwurf eines Bundeskindergeldgesetzes (Drs. IV/818) vor (Sten.Ber. 4. WP Bd. 52 S. 2413–2469). – In der Fraktion übten insbesondere Bernhard Winkelheide, Hans Katzer und Friedrich Kühn scharfe Kritik am Sozialpaket Blanks, während er Unterstützung fand von Heinrich Scheppmann, Josef Arndgen und Jakob Franzen (vgl. Sitzung vom 5. Februar 1963 – ACDP VIII-001-1009/2).

und die FDP hat ihrerseits mehrfach mir einen Zettel zugeschoben, auf dem stand, was denn nun eigentlich die CDU-Meinung sei. (*Katzer*: Ich war dabei!) Nach dieser Besprechung hat der Herr Bundeskanzler der FDP einen Brief geschrieben und gesagt: Ich tue es nicht nur deshalb, weil ich der Überzeugung bin, daß ein Scheitern der Verhandlungen beiden Koalitionspartnern zum Schaden gereichen muß, sondern auch, weil das deutsche Volk die Zeche zu bezahlen haben wird.¹⁰⁷

Weil sowohl der Herr Bundeskanzler Dr. Adenauer als auch der Herr Bundeskanzler Prof. Dr. Erhard gesagt haben, ein Kompromiß sei besser, als daß uns das passiert, was jetzt kommt, habe ich diese Verhandlungen aufgenommen. Zu welchem Ergebnis sind wir gekommen? Das ist relativ einfach darzustellen. Der ganze Streit spezifizierte sich auf folgende Frage zu: Die Freien Demokraten wollten die Einführung des Kostenerstattungssystems ab DM 850,- Einkommen, die CDU erklärte am Verhandlungstisch, das sei für sie völlig unakzeptabel, sie könne nur akzeptieren ab DM 1.250,-. Nun kam das Merkwürdige – das haben wir seit einem Jahr kommen sehen –, Herr Mischnick lehnte radikal unseren Vorschlag ab, es sei denn, man könne das Kostenerstattungsprinzip ab DM 850,- einführen.

In dieser Situation habe ich die Initiative ergriffen, und zwar mit ausdrücklicher Billigung der beiden genannten Herren, des Fraktionsvorstandes und der Fraktion. (*Gradl*: Das hat aber der Fraktionsvorstand in dieser Sitzung nicht gewußt, was Sie vorhatten. Das haben Sie nicht gesagt! – *Unruhe und Bewegung*. – *Schmidt*: Sie haben nur angedeutet, es gäbe einen Weg der Verständigung!) Lassen wir das doch sein; denn schließlich muß man sich gewisse Dinge überlegen, wenn man so etwas betreiben will, und darf sich nicht zu früh auf die Straße begeben. (*Anhaltende Unruhe*.) Wenn die CDU den Stein des Anstoßes fallenläßt und die Einführung des Kostenerstattungsprinzips akzeptiert – so habe ich der Fraktion und dem Vorstand vorgetragen –, dann wird ganz sicher der ursprüngliche Gedanke der mehr personalen Verantwortung nicht in dieser Reinheit verwirklicht.

Durch die Einführung des Kostenerstattungsprinzips werden 1. ungefähr drei Millionen der Sozialversicherten in dieses System überführt, d. h. sie treten in die Freiheit ein, die im allgemeinen die Privatpatienten haben. 2. 1,5 Millionen Arbeiter werden erstmalig aus der Pflicht entlassen und können nun ihrerseits frei entscheiden, ob und wo sie sich versichern wollen. 3. Es bleibt die Eigenleistung auch bei den Sozialversicherten für Arzneien usw. erhalten. 4. Wenn man sieht, daß diese Gruppe immer größer wird, muß das Fazit lauten, wenn auch nicht alles in letzter Klarheit und Reinheit zu erreichen ist, dann müssen immerhin Ansatzpunkte geschaffen werden.

Das hat nun den Vorstand wie die Fraktion bewogen, dem zuzustimmen, und zwar in klarer Erkenntnis dessen, wie die Dinge nun einmal politisch liegen. Nun hat mir Herr Stein in dieser Besprechung entgegengehalten – er hat mich nicht persönlich angesprochen, sondern die Regierung –, die Regierung hätte die Vertrauensfrage

¹⁰⁷ Nicht ermittelt.

stellen müssen. Ich stelle hier in diesem Kreis die Frage, ob die Bundesregierung in dieser Situation wegen einer solchen Sache das gegenüber der FDP tun soll?

Nun hat sich folgendes ereignet – und das kann kein Mensch in diesem Saal aus der Welt schaffen, auch Herr Katzer nicht –, wir haben 13 Abgeordnete im Ausschuß, die SPD hat auch 13 und die FDP hat drei. Die Mehrheit hat gegen uns beschlossen, die Krankenversicherungsreform nicht in der 2. Lesung zu beraten, daß aber das Kindergeldgesetz auf den Tisch kommt.

Da aber nach den Vorstellungen des Sozialpolitischen Ausschusses, auch wenn die Krankenversicherungsreform nicht kommt, die Lohnfortzahlung kommen muß, habe ich den Versuch gemacht, die beiden Dinge zusammenzuhalten. Die Absprache mit der FDP ging dahin – sie ist aber nicht durch mich, sondern durch die Spitzen der Fraktionen in den Koalitionsgesprächen getroffen worden –, daß die 2. Lesung beginnen könne.

Nun lesen Sie, was in den „Ärztlichen Mitteilungen“ steht. Ich weiß, daß ich etwas sage, was mir den Protest von allen Beteiligten einbringt. (*Unruhe und Bewegung.*) Nachdem also die Fraktion das beschlossen hatte, ging ein Mitglied des Hauses hin und erklärte noch am selben Nachmittag, als wir den Saal verließen: Nehmen Sie zur Kenntnis, nichts ist entschieden, alles ist noch offen, jahrelang werden Sie darüber noch reden und schreiben können. – Und dann ging das los.

Nun sind Sie mir aber nicht böse, wenn ich folgendes gegenüberstelle: In der Sendung „Die Woche in Bonn“ zum Wochenende hat Herr Barzel erklärt, daß sich die Koalition zusammengefunden habe in politischer Erkenntnis zu der von mir vorgelegten Kompromißlösung.¹⁰⁸ Darüber gebe es feste Beschlüsse bei den Fraktionen, die Experten hätten sich mit den Detailfragen zu beschäftigen. Das haben die Leute nun gelesen. Gleichzeitig lesen sie aber in allen Zeitungen – natürlich kann jeder seine Meinung äußern –: „Katzer: Keine Chance mehr für Sozialpaket“. Gleichzeitig lesen wir eine Presseverlautbarung, hinter der ein Mann steht, der die Dinge augenblicklich in der FDP jedenfalls in der Hand hat: „Die Reform der gesetzlichen Krankenversicherung bleibt auf der Tagesordnung.“¹⁰⁹

Nun frage ich Sie, wollen wir uns mit aller Gewalt den Schwarzen Peter einhandeln? Die FDP kann sich jetzt berufen auf diese Kompromißverhandlungen und auf die Billigung durch die Fraktionsvorstände und auf die Fraktionsbeschlüsse.

108 Der Kompromißvorschlag Blanks sah vor: 1) Der bisher vorgesehene Individualbeitrag in Höhe von 2 % für Arztkosten entfällt. 2) Die Pflichtversicherungsgrenze wird an DM 850.– festgesetzt. 3) Ab DM 1.250.– steuerpflichtiges Monatseinkommen tritt das Kostenerstattungssystem in Kraft. 4) Die bisherige Aufteilung von Arbeitgeber- und Arbeitnehmeranteil im Verhältnis von 50 zu 50 wird durch eine Aufteilung im Verhältnis von 40 (Arbeitgeber) und 60 (Arbeitnehmer) abgelöst. Vgl. zur Debatte darüber Protokoll der Sitzung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion am 30. Januar 1962 (ACDP VIII-001-1009/1 S. 181–191).

109 „Bonner Rundschau“ vom 25. Februar 1964 „Katzer: Keine Chance mehr für Sozialpaket. Krankenversicherungsreform soll vertagt werden“. – Karl MOERSCH in fdk Nr. 15/64 vom 31. Januar 1964 „Die Last der Kosten“.

Nun kommt das Schönste! Wir haben zwei Gruppen von Änderungsanträgen erarbeitet, und die FDP erklärt, einverstanden, wir akzeptieren diese Änderungsanträge. Dann haben wir aber nichts mehr in der Hand als die Vorstellungen, die die Herren Balke, Stein und einige andere entwickelt haben. Übrigens ist Herr Stingl wieder davon abgerückt. In einer Pressemitteilung hat er mich sehr gelobt, daß ich das so schön zunächst für mich behalten hätte, weil man erst einmal zu Ergebnissen hätte kommen müssen.¹¹⁰ Nun haben wir die FDP festgebunden an uns mit dieser Erklärung. Wir haben sie nicht mitgemacht. Es ist ganz klar, an wem es gescheitert ist. (*Katzer*: Es geht viel Zeit dabei verloren!) Herr Katzer, es hat niemand mehr gelitten und gearbeitet wie ich. Auch das muß man einmal sagen. Täten wir aber der FDP den Gefallen, von uns aus den Kompromiß fragwürdig zu machen, dann wäre genau das passiert, was wir vermeiden müssen, denn dann wäre es an uns gescheitert.

Nun sind hier politische Worte gesprochen worden, die ich für sehr gut halte. Einer der Herren hat gesagt, daß eine SPD/FDP-Koalition eine Wunschvorstellung von Willy Brandt wäre. Ich glaube, daß unsere Partei den kommenden Wahlkampf gewinnt. Ich bin aber klug genug, um in Rechnung zu stellen, daß wir auch nach der Wahl wieder einen Koalitionspartner brauchen. Ich gestehe freimütig, wenn ich heute dafür schon etwas tun könnte, würde ich dafür sorgen, die bisherige Koalition wieder zustande zu bringen; denn mit der SPD würde die CDU noch weitaus schlechter fahren als mit der FDP. Das wollen wir hier ganz klar herausstellen. Wir müssen diesen Weg gehen.

Nun finde ich es nicht in Ordnung, wenn man versucht, auf mich persönlich einzuschlagen. Ich kenne die Journalisten und weiß, woher diese Einkreisung kommt. Ich brauche bloß unter den Berichten und Meldungen ein J.S.¹¹¹ zu lesen, dann weiß ich, woher das kommt. Ich habe für die Christlich-Demokratische Union nie Verantwortung gescheut. Ich habe sie immer übernommen, auch in den unpopulärsten Situationen.

Hier geht es nicht um mich, sondern es geht um die Sache, und der Schaden wir, wenn wir ein derartiges Bild der Zerrissenheit bieten. Spätestens in einem halben Jahr fragt kein Mensch mehr danach, was im § 17 Absatz 2 Ziffer 3 dieses Krankenversicherungsgesetzes steht, sondern, Kollege Katzer, man wird fragen, ob man in der Lage war, mit einem solchen Gesetzgebungswerk fertig zu werden oder nicht.

Deshalb möchte ich, daß es über die Bühne geht. Das eine ist ganz sicher, es gibt noch Möglichkeiten, wenn wir über diese Schwierigkeiten einmal hinweg sind, in der nächsten Legislaturperiode. Aber jetzt zum zweitenmal an der Sache zu scheitern, nur weil wir uns nicht einig sind, das halte ich doch für politisch unklug, und das würde uns nur zum Schaden sein.

¹¹⁰ Nicht ermittelt.

¹¹¹ Möglicherweise Dr. Josef Stahl (geb. 1913), Journalist bei der WAZ.

Etzel: Inzwischen haben wir eine Diskussion gehabt, die das, was ich mir gedacht hatte, klassisch bewiesen hat: Was soll eigentlich passieren, wenn nun neben einem Leiter des Arbeitskreises und einem Berichterstatter noch ein zweiter kontroverser Berichterstatter auftaucht und die ganze Diskussion dann ins Plenum des Parteitages getragen wird? Das ist doch einfach nicht möglich. Ich bin auch ein Anhänger der Lohnfortzahlung. Ich habe Blanks Vorschlag zugestimmt. Ich bin aber genauso wenig gefragt worden, wie Sie, Herr Katzer. Aber eines ist doch ganz sicher, wir können doch nicht das, was sich hier in der Diskussion ergeben hat, nicht auf dem Parteitag machen. (*Zuruf:* Sehr richtig!) Das ist doch völlig ausgeschlossen. Wir würden das Erschrecken ganz Deutschlands erleben, wenn solche Dinge auf dem Parteitag in dieser Weise zum Ausdruck kämen.

Wir haben noch das Thema der sogenannten „Eigentumsdenkschrift“ der Kirchen zu behandeln.¹¹² Daß das hochkommt, ist klar. Wir haben so wichtige Probleme wie die der Steuergesetze, der Wirtschafts- und Währungsfragen usw. Alles das spielt doch eine Rolle. Und nun soll das alles an einem Nachmittag von 15 Uhr bis 19 Uhr durchdiskutiert werden! Das ist doch nicht vorstellbar; ganz sicher aber nicht mit zwei kontroversen Berichterstattern, und zwar bei einem System, wo der Berichterstatter für die Wirtschaftspolitik überhaupt fehlt. Wir müssen uns als Fraktion darüber verständigen, was auf dem Parteitag sein soll. Wir müssen einen zweiten Berichterstatter nennen, und ich würde Herrn Hellwig vorschlagen. (*Hellwig:* Ich kann nicht.) Dann schlage ich Herrn Dr. Schmidt vor.

Adenauer: Herr Etzel hat den Werdegang richtig dargestellt. Die Sache ist angekommen, weil die Wirtschafts- und Sozialpolitik zusammengefaßt sind und Herr Stingl als Berichterstatter vorgesehen ist, der in der Sozialpolitik eine prononcierte Stellung einnimmt. Ich finde es richtig, daß man für die Wirtschaft eventuell einen besonderen Arbeitskreis bildet und daß man für diese Fragen einen neuen Berichterstatter nimmt. Ich halte es nicht für ausgeschlossen, daß die Sache bis zum Parteitag in der Fraktion erledigt ist. (*Etzel:* Der Mittelstand ist gegen Blank. Ich glaube nicht, daß das hineinkommt. Der Mittelstand ist vor allem gegen die Lohnfortzahlung.) Es hat keinen Zweck, nun in ein langes Für und Wider einzutreten. Wir sind uns alle einig, daß etwas geschehen muß, damit die Partei nicht Schaden leidet.

Lücke: Ich schlage vor, daß bis zum Parteitag diese Frage auf der Parteiebene einschließlich Fraktion entschieden wird, und zwar so, daß die beteiligten Herren unter Ihrem Vorsitz zusammengezogen werden und dann entschieden wird. Es ist richtig dargestellt worden, daß die Gruppierungen in der Fraktion stimmenmäßig eine Konzeption nicht sicherstellen. Wenn wir mit dieser Konzeption in den Parteitag gehen, gibt es nicht nur einen Eklat darüber, wie weit dieser Grundsatz auf dem Spiel steht; denn es ist doch so, daß man jetzt schon in den Zeitungen von dem Nachfolger des Kollegen Blank spricht und dabei meinen Namen nennt. Ich halte es für unerlässlich, Herr Bundeskanzler, daß diese Frage vor dem Parteitag entschieden wird.

¹¹² Vgl. Nr. 13 Anm. 70.

Adenauer: Das muß Herr Barzel machen. Er ist jetzt Vorsitzender der Fraktion, und die Fraktion hat Beschluß zu den Vorlagen zu fassen. Was wir aber hier unbedingt verlangen müssen, das ist doch, daß nicht hinten herum gegen einen Fraktionsbeschluß Sturm gelaufen wird. Das darf nicht sein. Ich habe immer auf dem Standpunkt gestanden, wir wollen keinen Fraktionszwang haben, aber ich habe auch immer von Anfang an ausgesprochen, daß für jedes Parteimitglied der Beschluß der Fraktion, oder wer es sei, eine ernste Mahnung ist, sich zu fragen, ob er nun unter allen Umständen auf seinem Kopf beharren muß, oder ob er nicht die Geschlossenheit der Abstimmung darüber stellen kann. Das ist nach wie vor meine Meinung.

Herr Barzel will noch mehrere Abstimmungen in der Fraktion vornehmen. Darüber muß die Fraktion entscheiden. Aber hier handelt es sich um den Berichterstatter und um die dringende Mahnung – die sollten wir hier auch aussprechen –, daß jeder Beteiligte die Einheit der Fraktion und der Partei als das höchste Gut betrachten muß, aber nicht seine Ansicht nun unter allen Umständen durchsetzen will.

Es stellt sich die Frage, ob wir einen besonderen Arbeitskreis für Wirtschaft machen sollen. Ich möchte noch hinzufügen, der Herr Dahlgrün hat in seiner Etatrede von Steuerermäßigungen gesprochen. (*Etzel:* Er berät ein Gesetz im Ministerium! – *Schmidt:* Über die Vorlage des Steueränderungsgesetzes wird schon mit der Wirtschaft beraten! – *Unruhe und Bewegung.*) Stellen Sie sich wirklich vor, daß das real gedacht wäre? Machen Sie sich doch kein X für ein U vor. Von allen Seiten kommen jetzt Hiobsbotschaften in der Welt. Haben Sie kein Gefühl dafür? Denken Sie doch an die Inflation in Frankreich und in Italien! (*Schmidt:* Das muß uns bestimmen, die Steuern zu senken. Das ist die wichtigste Gesellschaftspolitik, die wir überhaupt vornehmen können.) Sie werden ja sehen, wenn der Etat aufgestellt wird für das Jahr 1965, wie die Welt aussehen wird. Es wird so sein, daß wir Steuerermäßigungen gar nicht vornehmen können. Das sind doch alles Träume, nichts wie Träume!

Sie haben von Herrn Dufhues gehört, wir wollen die Gesundheit pflegen und den Verkehr fördern, wir wollen die Wissenschaft in die Höhe bringen usw. Das ist alles richtig, aber: Wo du nicht bist, Herr Organist, da schweigen alle Flöten! (*Schmidt:* Das ist die einzige Form, die Wunschvorstellungen in unserem Volk auf einen rationalen Nenner zu bringen.) Nehmen Sie einmal unser Schulwesen und unsere Wissenschaft und vergleichen Sie damit das französische Niveau! (*Schmidt:* Deswegen haben die auch eine Inflation, weil die Wünsche uferlos befriedigt werden aus dem Mittelstand.) Ich würde mich mit Ihnen gern darüber unterhalten, warum die eine Inflation haben, aber das eine sage ich Ihnen, wenn wir das deutsche Volk bei dieser Art der Erziehung und der Wissenschaft lassen, dann sind wir in zehn Jahren selber ein unterentwickeltes Gebiet! (*Zurufe:* Sehr richtig!)

Dufhues: Sie werden die Sachprobleme nicht abschließend erörtern können; aber den Arbeitskreis III in Wirtschaftspolitik und Sozialpolitik zu trennen, dagegen habe ich ernste Bedenken. Das widerspricht erstens einer Tradition der Parteitage, wenn wir es jetzt trennten; zweitens, wenn das Thema „Sozialpaket“ bis zum Parteitag erledigt

sein sollte – Sie sollten sich hier einschalten, Herr Bundeskanzler, damit es erledigt wird –, besteht nicht mehr der Wunsch nach einer Trennung.

Ist es aber nicht erledigt, dann haben wir einen getrennten Arbeitskreis, wo dann geradezu ein Schlachten beginnen wird bei der Erörterung dieser Probleme. Es scheint mir deshalb zweckmäßig zu sein, es bei der Zusammenfassung von Wirtschafts- und Sozialpolitik zu belassen.

Etzel: Ich möchte das unterstützen. Ich glaube, die Behandlung der Wirtschafts- und Sozialpolitik in einem Arbeitskreis hat einen Neutralisierungseffekt. Das ist sehr wichtig. Es kommen eine Menge zusätzlicher Gesichtspunkte in die Diskussion, und die Dinge können sich nicht so verschärfen, wie es sonst der Fall wäre.

Katzer: Aus grundsätzlichen Erwägungen sollten wir die Sache zusammenlegen, und es sollte nicht jeder sein eigenes Nestchen bauen.

Adenauer: Wen wollen Sie zum Berichterstatter vorschlagen. (*Etzel:* Ich würde Herrn Schmidt vorschlagen! Herr Hellwig kann nicht.) Muß es denn sein, Herr Hellwig, daß Sie nicht können? (*Hellwig:* Ich muß nach Luxemburg, aber ich streiche gerne eine Verpflichtung.)

Dufhues: Sollen wir denn überhaupt trennen in zwei Berichterstatter? (*Zuruf:* Nein!) Wir haben mit der Leitung Herrn Wilhelmi und mit der Berichterstattung einen Parteifreund beauftragt, der Sozialpolitiker ist. Ich habe das Vertrauen zu Herrn Stingl, daß er objektiv berichten wird. (*Klepsch:* Haben wir denn bisher zwei Berichterstatter gehabt?) Nein, die haben wir nie gehabt. (*Etzel:* Ich glaube, Herr Stingl ist etwas überfordert wegen gewisser technischer Dinge auf dem wirtschaftlichen Sektor. – *Unruhe und Bewegung.*)

Katzer: Herr Etzel war beim letzten Mal auch Berichterstatter für die Sozialpolitik. Die Referenten waren Herr Schmücker und ich. Wir haben uns am Abend vorher verständigt. Sie haben dann, Herr Etzel, den Bericht über die Sozialpolitik genauso vorgetragen, wie wir uns das vorgestellt hatten. Der Berichterstatter kann also doch nur das vortragen, was am Abend vorher zwischen den Beteiligten abgestimmt worden ist. (*Zuruf:* Er kann auch etwas anderes sagen.) Von mir aus können Sie Herrn Scheppmann hinzunehmen. Das ist mir egal. Das hat aber nichts damit zu tun, daß in der Berichterstattung Raum für persönliche Bemerkungen offenbleibt. Sie können auch Herrn Lünendonk nehmen.

Adenauer: Ich würde es anstelle von Herrn Stingl ablehnen, Berichterstatter für die Wirtschaftspolitik zu sein. (*Etzel:* Wir könnten uns auch diesmal wieder vorher abstimmen. – *Dufhues:* Er braucht nur vorzulesen, was vorher abgestimmt worden ist.) Er muß aber doch berichten über die Vorgänge im Arbeitskreis. Das ist doch klar. Und bei jedem Bericht kommt es darauf an, ob man in einer Sache zu Hause ist oder nicht. Das ist auch klar. Ich glaube, Herr Stingl ist in der Wirtschaft nicht so zu Hause, wie in den sozialen Fragen. Dort ist er zu Hause, in der Wirtschaft ist er eben nicht zu Hause.

Katzer: Es gibt fünf Arbeitskreise. Wenn nun jeder Berichterstatter 15 Minuten redet, ist doch die Redezeit bereits erschöpft. Der Berichterstatter verliert die

Entschliebung, die der Arbeitskreis mit Mehrheit beschlossen hat. Das bleibt doch als Ergebnis übrig. Herr Etzel hat in Dortmund die Sozialpolitik mitvertreten. Ich habe das als wohltuend empfunden, daß das gemacht wurde. Diesmal wäre es dann umgekehrt.

Etzel: Ich habe etwas Sorge, ich habe nichts gegen Herrn Stingl, aber ich fürchte, daß er Schwierigkeiten haben wird bei der Formulierung.

Schmidt: Ich höre von Herrn Blank, daß Entschliebungen in den Sozialausschüssen vorbereitet werden. Wie ist das gedacht? Eben sagte der Herr Dufhues oder jemand anderer, wenn ich recht verstanden habe, daß dort Entschliebungen verlesen werden. (*Dufhues:* Nein, es wird berichtet!) Ich bin der Meinung, die Arbeitskreise haben keine Entschliebungen zu fassen, sondern einen Bericht zu geben. Über den Bericht wird nicht abgestimmt. Wenn aber Entschliebungen zur Sozialpolitik vorgelegt werden, dann tragen wir möglicherweise den Konflikt unter Überspringen des Arbeitskreises unmittelbar in das Plenum, zumal, wie wir vorgestern gehört haben, der Bundeswirtschaftsausschuß nicht das Recht hat, irgendeine Entschliebung vorzulegen, so daß möglicherweise hier eine Berichterstattung erfolgt, die im wesentlichen wiedergibt, was vorher behandelt worden ist, aber daneben ein Entschliebungsantrag der Sozialausschüsse läuft und im Plenum diskutiert wird.

Es besteht dann keine Möglichkeit, gegebenenfalls durch einen Änderungsantrag vorher im Arbeitskreis diese Entschliebung nach der wirtschaftspolitischen Seite so zu formen, daß daraus ein Gesamtbild entsteht, das für den Parteitag annehmbar wird. (*Etzel:* Wir sollten es so handhaben, wie in Dortmund. Dort sind die Entschliebungen von den Berichterstattern vorgetragen worden.)

Kraske: Nach der Geschäftsordnung müssen Entschliebungen in einem bestimmten Zeitraum vor dem Parteitag vorliegen. Es beschäftigen sich das Präsidium und der Vorstand vorher damit. Der Vorstand wird die vorliegende Entschliebung nicht ins Plenum, sondern in den zuständigen Arbeitskreis geben. Dann beschäftigt sich der Arbeitskreis damit. Wenn dann der Berichterstatter seinen Bericht gibt, wird er selbstverständlich auch auf die vorliegende Entschliebung eingehen, selbst wenn am Ende die Entschliebung vom Redaktionskomitee – wie es früher war und meist üblich ist – noch einmal in einer zusammenfassenden Form vorgetragen und erläutert wird. Es können natürlich nicht zum gleichen Thema der Bericht aus dem Arbeitskreis und die Erläuterung einer Entschliebung völlig auseinanderlaufen.

Hellwig: Es stellt sich die Frage, werden einzelne Entschliebungen zur Annahme gebracht, die aus den Arbeitskreisen kommen, oder wird wieder eine Gesamtentschliebung vom Parteitag, die das gesamte Feld der Tätigkeit der CDU betrifft, verabschiedet. Im Hinblick auf die Bundestagswahlen haben wir früher wiederholt statt vieler Einzelentschliebungen eine Gesamtentschliebung des Parteitages verabschiedet. Wie wird es im Hinblick auf die Wahl 1965 sein?

Dufhues: Aufgrund interner Besprechungen – ich habe darüber mit Herrn Dr. Adenauer gesprochen –, halten wir es für zweckmäßig, eine derartige Gesamtentschliebung nicht dem Bundesparteitag in Hannover anzuvertrauen. Dazu sind in

vielen Teilbereichen die Dinge nicht ausreichend vorbereitet. Jeder wird sich diese Themen ausmalen können. Deshalb ist vorgesehen, daß die Ergebnisse der Beratungen in den Arbeitskreisen später eingehend behandelt werden, auch in den Sitzungen des Bundesparteiausschusses, für die wir uns also Zeit lassen sollten, um dort zu Formulierungen zu kommen, die der Bedeutung des Wahlkampfes für das Jahr 1965 entsprechen. Ich wäre also dankbar, wenn Sie diesem Verfahren zustimmten.

Adenauer: Wir müssen beschließen, ob Sie es bei einem Berichterstatter belassen wollen. (*Zurufe:* Ja!) Aber bedenken Sie, meine Herren, wie das von seiten der Wirtschaft aufgefaßt wird.

Gratl: Herr Stingl ist sehr stark sozialpolitisch eingestellt. Insofern liegt darin eine gewisse Einseitigkeit. Gibt es nicht einen Mann, der auf beiden Seiten ungefähr die gleiche Geltung hat, so daß man sagen kann, er steht gewissermaßen über beiden Gruppen?

Adenauer: Ich glaube nicht, daß es ihn gibt. Jedenfalls wüßte ich keinen. (*Gratl:* Haben wir nicht einen Professor, der das kann?) Hören Sie mir mit den Professoren auf! (*Scheufelen:* Ich habe keine Bedenken, wenn Herr Stingl den Bericht erstattet. Es handelt sich nur um Tatbestände! – *Schmidt:* Ich wollte ja berichten!) Herr Kollege Schmidt ist bereit, die Berichterstattung für die Wirtschaft zu übernehmen. Sollten wir es nicht so teilen? Ich halte es jedenfalls für richtig. Herr Stingl kann freier und offener sprechen für die Sozialpolitik und ihre Belange, wenn er nicht gleichzeitig Berichterstatter für die Wirtschaft ist.

Scheufelen: Wir wollen die beiden Teile zusammennehmen, damit etwas Ausgewogenes dabei herauskommt. Wir wollen nicht zwei Gegensätze herausstellen. Wir sollten also das Vertrauen zu Herrn Stingl – wie überhaupt zu jedem Berichterstatter – haben, daß er in der Lage ist, über die Dinge ausgewogen zu berichten. (*Unruhe und Bewegung.*)

Adenauer: Lieber Herr Scheufelen! Ich kenne die Wirtschaft etwas. Und Sie kennen Sie doch auch. Lassen wir uns doch kein X für ein U vormachen. Dort wird man sagen, warum ausgerechnet der Herr Stingl – der zwar für die Sozialpolitik gut ist – nun auch noch für die Wirtschaft berichten soll. Das verstehen wir nicht.

Katzer: Jetzt sind wir wieder bei der Frage, die ich vorhin angesprochen habe. Wir täten uns viel leichter, wenn Sie vorher mit den Vorsitzenden der Ausschüsse und der Vereinigungen gesprochen hätten.

Der Arbeitskreis „Wirtschafts- und Sozialpolitik“ hat Herrn Wilhelmi als Vorsitzenden, und zwar einen Wirtschaftspolitiker. Damit nun nicht einseitig die Wirtschaft hier vertreten ist, hat man als Berichterstatter Herrn Stingl vorgesehen. (*Dufhues:* Genauso ist es!)

Schmidt: Ich stehe hinter der Konzeption von Blank. Gerade deshalb halte ich es für falsch, nun die beiden Berichterstatter Scheppmann und Stingl vorzusehen. Auch ich habe das Vertrauen, daß Herr Stingl objektiv berichten wird, zumal er diesen Bericht in Zusammenarbeit mit den Herren Wilhelmi, Etzel und Katzer machen kann. Wir haben immer diesen Bericht gemeinsam erarbeitet. Er wird also nicht in die Lage

kommen, irgend etwas zu berichten, was nicht den Verhandlungen entspricht. Deshalb bitte ich darum, Herr Bundeskanzler, es zu belassen, wie es vorgesehen ist, denn [das] ist doch wohl die gemeinsame Überzeugung hier. (*Zurufe: Sehr richtig!*)

Adenauer: Ich gebe den Widerstand auf! Bitte beschließen Sie das so, und dann können wir fortfahren.

Klepsch: Bei dem Arbeitskreis V „Agrarpolitik“ bedrückt mich, daß alle drei Personen in einer bestimmten Richtung festgelegt sind. Hätte nicht die Möglichkeit bestanden, einen der drei Herren aus einer anderen Richtung zu nehmen?

Dufhues: Ich weiß nicht, welche Richtung Herr Klepsch hier meint. Ich habe selten eine solche Einigkeit erlebt wie beim Agrarpolitischen Arbeitskreis. Es ist zu harten Auseinandersetzungen gekommen zwischen den Vertretern der klassischen und den Vertretern der modernen Richtung, aber sie haben sich dann wieder unter Herrn Niermann geeinigt. Es ist hier schon fruchtbare Vorarbeit geleistet worden. Die Herren Tillmann und Struve waren dabei.

Katzer: Trotz Ihrer Bemerkung, Herr Dufhues, möchte ich Herrn Klepsch unterstützen. Hier müßte eine Persönlichkeit hinein, die sich vor allem den Fragen der Verbraucherpolitik zuwendet. Wir können doch unmöglich nur Präsidenten von Bauernverbänden und aktive Landwirtschaftsminister mit diesen Fragen befassen. Diesen Grundsatz möchte ich natürlich auch für die Landwirtschaft anerkannt wissen.

Adenauer: Sie haben völlig recht, Herr Katzer, aber ich habe eben nachgegeben; bitte, geben Sie jetzt auch nach! (*Lebhafte Heiterkeit und Bewegung.*)

Dufhues: In dem Bericht werden naturgemäß auch die Fragen angesprochen, die Ihnen am Herzen liegen. Aber hier bin ich bei meinen Überlegungen abgewichen von der grundsätzlich richtigen Haltung. Uns kam es darauf an, alle unsere Agrarpolitiker auf ein agrarpolitisches Aktionsprogramm zu einigen.

Wir brauchen endlich Klarheit unter unseren Bauern. Wir wollen die Bauern wieder fest um die CDU scharen. Das scheint mir ein konkretes Ziel für 1965 zu sein. Deshalb bin ich hier abgewichen von der Meinung, die Sie hier – grundsätzlich richtig – vertreten haben.

Dittmar: Ist sichergestellt, daß nicht eine Entschließung oder ein Vortrag dabei herauskommt, was nun im Plenum aus politischen Gründen von einigen Parteifreunden eine negative Kommentierung erfährt?

Adenauer: Wie kann das jetzt sichergestellt werden? (*Zurufe: Sehr richtig! – Welch eine Frage von Herrn Dittmar! – Unruhe.* – *Dufhues:* Es wird beraten und diskutiert, und zwar soweit wie möglich. Vielleicht wird es sichergestellt auf dem Parteitag!) Wir verstehen darunter folgendes: Wir können nicht immer mit Grünen Plänen arbeiten, sondern wir müssen auch einmal eine Linie haben für die Landwirtschaft, wohin der Weg gehen soll.

Und hier ist Herr Niermann schon lange bei der Vorbereitung. Ich habe ihn nicht selbst gesprochen, aber er hat einen guten Ruf. Herr Dufhues hat eben gesagt, daß sich die ganze Gesellschaft aufgrund der Ideen von Herrn Niermann geeinigt hat. Und wenn sich ein paar Landwirte einigen, dann ist das schon allerhand! (*Lachen*)

und Heiterkeit.) Ich würde es auch begrüßen, wenn in diesem Arbeitskreis auch ein Vertreter der Konsumenten wäre, denn die müssen doch – Herr Katzer hat völlig recht – das Zeug fressen. (*Lebhafte Heiterkeit.*)

Klepsch: Wäre es nicht gut, als Bundesvorstand in Rechnung zu stellen, daß auf einem Parteitag für lange Zeit irgendeine Linie für die CDU angekündigt wird, so daß er dann sagen kann, er habe das vorher kommen sehen? (*Lebhafte Unruhe und Bewegung.* – *Zurufe:* Was heißt das? – Das ist unklar! – *Fay:* Vielleicht eine revolutionäre Idee!)

Adenauer: Was soll der Bundesvorstand vorhersehen? Für was soll denn der Parteitag noch da sein? (*Anhaltende Unruhe.* – *Lücke:* Wir haben in mehreren Ländern Kommunalwahlen. Warum ist das nicht angesprochen worden?)

Dufhues: Ich bin der Meinung, daß die Landesverbände entsprechende Parteitage durchführen sollten, die sich speziell mit dem Problem der Kommunalpolitik befassen. Für Westfalen findet er am 2. Mai statt.¹¹³ Sie sind herzlich eingeladen, Herr Lücke! (*Lücke:* Es ist für die CDU unerlässlich, daß sie mehr Kommunalpolitik betreibt! Die SPD und die FDP machen es auch! – *Zuruf:* Sehr richtig!) Aber ich kann nicht alles tun.

Dichtel: Ich habe heute in der „Bonner Rundschau“ folgende Schlagzeile gelesen: „Konrad Adenauer soll Chef der CDU bleiben. Blanks Wiederwahl ins Parteipräsidium ist umstritten.“ Deshalb frage ich, ob heute nicht darüber gesprochen werden soll, zumal wir in Hannover kurz vor dem Parteitag nur noch einmal flüchtig zusammenkommen.

Adenauer: Herr Dichtel, ich will Ihnen die Meinung des Herrn Krone sagen, der gestern bei der Besprechung dabei war. Er meint, es fehlten heute so viel hervorragende Mitglieder – von Herrn Gerstenmaier angefangen –, daß es zweckmäßig sei, die Frage der Wahlen nicht anzuschneiden, sondern das der Bundesvorstandssitzung in Hannover zu überlassen. (*Fay:* Herr Gerstenmaier hat sich bereits in der letzten Sitzung des Bundesparteiausschusses für die Wiederwahl von Herrn Dr. Adenauer ausgesprochen! – *Mehrere Zurufe:* Sehr richtig!)

Dichtel: Ich bin nicht erpicht darauf, nun unter allen Umständen heute diese Diskussion auszuweiten, aber ich meine doch, auch wenn die sogenannten „allerhöchsten“ Mitglieder nicht anwesend sind, werden wir es auch vernünftig machen. Es wäre für uns alle und auch für die Öffentlichkeit viel besser, wenn wir jetzt über die Wahl sprächen und zu einer Einmütigkeit dabei kämen. (*Zurufe:* Sehr richtig!)

Adenauer: Jetzt muß ich das Lokal verlassen. Müssen wir aber nicht vorher noch den Punkt 3 der Tagesordnung, Gründung eines Wirtschaftsrates der CDU e.V.,

¹¹³ Der Landesparteitag war ursprünglich für den 2. Mai angesetzt worden. Der Landesvorstand verschob diesen Termin auf der Landesvorstandssitzung am 18. April 1964 (Protokoll in ACDP III-002-37/1) auf den 20. und 21. November 1964 in Dortmund. Vgl.: Lebensfragen der modernen Gesellschaft (Protokoll des Landesparteitages der CDU Westfalen-Lippe vom 20./21. November 1964 in Dortmund). Dortmund 1964.

erledigen? (*Zuruf:* Wir können das in Hannover machen. – *Etzel:* Nein, ich würde bitten, die Frage des Wirtschaftsrates heute zu erledigen. Es muß doch gearbeitet werden!) Wir haben dann noch die Wahlen und den Punkt Verschiedenes zu erledigen. Bitte übernehmen Sie jetzt die Leitung, Herr Dufhues! (*Dufhues:* Ich möchte Ihnen Gesellschaft leisten, Herr Bundeskanzler!) Das können Sie gleich tun!

Dr. Adenauer verläßt den Raum.

KANDIDATUREN FÜR DEN BUNDESVORSITZ

Dufhues: Meine Damen und Herren! Wir sind noch beim Parteitag. Der Parteitag sieht Wahlen vor. Ich bin nun in die Lage versetzt, diese Verhandlungen zu leiten. Ich darf mich aber darauf beschränken, das Wort zu erteilen. Herr Dr. Klepsch!

Klepsch: Ich habe zwei sachliche Vorschläge. Der eine richtet sich gegen die Bestimmung, die wir in unseren Statuten getroffen haben; dort steht, daß wir zwei Geschäftsführende Vorsitzende haben.

Dufhues: Wir haben einen Geschäftsführenden Vorsitzenden und einen stellvertretenden Geschäftsführenden Vorsitzenden. (*Klepsch:* Ich bin darauf angesprochen worden, ob denn der stellvertretende Geschäftsführende Vorsitzende irgendwelche Kompetenzen hat.) Er hat die Kompetenz, den Geschäftsführenden Vorsitzenden zu vertreten, wenn dieser verhindert ist. Sonst ist er Mitglied des Präsidiums. Ich möchte aber darum bitten, jetzt nicht Fragen zu behandeln, die nichts mit der Person von Herrn Dr. Adenauer hinsichtlich seiner Wahl zu tun haben. (*Zurufe:* Sehr richtig!)

Dichtel: Nachdem dieser Artikel heute in der Presse gestanden hat, schaden wir der Partei und uns selber, wenn wir in dieser Frage nicht eine eindeutige und klare Mehrheit haben. Ich hatte erwartet, daß der Herr Bundeskanzler von sich aus eine Willenserklärung dazu abgegeben hätte, daß er nämlich das Amt des Bundesvorsitzenden noch weiter übernehmen will. Wir haben aber nichts gehört.

Deshalb muß ich Sie doch fragen, Herr Dufhues, ob der Herr Bundeskanzler gewillt ist, noch einmal eine Periode lang dieses Amt zu übernehmen? Wenn es so ist, dann sollten wir möglichst schnell in einem eindeutigen Beschluß unsere Dankbarkeit und unser Vertrauen zu ihm zum Ausdruck bringen. Wir sollten also heute noch diese Frage erledigen.

Dufhues: Ich bin Ihnen für diese Worte sehr dankbar. Naturgemäß habe ich mit Herrn Dr. Adenauer über die Frage des Parteivorsitzenden gesprochen. In einer Unterhaltung vor einiger Zeit hat er mir gegenüber seine Bereitschaft erklärt. Er hat aber auch gesagt: Ich muß Entlastungen haben in diesem Amt. Deshalb gehe ich davon aus und bitte Sie darum, die Funktion wahrzunehmen, die mit dem Amte des Geschäftsführenden Vorsitzenden verbunden ist.

Ich habe lange gezögert; denn es ist keine leichte Arbeit und kein leichtes Amt. Schon viele, die mit einem gewissen Wunderglauben an diese Dinge herangegangen sind, sind enttäuscht worden.

Aber ich bin bereit. Das schulden wir der Harmonie und der Einheit dieser unserer Partei, die vor schwersten Entscheidungen steht. Ich bitte Sie also, mich nicht zu überfordern und auch von Herrn Dr. Adenauer keine Wunder zu verlangen. Es ist ein hartes Geschäft! Die letzten Jahre gehören zu den bittersten Stunden, die ich in der CDU erlebt habe.

Also, Sie können davon ausgehen, daß Herr Dr. Adenauer bereit ist und ich auch.

Ich darf Ihnen vorschlagen, der Bundesvorstand möge beschließen, Herrn Dr. Adenauer aufzufordern, das Amt des Ersten Bundesvorsitzenden der Christlich-Demokratischen Union weiterhin für die nächste Wahlperiode zu übernehmen.

Kraske: Ich glaube, der Bundesvorstand kann nur auffordern, daß er sich für das Amt noch einmal zur Verfügung stellt. Sie haben aber „übernehmen“ gesagt. Das muß der Parteitag beschließen.

Dufhues: Wenn wir sagen, ihn zu bitten, das Amt zu übernehmen, kommt es auf dasselbe hinaus. (*Kraske:* Sich zur Verfügung zu stellen!)

Gradl: Wir bitten ihn, sich zur Verfügung zu stellen.

Amrehn: Der Bundesvorstand kann das dem Parteitag vorschlagen.

Burgbacher: Ich würde vorschlagen, daß wir dasselbe mit dem Geschäftsführenden Vorsitzenden machen. (*Dufhues:* In meiner Abwesenheit! – *Zurufe:* Nein, nein, hierbleiben!)

Dufhues: Darf ich Sie dann bitten, Herr Dichtel, wenn ich Herrn Dr. Adenauer vorgeschlagen habe, das Wort zu ergreifen. (*Dichtel:* Ja!) Ich darf dann den Herrn Dr. Adenauer wieder zurückrufen. Herr Bundeskanzler! Darf ich Sie bitten, wieder hereinzukommen.

Dr. Adenauer kommt in den Saal zurück und wird mit sehr starkem Beifall begrüßt.

Herr Bundeskanzler! Ich darf Ihnen als einstimmigen Beschluß des Vorstandes der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands mitteilen: „Der Bundesvorstand bittet Sie, und zwar einstimmig, sich auf dem Bundesparteitag der CDU in Hannover erneut zur Wahl als Ersten Vorsitzenden der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands zur Verfügung zu stellen.“ Der Bundesvorstand hat ebenso einstimmig beschlossen, „Sie dem Bundesparteitag zu dieser Wahl vorzuschlagen“. Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie diese Aufgabe erneut übernehmen. Das ist die Auffassung des gesamten Vorstandes.

Und nun darf ich, bevor Sie sprechen, Herr Bundeskanzler, zunächst Herrn Dichtel bitten. (*Dichtel:* Vielleicht können wir zunächst die Erklärung des Herrn Bundeskanzler hören, ob er annimmt.)

Adenauer: Ich möchte ein Wort sagen. Ich habe sehr geschwankt, ob ich das Amt annehmen soll oder nicht. Ich will Ihnen auch sagen, warum. Erstens kommt doch mehr Arbeit auf mich zu, als ich gedacht hatte. Zweitens habe ich

mich davon überzeugt, daß das Schreiben meiner Memoiren für unsere Partei und für die deutsche Geschichte eine absolute Notwendigkeit ist; denn bei den verschiedensten Gelegenheiten habe ich gesehen, daß alles das, was gewesen ist, bereits im Gedächtnis der Menschen mehr oder weniger schwindet. Gerade die ersten Jahre nach der Schaffung des Bundes sind für unsere Partei eine außerordentlich wichtige Sache.

Aber nun muß ich Ihnen sagen, ich kann an meinem Geburtsschein nichts ändern. Der steht fest. Das müssen Sie also hinnehmen. Dann kam die Erkrankung unseres Freundes von Brentano. Er wird sicher auch noch eine geraume Zeit der Arbeit fernbleiben müssen. Sein Ausfall – wenigstens für eine gewisse Zeit kann man von einem Ausfall sprechen – ist auch für unsere Partei ein großer Schaden. Es ist so, daß die Leute aus der ersten Gründerzeit unserer Partei leider mehr und mehr abtreten müssen.

Nun hat man mit mir darüber gesprochen und mich gebeten, wenn ich vorge schlagen und wenn der Parteitag mich wählen würde, diese Wahl anzunehmen. Nun, ich habe mich entschlossen, diese Wahl anzunehmen, weil ich die Überzeugung habe, daß ich es noch leisten kann. Wenn ich es nicht leisten könnte, würde ich sagen: Ich danke für die Ehre, das ist sehr nett von Ihnen, aber bitte sehen Sie sich nach einem anderen um. Aber ich glaube, ich kann es noch leisten, und daß es im Interesse der Partei gut ist, wenn ich bleibe.

Das klingt zwar etwas vermessen, aber das ist der Hauptbeweggrund für mich – ich sage das in aller Offenheit –, weil mein Name Adenauer nun einmal, und zwar durch eine Fügung, damit verbunden und nicht davon zu trennen ist. (*Langanhaltender, starker Beifall.*)

Dichtel: Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Ich glaube, Herr Bundeskanzler, Sie werden mit mir der Meinung sein, daß es gut war, diese Frage heute zu erledigen. Dann hat auch die Presse etwas zu tun. Von uns aus ist es eine wunderbare Sache, wenn wir sagen können, diese Frage ist in aller Kürze einstimmig gelöst worden.

Ich darf die Gelegenheit benutzen und Ihnen unseren herzlichen Dank aussprechen. Wir freuen uns über Ihren Entschluß. Was Sie zum Schluß gesagt haben, ist für uns das Wesentlichste gewesen; Sie sind der Garant für unsere Partei.

Nun wird es etwas leichter für Sie insofern sein, weil Sie in Herrn Dufhues den Geschäftsführenden Vorsitzenden haben. Wir wissen, wenn er sich ganz einsetzt, werden Sie es schaffen können. Ich möchte auch Herrn Dufhues recht herzlich danken für die ausgezeichnete, wenn auch nicht übermäßig dankbare Organisationsarbeit, die er geleistet hat. (*Starker Beifall.*) Ich weiß, daß man von der Organisationsarbeit in der Öffentlichkeit nicht allzuviel zeigen kann. Gerade wir Landesvorsitzenden sind ihm sehr dankbar, wenn wir auch gelegentlich mit ihm hintereinandergeraten sind, aber das liegt ja am Temperament der jeweiligen Kontrahenten. Noch einmal ein herzliches Wort des Dankes, und wir sollten Herrn Dufhues wieder als Geschäftsführenden Vorsitzenden vorschlagen. (*Beifall.*)

Adenauer: Ich darf noch ein Wort hinzufügen zu dem, Herr Dichtel, was Sie gesagt haben. Das Verhältnis zwischen Herrn Dufhues und mir ist sehr gut.

Darf ich Sie fragen, Herr Dufhues, ob Sie die Wahl annehmen?

Dufhues: Ich darf Ihnen ebenso herzlich danken. Es ist keine leichte Aufgabe, Herr Bundeskanzler, aber ich bin bereit, gemeinsam mit Ihnen diese Aufgabe zu lösen, und erkläre mich dazu bereit. *(Starker Beifall.)*

Adenauer: Ich darf feststellen, daß damit der Punkt Wahlen erledigt ist. Wir kommen nunmehr zum Punkt Verschiedenes.

GRÜNDUNG DES WIRTSCHAFTSRATES DER CDU e.V.

Dufhues: Wir müssen noch über die Gründung des Wirtschaftsrates sprechen. Ich nehme an, daß uns das nicht lange in Anspruch nehmen wird. Hier ist eine gewisse Meinungsverschiedenheit insofern aufgetreten, ob es richtig war, dem Wirtschaftsrat den Namen „Wirtschaftsrat der CDU e.V.“ zu geben. Wir haben das Recht, den Namen „CDU“ in dieser Vereinigung zu widerrufen.

Ich will Ihnen die Gründe sagen, warum wir diesen Namen gewählt haben. Wir haben Ausschüsse, die die Bundespartei zu beraten haben. Sie haben aber nicht das Recht, an die Öffentlichkeit zu treten und Verlautbarungen herauszugeben, ohne daß der Bundesvorstand dies genehmigt hat. Uns liegt aber daran, einen unmittelbaren Kontakt zu den Kräften vor allem der unternehmerischen Wirtschaft zu haben. Und da wir wissen, daß hier eine gewisse Abneigung besteht, Mitglied einer politischen Partei zu werden, schien es uns richtig zu sein, hier einen Verein zu gründen, in dem die Begegnung zwischen den Kräften der Partei und Abgeordneten und den Kräften der unternehmerischen Wirtschaft stattfindet, damit wir dort unsere Auffassung vertreten können, aber auch die Wirtschaft ihre Meinung äußern und Anregungen geben kann.

Das ist zugleich eine Vorstufe in dem Bemühen, die Kräfte der Wirtschaft stärker an die Partei heranzuführen. Wenn sich diese Zusammenarbeit in der Vereinigung nach einiger Zeit bewährt hat, dann werden wir auch hier Kräfte gewinnen, die Mitglied der CDU werden. Daß Unternehmen mitunter meinungsbildend sein können, sollte man nicht verkennen.

Etwas Ähnliches sollten wir auch auf anderen Gebieten tun. Aber das können wir später machen. Es gibt Überlegungen, gemeinsam mit der CSU auch einen Kulturberrat der Union zu schaffen, in dem ein ähnlicher Gedankenaustausch herbeigeführt werden soll zwischen der CDU/CSU und den Bildungsschichten, ob es nun Publizisten, Dichter, Künstler, Professoren usw. sind, und zwar mit der Absicht und in der Hoffnung, sie in die Partei einzuführen. Wir glauben, daß es gut ist, auch hier einen solchen Vorraum zu schaffen, um Sympathien für die CDU zu wecken.

Der Name ist nur geliehen; wir können ihn widerrufen, wenn der Vorstand nicht nach den Vorstellungen der CDU zusammengesetzt ist. Wir wollten keine verwaschene Formulierung wählen. Wir wollen auch nicht die Zahl der Vereine zur Förderung der

Sozialen Marktwirtschaft¹¹⁴ – um nur ein Beispiel zu nennen – vermehren, sondern wir wollen bewußt auf die CDU hinweisen.

Schmidt: Ich habe ein großes Bedenken, daß sich dieser Wirtschaftsrat entwickeln könnte wie der Wirtschaftsrat in Bayern. Dort ist er praktisch ein Gremium geworden, ohne das heute ein Wirtschaftspolitiker weder in der Bundestagsfraktion noch in Bayern selbst irgendeine Entscheidung trifft. Das ist fast eine befehlsgebende Station geworden. Das ist eine unerfreuliche Entwicklung. Ich möchte bitten, daß das nicht hier in der Bundespartei geschieht.

Etzel: Herr Kollege Schmidt! Ich glaube, dieser Ausspruch war etwas übertrieben. Ich bestreite nicht, daß in der CSU der Wirtschaftsrat eine Rolle spielt und zugunsten der CSU eine große Werbung betreibt, es ist aber nicht so, daß er der Befehlsstand der CSU geworden wäre.

Im übrigen haben wir es nicht mit der CSU, sondern mit uns zu tun. Dieser Wirtschaftsrat der CDU ist gegründet worden von alten und verantwortlichen Mitgliedern der CDU.¹¹⁵ Vorsitzender ist Herr Scheufelen. Ich gehöre zum Geschäftsführenden Vorstand, auch Herr Schmücker. Wir sind alle in der CDU verantwortlich. Wir wollen damit erreichen, eine Stimme in der Wirtschaft und ein Briefkasten für das zu sein, was sich in der Wirtschaft tut. Wir wollen unseren Kollegen im Bundestag und in den Ländern Kontakte geben mit den breiten Schichten der Wirtschaft. Wir müssen es erproben.

Wenn Mist gemacht wird, besteht jederzeit das Recht des Namensentzuges. Wir sind noch keine Vereinigung. Das Ganze muß sich noch in dieser Richtung entwickeln. Solche Gedanken schweben bei einer Reihe von unseren Freunden. Dazu muß aber die Vereinigung „Mittelstand“ aufgelöst werden. Das ist eine gewisse Schwierigkeit. Sie brauchen aber keine Sorgen zu haben; denn der Wirtschaftsrat ist gegründet worden, um der CDU zu dienen.

Katzer: Ich möchte die Bedenken von Herrn Schmidt unterstreichen. Fragen Sie mal Herrn Blank, was gewesen ist, als sich der Wechsel im Verteidigungsministerium vollzogen hat.¹¹⁶ Aber das will ich nicht in den Vordergrund stellen, sondern nur

114 Vereine zur Förderung der Sozialen Marktwirtschaft waren z. B. die am 23. September 1952 gegründete DIE WAAGE (Gemeinschaft zur Förderung des sozialen Ausgleichs) und die im Januar 1953 gegründete Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft (ASM). Vgl. Franz GREISS: Erhards Soziale Marktwirtschaft und DIE WAAGE. In: Gerhard SCHRÖDER/ Alfred MÜLLER-ARMACK (Hg.): Ludwig Erhard. Beiträge zu seiner politischen Biographie. Festschrift zum 75. Geburtstag. Berlin 1972 S. 89–110; Otto LAUTENBACH: Entscheidung für die Freiheit. Wortlaut der Vorträge, die auf der ersten Arbeitstagung der Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft am 20. und 21. Mai 1953 in Bad Nauheim gehalten wurden (Wiedergabe der Dimafon-Aufnahme). Bad Nauheim 1953.

115 Die konstituierende Mitgliederversammlung des Wirtschaftsrates fand am 9. Dezember 1963 statt. Vgl. Tätigkeitsbericht 1963–1965. Bericht über die Tätigkeit des Wirtschaftsrates der CDU seit der Gründungsversammlung am 9.12.1963 bis zum 30.6.1965, vorgelegt der Mitgliederversammlung am 9.7.1965. Bonn 1965.

116 Zum Wechsel von Blank zu Strauß vgl. SCHWARZ: Bundesrepublik 3 S. 301 f., 357 f.

sagen, mit dem Ziel dieser Sache bin ich einig, nur ist es notwendig, daß eine stärkere Mitarbeit der Unternehmer in der Union erreicht wird. Das bejahe ich.

Was ich bemängele, ist folgendes: Ich habe Bedenken gegen die Form und gegen die Verfahrensweise. Herr Dufhues hat mir am 27. einen Brief geschrieben, wonach die Errichtung des Vereins durch das hierfür zuständige Präsidium der CDU einstimmig gebilligt worden sei.¹¹⁷

Entschuldigen Sie, Herr Dufhues, daß ich Ihnen ganz deutlich sage, ich glaube nicht, daß das Präsidium dafür zuständig ist. Ich gehe noch weiter und sage, satzungsgemäß findet diese Gründung nicht die geringste Stütze, denn es ist keine Vereinigung. Ich bin der Auffassung, daß sich diese Vereinigung deshalb vollzieht, damit die Sozialausschüsse einen Gesprächspartner bekommen. Ich bin gerne bereit zu Auseinandersetzungen mit dem Unternehmertum, aber ich habe erhebliche Bedenken gegen eine Sonderorganisation, die nicht nur den Namen „CDU“ trägt, sondern die auch eine eigene Geschäftsführung hat. Diese Organisation müßte die Rechtsform einer Vereinigung erhalten. Nach Paragraph 29 unseres Parteistatuts¹¹⁸ ist diese Rechtsform abhängig von einem Beschluß des Bundesparteitages. Der Name „Wirtschaftsrat der CDU“ ist beanstandet worden.

Ich habe es bedauert, Herr Dufhues, daß Sie diesen Briefwechsel geführt haben. Ich hätte es für sinnvoller gehalten, hier ein Gespräch stattfinden zu lassen. Ich habe den Eindruck, daß die Mitarbeit der Vereinigungen längst nicht in dem engen Maße erfolgt, wie ich das für wünschenswert halte; daß wir nur alle Jahre eine Routinesitzung machen, das ist nicht sehr angenehm. Wenn solche Punkte auf der Tagesordnung des Präsidiums stehen, dann scheint es mir ein Grund mehr dafür zu sein, die Vorsitzenden der Ausschüsse dazu zu bitten. Das wäre zur Verlebendigung der Union sicher dienlich.

Hier heißt es im Paragraphen 1: „Der Verein trägt den Namen ‚Wirtschaftsrat der CDU, eingetragener Verein‘.“ Das ist auch eine Frage, die geprüft werden muß. Wie ist dieses Verhältnis? Im Paragraphen 2 letzter Absatz heißt es: „Der Verein verfolgt keine Erwerbsziele und ist keine Parteiorganisation.“ (*Etzel*: Aus steuerlichen Gründen!) Ich wehre mich dagegen, daß es heißt: „Der Wirtschaftsrat ist keine Parteiorganisation.“ Dabei weiß jeder, daß die Vereinigung mit dem, was sie tut, der Partei gegenüber verantwortlich ist. Hier ist das aber nicht sichergestellt, im Gegenteil, hier ist ausdrücklich festgestellt: Es ist keine Parteiorganisation.

117 Behandelt bei der Sitzung des Parteipräsidiums am 13. Januar 1964 (ACDP VII-001-054/1). Zum Wirtschaftsrat der CDU e.V. vgl. Anm. 115; KLEINMANN: CDU-Geschichte S. 146–148.

118 Nach § 29 kann der Bundesvorstand „zu seiner Unterstützung und Beratung Fachausschüsse bilden“. Die Paragraphen 30–32 behandeln die Sonderorganisationen der Partei. In § 31 heißt es u. a.: „Die Gründung von Vereinigungen ist von dem Beschluß des Bundesausschusses abhängig, der durch die Änderung des § 30 bestätigt werden muß.“ Vgl. Die Christlich Demokratische Union Deutschlands. Geschichte – Idee – Programm – Statut. 4. Aufl. Bonn 1965 S. 71 f.

Wenn also der Wirtschaftsrat morgen etwas beschließt, kann kein Gremium der Partei sagen: Das dürft Ihr nicht tun; es sei denn, Sie nehmen die Mittel zurück. Das sind also die Bedenken, die ich hier vortragen muß.

Wir haben uns im Hauptvorstand der Sozialausschüsse mit der Sache befaßt. Meine Bitte, Herr Etzel, geht dahin, arbeiten Sie darauf hin und schaffen Sie auf dem nächsten Parteitag die satzungsgemäßen Voraussetzungen, die sich aus dem Statut für die Vereinigungen der Union ergeben. Geben Sie diese Zwischenlösung bitte auf. Wenn Sie diese Linie verfolgten, wäre ich Ihnen dankbar.

Dufhues: Auch unter Berücksichtigung aller Argumente, die mir bekannt sind, würde ich heute nicht anders handeln und dem Präsidium nichts anderes vorschlagen als das, was ich ihm vorgeschlagen habe. Ich habe bewußt davon abgesehen, den Status einer Vereinigung im Sinne unserer Statuten vorzuschlagen. Ich will die weitere Entwicklung zunächst abwarten. Es ist ein Experiment.

Zweitens legt die Vereinigung „Mittelstand“ Wert darauf, daß die Neugründung nicht den gleichen Status erhält. Auch hier will man zunächst abwarten. Es kann sein, daß nach drei Jahren der Zeitpunkt gekommen sein wird, um dieser Organisation den Status einer Vereinigung im Sinne unserer Statuten zu geben. Das muß sich aber zunächst einmal entwickeln.

Das Entscheidende ist, daß wir als CDU über den Vorposten dieses Vereins die Kräfte der unternehmerischen Wirtschaft und der Wirtschaft insgesamt für die CDU interessieren. Entscheidend ist weiter, daß wir zunächst die Möglichkeit des Wirkens haben. Erst dann können wir an die Frage des Status herangehen. (*Katzer:* Was den Einfluß der Union angeht, so bin ich einverstanden, aber der Kreislauf ist auch umgekehrt, nämlich der Einfluß der Wirtschaft auf die Union!) Ich halte nichts davon, sondern die Initiative muß doch von uns aus kommen.

Scheufelen: Ich hätte es als unbefriedigend empfunden, wenn dieser Verein bei seiner Gründung nach dem Status einer Vereinigung bestellt worden wäre. Das muß sich erst entwickeln. Bei den Sozialausschüssen ist es so, daß alle Inhaber eines Amtes Mitglied der Partei sein müssen. Wir haben hier den anderen Weg gewählt, indem wir gesagt haben, die Vorstandsmitglieder bedürfen der Bestätigung durch den Parteivorstand. Aus steuerlichen Gründen hat man das aus dem Statut herausgelassen. Das ist also in Form eines Briefes gemacht worden. Was kann passieren? Angenommen, wir scheiden aus und andere Leute bekommen das Ding in die Finger. Dann kann jederzeit das Präsidium sagen: Nein, ihr dürft den Namen nicht mehr führen.

Dufhues: Geben Sie uns den gleichen Einfluß wie den Sozialausschüssen, Herr Katzer! (*Katzer:* Ich werde den gleichen Satzungsvorschlag mitbringen und darauf schreiben „Wirtschaftsrat der CDU“! – *Unruhe und Bewegung.* – *Fay:* Dramatisieren Sie es doch nicht so!)

Adenauer: Meine Herren! Es ist bereits 15.30 Uhr! Sind Sie vorläufig einverstanden, Herr Katzer? (*Katzer:* Habe ich Sie recht verstanden, daß die Tendenz besteht, die Vereinigung auf die Partei hinzulenken? – *Etzel:* Ja, nach Bewährung! –

Anhaltende Unruhe und Bewegung. – *Klepsch:* Vielleicht sollte man allen Mitgliedern des Parteivorstandes die Satzung schicken. – *Mehrere Zurufe:* Wir haben doch alle die Satzung! – Warum haben Sie sie denn nicht?) Meine Herren, wir müssen ein Kom-muniqué machen. Ich habe hier einen Entwurf, mit dem ich aber nicht einverstanden bin. Ich lese ihn vor:

„Auf seiner Sitzung am 25. Februar 1964 in Bonn beschäftigte sich der Bundesvorstand der CDU unter der Leitung seines Parteivorsitzenden, Bundeskanzler a.D. Dr. Adenauer,“ – das Wort „Bundeskanzler“ können Sie überhaupt streichen – „mit aktuellen politischen Problemen und mit der Vorbereitung des Bundesparteitages der CDU, der vom 14. bis 17. März dieses Jahres in Hannover stattfinden wird.“

Dann kommt ein langer Absatz über den Herrn Brandt.

„Der Bundesvorstand der CDU äußerte zur Wahl des Regierenden Bürgermeisters von Berlin Brandt zum Vorsitzenden der SPD die Befürchtung, daß es für die Führung des verantwortungsvollen Berliner Amtes schädlich sein könne, wenn Herr Brandt zugleich als Vorsitzender der SPD seine oppositionelle Einstellung zur Bundesregierung betonen müßte. Zudem erfordert die Situation in Berlin den vollen Einsatz des Regierenden Bürgermeisters, wenn nicht die Kontinuität der gesamtdeutschen Politik Schaden erleiden soll.

Der Bundesvorstand der CDU warnte zugleich davor, das hohe Berliner Amt und die Sympathien, die Berlin allenthalben genießt, für parteipolitische Zwecke auszunutzen.“

Ich würde vorschlagen, den ganzen Passus zu streichen. (*Zurufe:* Ja! – *Am-rehn:* Das haben wir schon gesagt! – *Dufhues:* Man kann die Dinge nicht oft genug sagen! – *Gradl:* Ich habe nichts dagegen, wenn dieser Absatz gestrichen wird. Der letzte Satz sollte von dem Sprecher der Partei als eine Auffassung, die im Vorstand zum Ausdruck gekommen ist, gesagt werden.) Meine Gründe, Herr Gradl! In der Frage „Wahl des Bundespräsidenten“ sind wir zur Zeit angewiesen auf das Wohlwollen der SPD. Nun möchte ich mich nicht öffentlich – wir sind hier in einer Bundesvorstandssitzung – in deren Sachen hineinmischen. Also, können wir das streichen? (*Zurufe:* Ja!)

„Zur Passierscheinfrage erklärte der Bundesvorstand der CDU, die technischen Kontakte mit der Sowjetzone dürften nur das Ziel haben, Regelungen rein humanitären Charakters für den Verkehr zwischen den Teilen Berlins zu treffen. Er wandte sich dagegen, daß die Sowjetzone mit ihren Passierscheinerhebungen offenkundig politische Zwecke verfolgt. Deshalb könnte auf keinen Fall die Anwesenheit sowjetzo-naler Funktionäre in West-Berlin nochmals hingenommen und als harmlos angesehen werden.

Grundsätzlich muß davon ausgegangen werden, daß Westberliner nicht anders als Westdeutsche zu behandeln sind. Daraus folgt, daß nur längerfristige Rege-lungen in Betracht kommen können. Ferner darf den Westberlinern kein Antrags-formular mehr zugemutet werden, das mit ihrer politischen Überzeugung nicht ver-einbar ist.“

Mit dem letzten Satz bin ich einverstanden. Aber der Satz davor gefällt mir nicht. Mir gefällt nie das Wort „Westdeutsche“. Es heißt, daß Westberliner nicht anders als Westdeutsche zu behandeln sind. (*Dufhues*: Als Bürger der Bundesrepublik Deutschland!) Es heißt weiter: „Schließlich gab der Bundesvorstand der CDU zu bedenken, daß die Gespräche nicht fortgesetzt werden können, ohne daß die Zone die technischen Kontakte in politische Fühlungenahmen umfälscht.“

Wollen Sie das noch sagen? (*Gradl*: Ich habe ein paar stilistische Änderungsvorschläge dazu gemacht.) Wir müssen etwas über die Wahl sagen.

Amrehn: Es heißt, längerfristige Regelungen kämen in Betracht. Das ist aber politisch gefährlich. Es kann ersetzt werden durch „länger gültige Passierscheine“.

Kraske: Der Textvorschlag stammt von Herrn Amrehn.

Adenauer: Meine Herren! Ich schlage vor, daß wir eine Kommission wählen aus den Herren Amrehn, Kraske und Dufhues, die aufgrund der Diskussion das Kommuniqué fertigmachen.¹¹⁹

Jetzt haben wir alle Hunger und essen zu Mittag. Ich danke Ihnen allen und darf damit die Sitzung schließen.

15

Hannover, Samstag 14. März 1964

Sprecher: Adenauer, Amrehn, Barzel, [Blank], Frau Brauksiepe, Burgbacher, Dittmar, Dufhues, Erhard, Etzel, Even, Fay, Fricke, Gerstenmaier, Gradl, Gurk, von Hassel, Hellwig, Katzer, Klepsch, Kraske, Lücke, Meyers, Noltenius, Rasner, Frau Rehling, Schmidt, Schröder, Frau Schwarzhaupt, Seebohm, Wegmann.

Bundesparteitag 1964: Wahlen zum Präsidium und zum Bundesparteigericht. Rechenschaftsbericht der Kassenprüfer für 1962. Beitragsstaffel nach § 2 der Finanzordnung (Vorschlag der Finanzkommission).

Beginn: 15.00 Uhr

Ende: 17.10 Uhr

119 Vgl. DUD Nr. 39 vom 26. Februar 1964 S. 3 f. „Tagung des CDU-Bundesvorstandes“.